Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

26. Juni 1974 Jg. 2 Nr. 13 Preis 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 37 92 21 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-täglich mittwochs, Auflage: 58 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 26.6.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621 / 37 91 21 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 112 985-758 – Die Zeitung wurde am 23.6.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Das Abrüstungsgerede ist ein großer Schwindel

Die beiden imperialistischen Supermächte füllen den Völkern der Welt die Ohren mit ihrem Geschrei von Entspannung und Abrüstung. Daß dieses Geschrei nur dazu dient, die Wahrheit zu übertönen, zeigt jetzt wieder eine Veröffentlichung des schwedischen Friedensforschungsinstituts. In einer kurzen Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse des Jahrbuches 1974 dieses Instituts in der Frankfurter Rundschau heißt es:

"Trotz der ersten SALT-Teilabkommen zwischen den beiden Supermächten hätten die USA und die Sowjetunion 'gigantische Fortschritte' bei der quantitativen und qualitativen Weiterentwicklung ihrer Vernichtungswaffen gemacht, heißt es in der Studie. Die USA verfügen heute über 6 000 atomare Sprengköpfe des MIRV-Systems, die sich bei der Explosion über dem Zielgebiet gleich einem Feuerwerk neue Ziele suchen, und die von Stützpunkten zu Lande und auf dem Wasser abgefeuert würden. Die Treffsicherheit dieser Raketenwaffe sei perfekt. Die Sowjetunion habe 2 200 MIRV-Sprengköpfe, wobei sie im vergangenen Jahr vier neue Prototypen erprobt habe, die bei ihrem Niederschlag vier bis sieben neue Atomspitzen ausstoßen, die sich dann selbständig ihre Ziele suchen. Neue Atom-U-Boote liefen laufend von Stapel." (FR vom 18.6.74)

An diesen Tatsachen kann man die Heuchelei messen, die in den sogenannten Abrüstungsgesprächen und Abrüstungsvorschlägen der beiden imperialistischen Supermächte zum Ausdruck kommt. In Wirklichkeit "frieren" sie nur höchstens die weitere Aufrüstung mit Waffenarten ein, mit denen sie sich schon überreichlich ausgerüstet haben. Sie tun das nur, um Kapazitäten freizubekommen für die Produktion von noch raffinierteren Vernichtungswaffen, wobei sie die alten Waffen natürlich auch auf Lager halten.

All diesem Schwindel stellt die VR China ihren prinzipiellen Standpunkt gegenüber in der Abrüstungsfrage: Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen. Auf diesen Vorschlag sind die beiden imperialistischen Supermächte natürlich niemals eingegangen. Auch sind sie natürlich niemals dem Beispiel der VR China darin gefolgt, daß sie wie diese einseitig und eindeutig erklärt hätten, niemals als erste Atomwaffen anzuwenden.

Wenn die Völker wachsam sind und sich durch das Friedensgesäusel der beiden Supermächte nicht einsäuseln lassen, dann werden sie dennoch der Gefahr eines neuen Weltkrieges, die von den beiden Supermächten ausgeht, begegnen können. Das können sie jedoch nicht an der Seite der einen oder anderen Supermacht oder gemeinsam mit der Bourgeoisie ihres eigenen Landes, sondern nur, wenn sie den Kampf führen gegen den Imperialismus in jeder Gestalt und insbesondere gegen den Imperialismus im eigenen Land. Die Kriegsgefahr kann nur durch den Sturz des Imperialismus beseitigt werden. Solange der Imperialismus fortexistiert, wird jedoch auch die Kriegsgefahr fortexistieren und die ständig steigende Aufrüstung der beiden Supermächte unter dem Deckmantel der Abrüstung ist dafür ein schlagender Beweis. G.S.

KBW - SPENDENKONTEN
Commerzbank Mannheim
Konto.Nr. 3258589 - 00
Für den Hessenwahlkampf:
Volksbank Mannheim
Kto.Nr. 10683 18

Postgebührenerhöhung!

LOHNRAUB FÜR DIE EINEN, PROFIT FÜR DIE ANDEREN

Am 1. Juli tritt erneut eine Erhöhung der Post- und Telefongebühren in Kraft. Untersucht man die einzelnen Gebührenerhöhungen, so kommt man zu dem Schluß, daß in erster Linie der Einzelbenutzer der Post, also die Masse der Lohnabhängigen, die auch die Masse der Steuern aufbringen, in erster Linie ausgenommen werden, während die kapitalistischen Unternehmen, die ~~die~~ 80 % der Dienstleistungen der Post in Anspruch nehmen, ihre Vergünstigungen behalten. Am deutlichsten sieht man dies an der Erhöhung für Briefporto von 40 auf 50 Pfennig (also um 25 %), während Drucksachen und Postwurfsendungen nur geringfügig oder gar nicht verteuert werden.

Insbesondere Standarddrucksachen von 100 bis 250 Gramm und Massendrucksachen von 100 bis 250 Gramm sowie Postwurfsendungen werden nicht verteuert. Dies nimmt nicht Wunder, da die Besitzer der größten Warenversandhäuser Schickedanz (Quelle) und Neckermann im Beirat (Aufsichtsrat) der Post sitzen. Katalog- und Prospektversand, aber auch der Massenversand der Arzneimittelkonzerne, die den aufwendigsten Werbeversand betreiben, gehen weiter zum alten, ohnehin schon ermäßigten Preis. Denn Arbeit macht eine Drucksache genausoviel wie ein Brief, also genausoviel Kosten.

Umso unverschämter sind die Werbezettel, mit denen die Post die Gebührenerhöhungen verteidigt. Obwohl die Subventionierung des Werbeversands durch die Post den größten Anteil am Defizit der Post verursacht, schiebt sie die Schuld für Gebührenerhöhung den Postkollegen in die Schuhe wegen der "hohen Personalkosten". Und dies, obwohl sie zugleich dabei ist, 30 000 Kollegen von der Post wegzurationalisieren und ein Heer von Zeitmessern beschäftigt, die den ganzen Tag nichts anderes tun, als zu untersuchen, wie man die Postkollegen noch rationeller ausbeuten kann. Postverwaltung und Bundesregierung betreiben den Lohnraub auf zwei Seiten, bei den Postkollegen und bei den Normalverbrauchern der Dienstleistungen der Post durch die Gebührenerhöhungen.

Red.



Die Belegschaft der VDI Düsseldorf Oberbilk demonstriert gegen die Stillegung
Bericht Seite 4

Warum die Weltmeisterschaftsspiele oft enttäuschen

Wer einige der bisherigen Spiele der Weltmeisterschaft angeschaut hat, der weiß, daß hier die Taktik nicht dazu dient, ein möglichst gutes Spiel zu liefern und dadurch weiterzukommen, sondern nur dazu dient, weiterzukommen. Dafür muß die betreffende Mannschaft dann manchmal ein gutes Spiel liefern, oft aber auch nicht. Viele der bisherigen Weltmeisterschaftsspiele endeten unentschieden, oft endeten sie 0:0. Tore sind nur in ganz wenigen Spielen gefallen, viele Tore überhaupt nur in Spielen, wo sehr ungleichwertige Mannschaften einander gegenüberstanden, wie im Spiel Jugoslawien gegen Zaire, das 9:0 endete. Woran liegt das?

Das liegt daran, daß für die Mannschaften zuviel auf dem Spiel steht, soviel, daß man eigentlich gar nicht mehr von Spiel reden kann.

Die Regierungen wollen, daß die Mannschaften auf jeden Fall weiterkommen, nach Möglichkeit ins Endspiel oder wenigstens unter die letzten vier. Sie wollen das, weil es angeblich dem Ansehen des Landes hilft und weil sie sich davon selbst Ansehen versprechen. Deshalb treiben sich auch bei den Spielen viele Politiker herum und sie sorgen auch noch dafür, daß ihre Anwesenheit eigens erwähnt wird. Dabei ist diese Anwesenheit sportlich gesehen doch völlig belanglos. Dennoch mußten wir vor der Fernsehübertragung des Spiels der Mannschaft der BRD gegen die Mannschaft der DDR uns ganz genau sagen lassen, wer von den bekannten Politikern alles da ist. Als ob einen das interessieren würde, wenn man ein gutes Fußballspiel sehen will.

Für die Spieler selbst steht viel Geld und viel Ansehen auf dem Spiel. Von daher ist leicht zu verstehen, daß sie mit dem Fußballspiel selbst oft wenig im Sinn haben, sondern nur darauf schauen, nicht zu verlieren und auf jeden Fall eine Runde weiterzukommen. Sind sie sich sicher, daß sie ein Spiel schon gewonnen haben und daß das Torverhältnis keine Rolle spielen wird, dann geben sie jedem zu verstehen, daß für sie die Sache gelaufen ist. Aus diesem Grund ist das Spiel der BRD-Mannschaft gegen Australien nach dem 3:0 Vorsprung so schlecht geworden, daß es keiner mehr mit ansehen wollte. Zurecht haben die Zuschauer dagegen protestiert, bloß genützt hat es auch nichts mehr. Die Spieler spielen eigentlich nur richtig gut, wenn es auf nichts mehr ankommt. So ist es kein Wunder, daß das Spiel der BRD-Mannschaft gegen die DDR-Mannschaft in der ersten Halbzeit eines der besten Spiele der gesamten Weltmeisterschaft gewesen ist, denn für beide Mannschaften kam es auf nichts mehr an. Schon vor dem Spiel waren sie in die nächste Runde gekommen. Deshalb spielten sie solange wirklich gut, bis das Tor für die DDR gefallen war. Von da an stand für die BRD-Mannschaft auf einmal wieder etwas auf dem Spiel, das Prestige, und damit wurde das Spiel zunehmend schlechter. Die DDR-Mannschaft aber fing

Fortsetzung S. 2

Polizeimord an Günter Routhier

Essen/Duisburg. Am 18.Juni starb der 45 jährige Arbeiter Günter Routhier an den Folgen eines Polizeieinsatzes.

Am 5.Juni verfolgte er als Zuschauer eine Arbeitsgerichtsverhandlung in Duisburg. In dieser Verhandlung wurde der Einspruch des Kollegen Hanfried Brenner, Mitglied der KPD/ML, gegen seine Entlassung durch die Bosse der Mannesmann Hüttenwerke AG vom Gericht abgewiesen. Als gegen dieses Urteil die Zuschauer ihren gerechten Protest erhoben, gingen Polizisten in Zivil unterstützt von hinzukommenden Uniformierten mit brutaler Härte gegen die Zuschauer vor. Dabei wurde Günter Routhier zusammengeschlagen und die Treppe des Gerichts hinuntergeworfen, wobei er mehrmals mit dem Kopf auf die Stufen schlug. Bewußtlos wurde er auf den Boden des Gefangenenwagens geworfen. In diesem war auch der Sohn des Erschlagenen, der 20 jährige Peter Routhier, gefangen. Dieser wies die Polizisten wiederholt daraufhin, daß sein Vater an der Bluterkrankheit leide, daß höchste Lebensgefahr bestünde. Der Vater führte auch seinen Bluterpaß bei sich. Die verzweifelten Bitten um Hilfe für seinen Vater wurden von den Polizisten mit zynischen Bemerkungen, wie "Märchenstunde ist morgen" abgetan. Im Polizeipräsidium wurde Günter Routhier in eine Ausnüchterungszelle gebracht, wobei er an den Füßen gezogen wurde und nochmals mehrmals mit dem Kopf auf die Treppe aufschlug. Ein Gefängnisarzt meinte gegenüber dem noch halb Bewußtlosen, er solle sich nicht so anstellen und verweigerte ärztliche Hilfe. Noch am gleichen Abend, er war inzwischen aus der Haft entlassen, verschlechterte sich der Allgemeinzustand zunehmend mit Kopfschmerzen, Seh- und Bewußtseinsstörungen. Einige Tage später wurde er in die Essener Klinik eingeliefert, wo er am 18. 6. an den Folgen einer Gehirnblutung starb.

Bei der Obduktion wurden Studenten der Gerichtsmedizin, die bisher bei Obduktionen stets zugegen sein konnten, erstmals von der Untersuchung ausgeschlossen, sogar Polizei wurde geholt, um sie zu vertreiben. Nach Angaben des Oberstaatsanwaltes hat die Obduktion "keine Zeichen von Gewalteinwirkung" ergeben. Um dies festzustellen, mußte man sich jeglicher Zeugen entledigen.

Der Polizeimord an Günter Routhier ist kein Einzelfall. Allein in den letzten Wochen starb der Taxifahrer Jendrian durch Polizeikugeln eines Münchner Sonderkommandos, wurde der Schüler Thomas Hytrek in Frankfurt von einem Wasserwerfer überfahren und lebensgefährlich verletzt. In Hamburg wurde der türkische Patriot Neset Danis von Faschisten erschlagen, seine Mörder werden von den Behörden gedeckt. Fast jeder Polizeieinsatz wird so geführt, daß das Leben derer, gegen die die Polizei mit äußerster Brutalität vorgeht und selbst das Leben gänzlich Unbeteiligter unmittelbar bedroht und bewußt aufs Spiel gesetzt wird. Red.

ERKLÄRUNG

Mit Empörung haben wir von dem Tod des Genossen Günter Routhier erfahren. Mit Günter Routhier hat der bürgerliche Staatsapparat und seine Polizei einen weiteren Menschen umgebracht, der sich gegen ihn erhoben hat und gegen ihn aufgestanden ist. Solche Verbrechen ergeben sich direkt aus der Natur des bürgerlichen Staatsapparates, der dazu da ist, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu verteidigen und der dabei über Leichen geht. Der Tod von Günter Routhier zeigt, welche Menschenverachtung die Bürgerkriegstruppen der Kapitalistenklasse bereits offen an den Tag legen und wie auf der anderen Seite der bürgerliche Staatsapparat sich bemüht, seine Schandtaten vor den Massen zu vertuschen. Es ist unsere Aufgabe als Kommunisten, den Charakter des bürgerlichen Staates offenzulegen und seine Schandtaten zu enthüllen, um die Arbeiterklasse und die Volksmassen im Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat zusammenzuschließen. Die Arbeiterklasse wird diesen Staatsapparat in ihrer Revolution zerschlagen und all jene zur Rechenschaft ziehen, die für seine Schandtaten und Verbrechen verantwortlich sind. Der bürgerliche Staatsapparat teilt Schläge aus, solange er existiert, aber es sind die Schläge eines zum Untergang verurteilten tönernen Riesen. Wir werden keine Opfer scheuen, um seinen Untergang zu beschleunigen.

St.A.d. Zentralen Komitees des KBW

Aus dem Inhalt:

Kissinger befahl den Chile-Putsch

Der US-Außenminister Henry Kissinger macht großes Spektakel mit seiner Rücktrittsdrohung. Er reagierte damit auf Vorwürfe, er sei in die Watergate-Affäre verwickelt. Inzwischen sind sie aber von allen Seiten lautstark zurückgewiesen worden. Die amerikanische Bourgeoisie weiß, was sie an Kissinger hat.

Aber tatsächlich ist natürlich Kissinger wie kein Zweiter in die gesamte Politik und die Gangstereien Nixons verwickelt: Er ist Berater des Präsidenten für nationale Sicherheitsfragen. In dieser Eigenschaft wacht und entscheidet Kissinger über sämtliche Geheimaktionen, die zum Beispiel vom amerikanischen Geheimdienst CIA oder anderen Organisationen wie dem FBI unternommen werden.
Der "Stern" berichtet in seiner Ausgabe vom 20. Juni, daß die Vorbereitungen des CIA für den Putsch in Chile direkt auf eine Weisung Kissinger zurückgehen. Der "Stern" berichtet, wie sich am 27. Juni 1970 Kissinger mit dem damaligen Justizminister Mitchell, der heute einer der Hauptangeklagten im Watergate-Prozeß ist, dem CIA-Direktor Helms und zwei Staatssekretären aus dem Außen- und Verteidigungsministerium getroffen habe. Damals stand der Wahlsieg Allendes unmittelbar bevor. Kissinger forderte den CIA auf, zu berichten, was er dagegen zu tun gedenke. Der CIA verfügte schon damals über Agenten in sämtlichen Parteien und Organisationen in Chile. Helms schlug den Putsch-Plan vor.
Der CIA hatte danach mit allen US-Konzernen, die in Chile vertreten waren, Abmachungen getroffen, wonach sie mit systematischer Sabotage das Land in ein Wirtschaftschaos stürzen sollten. Die Hauptrolle spielt in diesem Plan der ITT-Konzern. Um den Plan zur Durchführung zu bringen, haben Einbruchspezialisten im Jahr 1972 aus der chilenischen Botschaft in Washington den Code für den Funkverkehr mit der Regierung in Santiago geklaut. Damit konnte der CIA den verschlüsselten diplomatischen Funkverkehr zwischen der Allende-Regierung und der Washingtoner Botschaft abhören, was für den genauen Putschplan von großer Bedeutung war.

Der "Stern" zeigt nun, daß dieselben Einbrecher einen Monat später den Watergate-Einbruch in das Hauptquartier der Demokratischen Partei verübten. Dabei wurden sie erwischt. Wer wollte da zweifeln, daß Henry Kissinger päpstlicher ist als sein Herr und Meister, der Obergangster Nixon?

Bei sämtlichen Weltmeisterschaftsspielen der chilenischen Mannschaft wurde auch im Stadion Solidarität mit dem Freiheitskampf des chilenischen Volkes demonstriert. Der Polizei gelang es nicht, die Kundgebungen zu verhindern. Das westdeutsche Fernsehen versuchte in seinen Übertragungen diese Proteste als Schlachtenbummleräußerungen für die chilenische Nationalmannschaft zu verfälschen. Im Spiel gegen Australien konnte es diese Lüge nicht mehr aufrechterhalten.

Weltmeisterschaftsspiele

(Fortsetzung v. S.1)

an, das Spiel zu verzögern und Zeit zu schinden. Sie wollte auf jeden Fall den Ruf verteidigen, einen der Favoriten geschlagen zu haben, zumal der Favorit BRD hieß. Das Spiel der BRD-Mannschaft dagegen wurde hektisch und zerfahren, weil sie um ihren Ruf fürchtete. Sie spielte, als säße ihr Strauß im Nacken. Mit dem Spaß war es vorbei. Tore fielen auch keine mehr. Später stellte sich heraus, daß Schön in der Pause die Devise ausgegeben hatte, das 0:0 zu halten. Damit hatte er das Spiel verdorben. Für die Trainer stand der Job auf dem Spiel und der Ruf als Fußballstratege. Als Fußballstratege gilt aber, wer seine Mannschaft eine Runde weiter bringt, egal wie sie spielt.
Für das Publikum steht im Grunde nichts auf dem Spiel. Im besten Fall kann es ein gutes Spiel sehen mit viel Spannung und vielen Toren. Das ist seine Hoffnung; mehr kann es nicht erwarten. Mehr erwartet es auch nicht. Im schlimmsten Fall hat es seine Zeit verloren für nichts und wieder nichts. Das Spiel ist schlecht, deshalb pfeift das Publikum und es tut es sogar dann, wenn die eigene Mannschaft "spielt", aber nichts bringt.
Letzten Endes drehen sich aber doch die ganzen Spiele um das Publikum. Erstens müssen sie die Spiele bezahlen, zweitens wird auf das Publikum die Werbung angesetzt. Nach einem Spiel soll der Martiniverbrauch steigen und soll man auch im eigenen Amateurverein, in der Werks- oder in der Schulmannschaft die Stiefel tragen, die die Nationalmannschaft trägt. Obwohl man es bei einem Fußballspiel von allen Seiten ausschließlich auf uns Zuschauer abgesehen hat, sind wir die einzigen, denen es beim Fußballspiel bloß ums Spiel geht. Deshalb erleben wir auch die größten Enttäuschungen. Sportbegeistert sind eigentlich nur die Zuschauer, den anderen geht es um Geld, Ansehen und Politik. So wie die Sache läuft, wird die Sportbegeisterung der Zuschauer nur ausgenutzt und man wird zudem noch häufig geprellt, weil die Spiele schlecht sind.
Muß das so sein? Nein, das muß nicht so sein. Es ist nur so: beim Fußballspiel und bei der Weltmeisterschaft im Fußballspiel spiegeln sich die gesellschaftlichen Verhältnisse wider. Unsere Sportbegeisterung wird ausgenutzt. So wie es in den Fabriken auf der einen Seite Ausgebeutete gibt und auf der anderen Seite Ausbeuter, so gibt es bei den Fußballweltmeisterschaften auf der einen Seite Leute, deren Sportbegeisterung ausgenutzt wird und auf der anderen Seite Leute, die die Sportbegeisterung ausnützen. Die Letzteren haben es besser. Wenn sich heute einer von uns eine Eintrittskarte kauft für ein Spiel der Weltmeisterschaft oder den Fernsehapparat anstellt, um ein Spiel anzusehen, dann hat er nichts anderes im Sinn, als ein gutes Fußballspiel zu sehen. So ist es aber nicht: erstens wird unser Interesse am Fußball in klingende Münze verwandelt und zweitens bekommen wir selten ein gutes Spiel zu sehen. Warum? Weil es niemand auf das Fußballspiel ankommt außer uns. Solange es in der Gesellschaft nur um Ausbeutung, Profit und Unterdrückung geht, wird es im Sport nicht einfach um den Sport und beim Spiel nicht einfach um das Spiel gehen.
Sportbegeisterung ist gut. Besser ist es, wenn sie von niemanden ausgenützt wird. Dazu braucht man aber andere Verhältnisse als bei uns. In der VR China gilt als Grundsatz: erst Freundschaft, dann Wettbewerb. Das ist ein guter Grundsatz. Er kann aber offensichtlich nur gelten, wenn in der Gesellschaft insgesamt nicht Ausbeutung, Profitstreben und Unterdrückung herrschen. Das aber ist in der BRD der Fall und in allen Ländern, die an der Fußballweltmeisterschaft teilnehmen. Daß das so ist, sieht man sogar noch daran, wie die Fußballmannschaften spielen. Es kommt jeweils darauf an, weiter zu kommen, gleich wie und darauf sind die Spiele zugeschnitten. Den Politikern kommt es auf den Platz an der Sonne an, den Spielern auf das Geld und das Ansehen, den Trainern auf ihren Job und ihren Ruf als Strategen und den Geschäftemachern aufs Geschäft wie den werbenden Firmen auf die Werbung. Gute Spiele sind ihnen alle bloß ein Mittel zum Zweck. Das macht viele der Spiele so enttäuschend.

G.S.



Westdeutschland raus aus der NATO

DIE NATO–KONFERENZ VON OTTAWA

**Am 26. Juni, dem Tag des Erscheinens dieser Zeitung, werden die Regierungschefs und Außenminister der NATO-Staaten, allen voran US-Präsident Nixon, die neue Atlantik-Charta unterzeichnen.
Schon bei der Abfassung dieser Charta in Ottawa, Kanada, demonstrierten Tausende gegen das imperialistische NATO-Bündnis und für Freiheit und Demokratie in Griechenland. In der Tat kann man an den Verhältnissen in Griechenland am deutlichsten sehen, was die NATO für die Völker bedeutet. So ist es ein Hohn, wenn in der neuen NATO-Charta vom "Bekenntnis zu den Grundsätzen der Demokratie, zur Achtung der Menschenrechte, zu Gerechtigkeit und sozialem Fortschritt" zu lesen ist. Unter diesem Bekenntnis wurden in der NATO die Pläne für den Militärputsch in Griechenland 1967 ausgearbeitet, unter diesem Bekenntnis bewachen die griechischen NATO-Einheiten die Konzentrationslager, in die nach einer vorübergehenden Amnestie am Ende der Regierung Papadopoulos wieder Tausende von politischen Gefangenen verbracht wurden.**

Die NATO ist ein imperialistisches Militärbündnis, das eine ständige Bedrohung der Völker bedeutet, deren Regierungen dem Bündnis angeschlossen sind, sowie eine ständige Bedrohung der Völker außerhalb des NATO-Bündnisses.

NEUE WELTLAGE

Hauptangriffsziel der NATO war bei ihrer Gründung 1948 die Sowjetunion und die osteuropäischen Volksdemokratien. Sie war gegründet als Instrument des US-Imperialismus und unter unumstrittener Vormachtstellung des US-Imperialismus. Diese Bedingungen haben sich inzwischen in dreifacher Weise gewandelt:

1. Die Gegnerschaft zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten beruht heute nicht mehr auf dem Gegensatz von Sozialismus und Imperialismus, nachdem die Sowjetunion den kapitalistischen Weg eingeschlagen hat und selbst eine imperialistische Politik gegenüber den Völkern betreibt. Der russische Sozialimperialismus kämpft seinerseits um die imperialistische Vorherrschaft über die Völker. Die beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion bekämpfen sich bis aufs Messer und sind zugleich zu jedem Komplott gegen die Interessen der Völker bereit.
2. Die USA ist innerhalb des NATO-Bündnisses nicht mehr unumstrittene Vormacht. Die europäischen Imperialisten versuchen, ihre Interessen auch gegen die USA durchzusetzen.
3. Entscheidende Vorkämpfer gegen den Imperialismus sind gegenwärtig die Völker der Dritten Welt.

GEGENSÄTZE IN DER NATO

Bei dieser neuen Weltlage sind die Widersprüche innerhalb der NATO größer geworden. Die Atlantik-Charta kann diese Widersprüche nur mühsam kitten. Gegen einen bedingungslosen Einsatz der NATO für die Interessen des US-Imperialismus sind die europäischen Imperialisten. Ihr militärisches Gewicht gegenüber den beiden imperialistischen Supermächten ist aber so gering, daß sie auf das Bündnis mit der einen Supermacht, den USA, angewiesen bleiben.

Sie fordern aber gegenseitige Konsultationen. In der neuen Charta ist zwar der "Wille zu Konsultationen" festgelegt. Aber schon einen Tag nach der Konferenz in Ottawa hat der US-Außenminister Kissinger eindeutig festgestellt, daß dies keine Verpflichtung bedeute, und daß die USA weiterhin auch ohne vorherige Konsultationen kurzfristig Entscheidungen treffen müsse. (Süddeutsche Zeitung, 21.6.)

Die französische Regierung hat der neuen Charta zwar zugestimmt. Sie ist aber nicht bereit, das französische Militär dem gemeinsamen Kommando zu unterstellen.
In der neuen Charta kommt der Gegensatz zwischen dem europäischen Imperialismus und dem US-Imperialismus nur dadurch zum Ausdruck, daß Europa und die USA als zwei verschiedene politische Einheiten benannt werden, die aufeinander angewiesen seien im gegenseitigen Interesse.

NATO GEGEN DEN BEFREIUNGSKAMPF IN AFRIKA

Die Länder der Dritten Welt erscheinen in der Atlantik-Charta nur in der Weise, daß gesagt wird, den Entwicklungsländern müsse geholfen werden. Wie diese Hilfe aussieht, kann man an folgendem sehen. Auf der 18. Jahrestagung der NATO im November 1972 in Bonn wurde die "Empfehlung 22" verabschiedet, die jetzt durch eine Anfrage im Bundestag bekannt wurde. In dieser Empfehlung werden Maßnahmen zum Schutz der Kap-Route, insbesondere hinsichtlich der Erdölversorgung, empfohlen.
Dies ist aber nur ein Vorwand, wie aus einer bisher nicht veröffentlichten Studie des Entkolonialisierungsausschusses der UNO bekannt wurde, die einige niederländische Abgeordnete einsehen konnten. Darin wird – bisher nicht dementiert – nachgewiesen, daß der Alliierte Oberbefehlshaber Atlantik im Juni vorigen Jahres die geheime Direktive zur Planung möglicher NATO-Operationen im Bereich des südlichen Afrikas, also außerhalb des bisherigen Geltungsbereichs des Bündnisses, erhalten hat.

Die Studie zeigt auf, daß das Kap-Routen-Argument nur ein Vorwand ist, die Aufrechterhaltung des Apartheid-Staates von Südafrika in die Strategie der NATO einzubeziehen. Ebenso ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Regime von Rhodesien naheliegend. Nicht die Bedrohung der Kap-Route, sondern das sich rapide zuungunsten der weißen Minderheiten im südlichen Afrika verändernde Kräfteverhältnis ist der Grund, "um unseren potentiellen Alliierten im südlichen Afrika zu Hilfe zu kommen, wenn dies erforderlich werden sollte". (nach "Vorwärts", 13.6.)

So sagte ein Mitglied des Unterausschusses der NATO wörtlich zu den Verfassern der UNO-Studie. Das also ist die in der Charta erwähnte "Hilfe für die Entwicklungsländer".

NATO GEGEN DAS VOLK IN WESTDEUTSCHLAND

Im Bündnis mit dem US-Imperialismus hat die westdeutsche Bourgeoisie die "Wiederbewaffnung" nach dem Krieg gegen einen anfänglich breiten Widerstand der Arbeiterklasse und großer Teile des Volkes durchsetzen können, weil die SPD-Führung, die anfänglich diesen Kampf unterstützen mußte, durch ihren Verrat die Aufgabe des Kampfes erzwungen hat. Wiederbewaffnet wurde der Staat der Bourgeoisie und nicht das Volk.

In den Notstandsgesetzen, die 1968 verabschiedet wurden, ist eindeutig festgelegt, daß die Bundeswehr gegen die Volksmassen eingesetzt werden kann, wenn sie gegen die herrschenden Verhältnisse rebellieren. Dies gilt in gleicher Weise für die ausländischen NATO-Truppen in Westdeutschland. Die US-Truppen dürfen vertraglich festgelegt schon eingreifen, wenn sie ihre Sicherheit bedroht sehen. Sie nehmen ständig Polizeirechte wahr und entfalten in Zusammenarbeit mit dem westdeutschen Verfassungsschutz geheimdienstliche Tätigkeiten gegenüber der westdeutschen Bevölkerung.

Europa ist zudem das militärische Aufmarschgebiet aller imperialistischen Mächte, insbesondere der Supermächte. Der Kampf der imperialistischen Supermächte wird letzten Endes auf dem europäischen Schlachtfeld entschieden.

Wie alle Völker will das Volk von Westdeutschland weder für die Interessen der einen oder der anderen Supermacht und auch nicht für die imperialistischen Interessen der eigenen Bourgeoisie gegen andere Völker in den Krieg gehetzt werden. Es muß daher gegen das imperialistische NATO-Bündnis, das gegen andere Völker gerichtet ist und die Souveränität des westdeutschen Volkes selbst unterdrückt, den Kampf aufnehmen. Dieser Kampf ist gegen die imperialistische Bourgeoisie im eigenen Land zu führen unter der Forderung:
Westdeutschland raus aus der NATO!

–bb–

Kanzler Schmidt: Alles für den „kleinen Mann"?

Wenn der neue Bundeskanzler Schmidt versucht, sich dem Volk anzubiedern, dann rutscht ihm unfreiwillig heraus, auf welcher Seite er steht. Im "Stern" gab er unlängst ein Interview.

"Mich treiben der Ehrgeiz, dem öffentlichen Wohl zu dienen, und ein ziemlich ausgeprägtes Pflichtgefühl. Aber das ist keine Besonderheit. Das gilt für den Soldaten und den Beamten auch."
Man möge mal einen Soldaten fragen, der eingezogen ist, und nun beigebracht bekommt, daß er gegen rebellierende Volksmassen vorgehen muß, ob er wohl meint, damit dem öffentlichen Wohl zu dienen. Oder man befrage den kleinen Steuerbeamten, der vielleicht gerne dem öffentlichen Wohl dienen möchte, ob die Steuergesetze ihm dazu die Möglichkeit lassen. Ist es nicht umgekehrt, daß die Lohnabhängigen gezwungen werden, diesen Staat mit immer steigenden Steuerabzügen zu päppeln, daß ihnen der Staat mit seinem riesigen Beamten- und Militär- und Polizeiapparat immer schwerer im Kreuz kniet?

Von den Lohnabhängigen, die der Staat zusätzlich zu der Ausbeutung durch die Kapitalisten immer mehr ausplündert, ist in den Interviews von Schmidt weniger die Rede. Dafür macht der Bundeskanzler gegenüber den selbständigen Handwerkern eine besondere Verneigung. Doch selbst dieser Bückling gelingt ihm nur schief:
"Ich habe großen Respekt vor einem selbständigen Handwerker, **auch wenn er nur einen** *Gesellen beschäftigt* **oder gar allein arbeitet."**
Das muß man doch so verstehen, daß er am meisten Respekt vor solchen Menschen besitzt, die viele Menschen beschäftigen, den meisten Respekt also gegenüber den kapitalistischen Ausbeutern. Großen Respekt hat er immerhin noch für einen Handwerker, der nur einen Menschen beschäftigt oder gar allein arbeitet. Für die Masse derjenigen aber, die gezwungen sind, für andere zu arbeiten, die große Mehrheit des Volkes ...? Aber wer wird denn so spitzfindig sein. Würden wir den Kanzler Schmidt befragen, so würde er mit Sicherheit antworten, daß er vor den Lohnabhängigen den allergrößten Respekt habe. Sein Respekt nämlich vor dem "kleinen Mann", der ist belegt. Im gleichen Interview nämlich setzt sich der Kanzler mit großem Elan für den Kleinaktionär ein. Er erklärt dort, daß er entschieden gegen eine Vergesellschaftung der Banken und Konzerne sei, denn das *"schädigt vor allem die kleinen Leute, die drei oder fünf Aktien besitzen."*

Der gute Helmut Schmidt! Um Gottes Willen, wir müssen doch die Großkapitalisten, das Finanzkapital und die ganzen kapitalistischen Blutsauger erhalten, schon um der kleinen Aktionäre willen! Oder mit des Kanzlers eigenen Worten: *"Bei mir ist es jedenfalls eine Konsequenz der sittlichen Vorstellung, daß ich um eines Prinzips willen nicht die kleinen Aktionäre ruinieren möchte."*

Der Lohnabhängige, der drei oder fünf Aktien besitzt, worin er sein Gespartes angelegt hat, der kann davon nicht leben, der lebt davon, daß er seine Arbeitskraft verkauft. Der kann aber sicher viel besser leben, wenn er nicht den größten Teil seiner Arbeitskraft für den Profit der Kapitalisten, der Großaktionäre schaffen muß. Auf die kann er gut verzichten. Und wenn es darum geht, diese Blutsauger loszuwerden, dann wird die Lohnabhängigen der Besitz von drei Aktien nicht daran hindern, sie zum Teufel zu jagen.
Leicht ist die Absicht aus den Worten des Kanzlers Schmidt herauszulesen. Wenn er sich für die kleinen Handwerker und die Kleinaktionäre so verständnisvoll bemüht, dann, um sie für seine Politik im Interesse des Großkapitals zu gewinnen. (Sämtliche wörtlichen Zitate aus "Stern" Nr.25/12.6.74)

–bb–

Westdeutsche Ingenieure: Feinde in Afrika

WER FÜR DIE KONZERNE ARBEITET, WIRD VON DEN VÖLKERN BEKÄMPFT

"Daß die Portugiesen so schnell nachgegeben haben, als die schwarzen Arbeiter in den Streik traten und plötzlich mehrere hundert Prozent mehr Lohn haben wollten . Da hätte das Militär . . . einmal aufmarschieren und nur mal demonstrativ durchladen sollen. Dann wäre der ganze Spuk vorbei gewesen." Das sagte der Deutsche Horst Lange, Angestellter der Firma Siemens und derzeit Oberbauleiter am Staudamm von Cabora-Bassa in Mozambique. (nach Stern, Nr. 25, 12.6.) Unfaßbar ist für diesen Angestellten der westdeutschen Kapitalisteninteressen, daß sich die Zeiten in den portugiesischen Kolonien Afrikas schlagartig ändern.

Die Baustelle des Cabora-Bassa-Dammes, der von mehrheitlich westdeutschen Kapitalisten gebaut wird und vor allem die Rassistenherrschaft von Südafrika mit Strom versorgen sollte, gleicht einer Festung inmitten eines Gebietes, das von den Befreiungskräften der FRELIMO befreit und in den Händen des Volkes von Mozambique ist. Der Nachschub wird in panzergeschützten Konvois täglich durch 400 km befreites Gebiet transportiert. In dieser Lage will der Oberbauleiter der Firma Siemens noch mit Militär gegen die Lohnforderungen der afrikanischen Bauarbeiter vorgehen, die dort zu Hungerlöhnen arbeiten mußten. Und er beklagt sich, daß die portugiesischen Soldaten "sich lieber Blumen in die Gewehre stecken, statt durchzuladen".

Unter der weißen Bevölkerung herrscht zum Teil Panik. Viele packen die Koffer, versuchen ihre Besitztümer zu verflüssigen und das Geld ins Ausland zu schaffen. Es gibt aber auch große Teile, die zum Bürgerkrieg entschlossen sind, um ihre Kolonialherrschaft zu halten. In letzter Zeit wurden bewußt Terroranschläge verübt von Afrikanern, die im Sold der Weißen Anschläge der FRELIMO vortäuschen, um den Vorwand für portugiesische Militäraktionen zu schaffen, die gegenwärtig wieder zunehmen.

Die Befreiungsorganisationen von Mozambique, Angola und Guinea-Bissau haben die Weißen aufgefordert, im Lande zu bleiben und den Aufbau des Landes zu fördern. Unmißverständlich aber haben sie auch erklärt, daß sie sich unter gleichen Bedingungen wie die afrikanische Bevölkerung an der Arbeit beteiligen müssen, den gleichen Rechten und Pflichten unterworfen sein werden. Unzweifelhaft ist auch, daß zum Aufbau des Landes der Ausbeuterbesitz der Weißen nationalisiert und vergesellschaftet werden muß. Viele werden nicht freiwillig darauf verzichten, ihre Privilegien zu erhalten. Sie werden versuchen, ihren dem Volk geraubten Besitz und ihren aus der Ausbeutung der Afrikaner entstandenen Reichtum mit Waffengewalt zu verteidigen. In Angola hat zu diesem Zweck schon die deutsche Botschaft Waffen an die westdeutsche Kolonie in großem Umfang vermittelt. Die Völker von Mozambique, Angola und Guinea-Bissau, die gegen den Kolonialismus und Imperialismus kämpfen, um ihr Land von diesen Übeln zu befreien, werden diese Leute mit allen Mitteln bekämpfen und schließlich verjagen.

Das muß auch all den westdeutschen Facharbeitern und Technikern klar sein, die von den westdeutschen Konzernen mit meist höheren Löhnen und besonderen Vergünstigungen für die Arbeit in ihren Niederlassungen in den afrikanischen Ländern geworben werden, besonders für die Arbeit am Cabora-Bassa-Staudamm und in großem Umfang für ihre Niederlassungen in Südafrika, wo die meisten westdeutschen Konzerne sich an der Ausbeutung des afrikanischen Volkes und der Reichtümer dieses Landes beteiligen. Nicht nur dies, sie beteiligen sich auch an der verstärkten militärischen Aufrüstung Südafrikas, die nicht nur der Verteidigung ihrer Kolonialherrschaft in Südafrika dient, sondern die Imperialisten und Kolonialisten in allen südlichen afrikanischen Ländern direkt militärisch unterstützt. Seit 1960 hat Südafrika seinen Kriegshaushalt verzehnfacht. Die UNO stellt fest, daß vor allem die Mittel für "Vergeltungsanschläge gegen andere Staaten" beschleunigt entwickelt werden (Süddeutsche Zeitung vom 15.6.). Die UNO hat dagegen aufgefordert, sich aus allen Geschäften, die der militärischen Aufrüstung Südafrikas dienen, zurückzuziehen. Für die Bundesregierung ist dies offensichtlich Papier, denn die westdeutschen Konzerne sind nachweislich an diesem großen Geschäft in großem Umfang beteiligt.

Auf einer Solidaritätsveranstaltung in Mannheim am 5.Juni führte ein Vertreter der südafrikanischen Befreiungsorganisation ANC (African National Congress) aus, daß z. B. BBC eine Fabrik für Waffen und Militärausrüstung in Südafrika aufgebaut hat und besitzt. Er forderte auf, nicht sich durch die Bestechung mit Höchstlöhnen von den Konzernen für ihre verbrecherischen Geschäfte in Afrika anwerben zu lassen. Die afrikanischen Völker müssen diese Leute als Feinde behandeln, und sie werden, wenn sie die Befreiung erkämpft haben, jeden Weißen, der dableiben oder kommen will und bereit ist, die Aufbauarbeit der Völker zu unterstützen, freundlich aufnehmen.

–bb–

Terroristen erfunden

DIE PALÄSTINENSER MUSSTEN FREIGELASSEN WERDEN

Am 12.6.1974 wurden in Heidelberg und Saarbrücken zwei palästinensische Studenten verhaftet. In den Haftbefehlen wurde gegen sie die ungeheuerliche Anschuldigung erhoben, sie hätten nicht weniger als vier Anschläge auf Einrichtungen der israelischen Fluggesellschaft El Al und auf Fußballstadien in der BRD geplant. Am 19.6. wurde der Haftbefehl gegen den Studenten aus Heidelberg sang- und klanglos wieder aufgehoben, am 20. wurde der Student in Saarbrücken wieder freigelassen. Die Anschuldigungen lösten sich in Luft auf.

Begleitet wurde diese Verhaftungsaktion von einer exemplarischen Pressehetze gegen die Palästinenser. Noch am 16.6. hieß es in der "Bild am Sonntag", "jegliche Zweifel" seien "beseitigt", die Verhafteten gehörten der "Terrororganisation Schwarzer September" an. "Ein Polizeisprecher zu Bild: 'Die ganze Affäre ist heiß und konkret, so konkret wie noch nie.' "

Drei Tage später tischte man beim Haftprüfungstermin in Heidelberg die Geschichte auf, der "Informant" des Verfassungsschutzes habe seine Aussagen zurückgenommen.

Folgendes stellte sich heraus:

Die beiden Haftbefehle gegen die palästinensischen Studenten gründeten sich **auf nichts weiter** als die "Hinweise" eines dubiosen "Informanten".

Wie kommen solche Maßnahmen zustande? Wie ist es möglich, daß völlig unbeteiligte Menschen unter den fantastischsten Anschuldigungen einfach verhaftet werden?

Polizei und Regierung in der BRD haben die Fußballweltmeisterschaft zum Anlaß genommen, ein gewaltiges Staatsschutzmanöver in Szene zu setzen. 40 000 Polizisten sind Tag und Nacht im Einsatz, zehntausende Verfassungsschützer suchen fieberhaft nach Verdächtigen. Schon vor Beginn der Weltmeisterschaft lancierte man Pressemeldungen, nach denen palästinensische Organisationen Anschläge während der Weltmeisterschaft planten. Diese allgemein entfachte Hysterie und Hetze besonders gegen Menschen aus arabischen Ländern muß gerechtfertigt werden, indem man einfach Maßnahmen auf Verdacht unternimmt.

–U./K.–

Austritt aus der SPD

AN DEN VORSTAND DER SPD ORTSVEREIN OSTHOFEN

Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei Deuschlands aus folgenden Gründen:

Die SPD erhebt den Anspruch, Politik im Interesse des arbeitenden Volkes zu machen. In Wirklichkeit betreibt sie Politik im Interesse der Kapitalisten. Einige Beispiele:

Mit allen Mitteln hat die SPD-Regierung die gerechten Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst unterdrückt. Die hochgepriesene Steuerreform bringt dem Volk nur scheinbare Erleichterungen bis zur nächsten Wahl, und an den Nerv der Sache, die indirekten Steuern, wird nicht gerührt. Die Lohnsteuer ist unmäßig gesteigert worden, während die großen Einkommen gut davonkommen. Den Ausbau des Polizeiapparats treibt die SPD voran; im Aussprechen von Berufsverboten gegen Kommunisten und Demokraten steht sie mit an der Spitze. Außenpolitisch unterstützt sie die faschistischen Regimes wie in Spanien, Griechenland, Brasilien, Südvietnam, Südafrika durch diplomatische Anerkennung und materielle Hilfe durch Geld und Waffen, während sie zum Beispiel die rechtmäßige Regierung des kambodschanischen Volkes, die GRUNK, nicht anerkennt.

Diese volksfeindliche Politik versucht die SPD durch das Mitbestimmungskonzept zu verkaufen. Dieses Konzept läuft darauf hinaus, die Arbeiter für ihre Ausbeutung selber verantwortlich zu machen. Deshalb ist in der SPD kein Platz für Sozialisten.

Reinhard Ritschel

Bisheriger UZ-Leser bekam eure Zeitung in die Hand und fand dort, was er in der UZ vergeblich suchte. Ergebnis: UZ abbestellt und die KVZ hiermit sofort abonniert. Förderabonnement zu 20,– DM. Schickt sie mir so schnell wie möglich zu!

P.M., Bergisch-Gladbach
(ehem. stellvertretetender DKP Ortsgruppenvorsitzender)

Zeitbombe Steuerreform

DIE RECHNUNGEN DES BUNDES DER STEUERBEAMTEN BESTÄTIGEN UNSERE AUSSAGEN

In der letzten KVZ haben wir über die sogenannte Steuerreform geschrieben. Ihre Wirkung ist so, daß für die unteren und mittleren Einkommen die rasanten Steuererhöhungen kurzfristig gestoppt werden, um innerhalb von ein bis zwei Jahren in noch schnellerem Tempo anzusteigen wie bisher. Diese Wirkung der Steuerreform wird dadurch erreicht, daß der steuerfreie Grundfreibetrag erhöht wird, andererseits aber der zu versteuernde Teil des Lohnes mit einem höheren Prozentsatz versteuert werden muß und die Steuerprogression schneller zunimmt. Jeder kennt diese Wirkung der Steuerprogression. Bekommt man 10 % Lohnerhöhung, so steigt die Lohnsteuer gleich um 20 %. Jetzt wird es so sein, daß man im Jahre 1975 vielleicht gleichviel oder weniger Steuern zahlen muß; dafür macht man in den nachfolgenden Jahren bei Lohnerhöhungen, die nicht einmal die Inflationsrate erreichen, einen umso größeren Sprung in die Steuerprogression. Und die SPD hofft darauf, daß die Mehrzahl der Wähler das erst nach den Bundestagswahlen merkt.

Die Steuerreform ist eine Zeitbombe. Wenn sie geplatzt ist, dann wird der Anteil der Lohnabhängigen am gesamten Steueraufkommen nochmals gewaltig zugenommen haben.

WEITERER ANSTIEG DER LOHNSTEUERN

Schon jetzt läßt sich sagen, daß die Steuerreform nicht einmal im ersten Jahr 1975 das zurückgibt, was allein in diesem Jahr der Staat zusätzlich an Lohnsteuern abkassiert. Die Lohnsteuereinnahmen waren jetzt im Monat Mai schon wieder um 25 % höher als im vergangenen Jahr, während die Bruttolöhne höchstens im 10 bis 12 % höher sind. Und diese höheren Löhne sind keinen Pfennig mehr wert, weil die Preise entsprechend gestiegen sind, nämlich mehr, als netto vom Lohn nach Abzügen übrig geblieben ist. Insgesamt aber stiegen die Steuereinnahmen nur um 10 %. Das heißt, der Anteil der Lohnsteuern am Gesamtaufkommen ist weiter gewaltig angestiegen. (Zahlen nach Süddeutsche Zeitung vom 19.6.)

BERECHNUNGEN DES BUNDES DER STEUERBEAMTEN

Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Steuerbeamten, Hermann Fredersdorf, hat an einigen Beispielen ausgerechnet, wie sich die Steuerreform auswirken wird.

Bei einer 8 %igen Lohn- oder Gehaltsaufbesserung wird ein Ehepaar, das 20 000 DM im Jahr (1 670 DM im Monat) hat, bereits mehr Steuern wie vorher bezahlen, also bei der bestehenden Inflationsrate real weniger haben. Ein Lediger mit 16 000 DM im Jahr (1 340 DM brutto im Monat) wird bei einer Lohnerhöhung von 8 % schon 3 % von seiner Lohnerhöhung an die Steuer abgeben, also die Preissteigerungsrate bei weitem nicht einholen. Alle, die weniger verdienen, können an diesen Beispielen leicht sehen, wie bald sie auch in die Steuerprogression geraten werden, wenn ihre Löhne auch nur annähernd mit der Inflation mitgehen.

KAPITALISTEN "GERINGFÜGIG ENTLASTET"

Anders die Wirkung bei den Spitzenverdienern. Der Spitzensteuersatz wurde von 53 % auf 56 % angehoben. Wer aber denkt, die Millionäre müßten nun mehr Steuern zahlen, täuscht sich. Denn zugleich hat man die Stabilitätsabgabe und die Ergänzungsabgabe wegfallen lassen, so daß sie sogar im Endergebnis "geringfügig entlastet" werden, wie der Vorsitzende des Bundes der Steuerbeamten es vornehm ausdrückt.

Fredersdorf beschreibt die Wirkung des Steuerreformgesetzes so: "Für den Kleinen keine Verbesserung, für den Großen der größte Nutzen und für den Mittleren die Last." (Süddeutsche Zeitung vom 19.6.) Dieses Bild wird sich aber schon sehr schnell wieder vereinfachen. Denn mit der Inflation werden auch die unteren Lohneinkommen zu "mittleren" werden, der Geldbetrag wird höher, aber was man mit dem Geld kaufen kann, wird weniger. Zugleich aber richtet sich die Steuerbelastung nur nach der Höhe des Geldbetrages, egal was das Geld noch wert ist.

DIE STEUERLAST TRÄGT DAS WERKTÄTIGE VOLK

Obwohl Fredersdorf als Beamter mehr für die mittleren Einkommensschichten kämpft, so beweisen doch seine Beispiele, daß die Steuerreform alle Lohnabhängigen und Werktätigen, die große Masse der Steuerzahler insgesamt auf die Dauer schlechter stellt, während die großen Kapitalisten und ihre Spitzenmanager noch besser fahren.

Am Beispiel führt Fredersdorf aus, daß selbst die neue Kindergeldregelung, die doch allen gleich, egal wieviel sie verdienen, das gleiche Kindergeld bringen soll, den Spitzenverdienern eine Möglichkeit offen läßt, für ihre Kinder weit größere Steuerersparnis rauszuschinden, indem die Kinder zu "mittellosen Angehörigen" erklärt werden.

REGIERUNG UND CDU WOLLEN MIT DEM STEUERBETRUG DRUCK AUF TARIFKÄMPFE AUSÜBEN

Die Bundesregierung hat schon deutlich erklärt, daß diese Steuerreform in Tarifverhandlungen "berücksichtigt" werden müsse. Und die CDU/CSU wollte unbedingt die Steuerreform mit nur unwesentlichen Abweichungen schon Mitte dieses Jahres in Kraft setzen, um in den Tarifauseinandersetzungen im Herbst "maßvolle" Tarifabschlüsse durchsetzen zu können. Der Betrug mit der Steuerreform soll zugleich als Druckmittel für weiteren Lohnabbau dienen. Aus einer Äußerung von Bundeskanzler Schmidt geht hervor, mit wieviel Prozent er die Steuerreform in Anrechnung bringen will. Er sagte: "1975 wird allein die Reform von Lohnsteuer und Kindergeld für einen typischen Arbeitnehmerhaushalt mit 2 Kindern das Nettoeinkommen um rund 4 % verbessern."

Die IG Metall-Führung hat demgegenüber deutlich erklärt, daß sie eine Anrechnung der Steuerreform in Tarifauseinandersetzungen nicht mitmachen werde. Diese Erklärung ist zu begrüßen. Die Erfahrungen mit den "kämpferischen" Erklärungen der Gewerkschaftsführer lehren uns aber ebenso deutlich, daß die Mitglieder der Gewerkschaften meist gegen die Führung durchsetzen müssen, daß solche Erklärungen auch Wirklichkeit werden.

–bb–

Die Oelkartelle erhöhen die Preise

BENZINPREISE STEIGEN / KARTELLAMT WIRD NICHTS UNTERNEHMEN

Vor einigen Wochen untersagte das Kartellamt den Firmen BP und Texaco, die Benzinpreise um 1 Pfennig zu erhöhen. Daß dieses Verbot nach den vergangenen Preiserhöhungen für Benzin und Heizöl ein reines Theater war, haben wir schon damals geschrieben. Jetzt wollen die Ölkartelle sämtliche Preise für Ölprodukte um 2-3 Pfennig erhöhen. Das Kartellamt wird dagegen nichts unternehmen, weil es auch garnichts dagegen unternehmen kann.

Die Ölkartelle bereiten ihre Preiserhöhungen mit lautem öffentlichen Wehklagen vor, "weil die Benzinpreise nicht ausreichen, die Kosten zu decken", so sagte es der BP-Direktor Hans Joachim Burchard. Ähnlich äußern sich alle, und die Bundesregierung zeigt Verständnis: So stand im Handelsblatt, der Zeitung der kapitalistischen Geschäftswelt, zu lesen:

"Auch in Kreisen der Bundesregierung, die sich dank der Bereitschaft der „Ölgesellschaften, ihre Karten in Bonn auf den Tisch zu legen, allmählich ein genaueres Bild von der tatsächlichen Ertragslage machen kann, wird nicht bestritten, daß die Gesellschaften nur mit Hilfe einer Erhöhung der Benzinpreise aus den roten Zahlen wieder herauskommen können." (HB 11.6.74)

Die Bundesregierung hat also begriffen, daß die riesigen Gewinnsteigerungen der letzten 15 Monate bei den Ölgesellschaften, die in allen Zeitungen standen, in Wirklichkeit riesige Verluste waren, die zu weiteren Preiserhöhungen zwingen. So muß man das ja wohl verstehen. Und man kann das jetzt bei der beginnenden Ferienzeit leicht verstehen, daß die Ölkartelle da die Autoreisezeit unbedingt nutzen müssen, um aus ihren "roten Zahlen" rauszukommen.

Um das Kartellamt nicht wieder in Verlegenheit zu bringen, haben die Ölkartelle ihre Preiserhöhungen diesmal wesentlich besser vorbereitet und nicht nur durch öffentliche Krokodilstränen.

WIE GEHEN DIE ÖLKARTELLE VOR?

Sie sind nämlich dabei, die Marktsituation entscheidend zu verändern, und wenn die Marktsituation entscheidend verändert ist, dann hat das Kartellamt nach dem Gesetz sein Recht verloren, gegen Preiserhöhungen einzuschreiten. Diese Veränderung der Marktsituation geschieht dadurch, daß die internationalen Ölgesellschaften das Benzin auf dem Markt in Rotterdamm, den sie natürlich ebenso kontrollieren, erhöhen. Die Folge davon ist, daß die freien Tankstellen, die auf dem Markt in Rotterdamm einkaufen müssen, hier im Land die Benzinpreise nicht nur nicht mehr unterbieten können, sondern gar nicht mehr mithalten können. So ist bekannt geworden, daß die Shell-Nederlande den freien Tankstellen das Benzin zu mehr als dem doppelten Preis verkauft, als ihrer westdeutschen Schwesterfirma Deutsche Shell-AG. Aus diesem Grund hatten die Vertreter der freien Tankstellen sich schon während des Kartellverfahrens an den Wirtschaftsminister Friedrichs gewandt mit der Bitte, er möge doch das Verfahren einstellen, und den Ölkonzernen die Preiserhöhung gestatten, damit sie wieder in der Lage seien, die Tankstellen der großen Ölkonzerne im Preis zu unterbieten. Dieser lehnte die Bitte ab. Gehen die Freien mit den Preisen rauf, verlieren sie ihre Kunden, gehen sie nicht rauf, geht ihnen die Luft aus. Erreicht wird in jedem Fall ein weiteres Ausscheiden der Freien und damit eine "Veränderung der Marktsituation". Inzwischen ist der Marktanteil der Freien von 26 % auf 17 % zurückgegangen. (HB 7.6.74)

Die Ölkartelle können also die Preise erhöhen, weil die Freien bankrott gehen, und unter diesen Umständen lohne es sich für sie, mit den Preiserhöhungen noch einige Monate warten zu müssen. Nun ist es soweit. Allen voran ging die **ARAL AG**, die sich zu **1/3 im Besitz des Bundes** befindet.

Im Süden probierte sie die Preiserhöhungen während der Pfingstreisezeit schon einmal aus. 2 Pfennig Preiserhöhung bringt ihr 60 Millionen DM Mehrgewinn im Jahr.

bb

1973 konnten die sieben größten multinationalen Ölkonzerne (die "sieben Schwestern") ihre Profite gegenüber 1972 in folgendem Ausmaß erhöhen:

- *BP um 343 Prozent*
- *Shell um 159 Prozent*
- *Gulf um 79 Prozent*
- *Chevron um 65 Prozent*
- *Exxon (Esso) um 59 Prozent*
- *Mobil um 47 Prozent*
- *Texaco um 45 Prozent*

(Offizielle Angaben der Konzerne)

Im 1. Quartal 1974 setzte sich die Profitexplosion fort. Gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres steigerten z. B. ihre Profite:

- *Shell um 162 Prozent*
- *Texaco um 123 Prozent*
- *Gulf um 76 Prozent*
- *Exxon um 39 Prozent*

Ford-Betriebsrat fordert die Entlassungen junger Kollegen

Köln. Seit Wochen und Monaten vergrößert sich der Druck der Kapitalisten auf die Ford-Kollegen. Kurzarbeit, verschärfte Arbeitshetze, Rationalisierungen in einzelnen Abteilungen und täglich neue Schikanen im Betrieb kennzeichnen die Lage im Kölner Werk.

Das alles bleibt für die Arbeiter und Angestellten nicht ohne Folgen. Teilweise breiten sich Angst und Resignation aus, aber auch Unmut und der Wille, diese unerträgliche Lage nicht länger tatenlos hinzunehmen.

BETRIEBSRAT UND GESCHÄFTSLEITUNG VERBREITEN LÜGEN ÜBER DIE KURZARBEIT

Allein in den letzten 3 Monaten mußten tausende in unterschiedlichen Abständen kurzarbeiten. Im März waren es über 50 % (17 000) aus Köln-Niehl, die von den Produktionseinschränkungen getroffen wurden. Ende Mai mußten fast 1 000 Arbeiter wegen der Kurzarbeit auf einen Teil ihres Lohnes verzichten.

Der Ford-Vorstand und der Betriebsrat versuchen nun schon seit Monaten, die Kollegen immer wieder mit der gleichen Platte zu beruhigen: "Kurzarbeit nur, um Massenentlassungen zu verhindern."

Daß trotzdem massenhaft Kollegen gehen müssen, zeigen allein die Ford-Mitarbeiterinformationen zum Personalstand. Während Ende 1972 noch 24 300 Arbeiter in Niehl waren, waren es 12 Monate später nur noch 22 500 und Ende Mai diesen Jahres schon wieder fast 1 000 weniger. Und Ford-Sprecher Bergemann spricht sogar offen von einem weiter bestehenden "Personalüberhang".

Eins ist jedenfalls klar:

Kein vernünftiger Mensch glaubt mehr an das Märchen von der Kurzarbeit zur Sicherung der Arbeitsplätze. Im Gegenteil, alles spricht dafür, daß man zwar bis zum Werksurlaub "nur" mit weiterer Kurzarbeit rechnen muß, daß danach aber Massenentlassungen größeren Umfangs anstehen. Deshalb steht im Moment die Frage der Massenentlassungen und ihrer Folgen für jeden einzelnen Arbeiter im Mittelpunkt der politischen Gespräche im Werk.

BETRIEBSVERSAMMLUNG WAR KEIN SCHRITT NACH VORN

Unter diesen Vorzeichen fand die Betriebsversammlung statt, in der viele endlich Klarheit über die Zukunft der Ford-Werke in Köln haben wollten.

Doch weder der Betriebsrat, noch der anwesende kommissarische IGM-Bevollmächtigte Schwarting waren bereit, der Ford-Belegschaft reinen Wein einzuschenken. Schwarting war sowieso nur gekommen, um sich auch mal im größten Kölner Betrieb zu zeigen. Und der Betriebsratsvorsitzende Lück (SPD) stellte die ganze Sache so dar, als sei sie in den Händen des Betriebsrates gut aufgehoben. Er konnte sogar auf einen schon mit "Erfolg" praktizierten Plan verweisen. Ein paar Tage vor der Betriebsversammlung hatte der Betriebsrat nämlich über ein Flugblatt mitteilen lassen, wie er gegen die im Mai drohenden Entlasssungen von ca. 500 Angestellten vorgegangen ist.

- Ältere Kollegen sollten doch ruhig vorzeitig in den Ruhestand gehen. Der Betriebsrat würde sich dafür einsetzen, daß auch alles mit der Rentenversicherung klar gehen würde. Das ist bei Licht besehen nichts anderes als Entlassungen auf die kalte Tour!
- Weiterhin setzte man auf den "natürlichen Mitarbeiterschwund". Was darunter zu verstehen ist, spüren die Arbeiter in den Hallen (z. B. W und Y Halle) fast täglich. Wegen der kleinsten Verstöße gegen die Arbeitsordnung und sogar wegen Krankheit (z. B. bei Ausländern) werden Entlassungen ausgesprochen. Das führt schon so weit, daß "gutmeinende" Betriebsräte raten, doch lieber weniger krank zu feiern.

Mit den ersten beiden Vorschlägen hatte sich der Betriebsrat scheinbar noch nicht genug beim Ford-Vorstand eingeschmeichelt. Also versuchte er es mit der **offenen** Vertretung der Interessen der Kapitalisten, indem er fordert: "Reduzierung des Personenkreises derer, die noch kein halbes Jahr im Unternehmen beschäftigt sind und noch keinen Kündigungsschutz haben." Nach Meinung des Betriebsrates muß man sich also erst einmal einige Zeit bei Ford ausbeuten lassen, ehe man irgendwelche Rechte oder gar einen Schutz genießt.

Offener als mit dieser Forderung konnten sich Lück und Konsorten nicht als Spalter der Arbeiter und als Handlanger der Kapitalisten entlarven. Die Vorschläge insgesamt laufen darauf hinaus, die Entlassungen zu akzeptieren, **dafür aber die Sache nicht ganz so offensichtlich zu machen.** Deshalb zeigt man auch so viel "realistisches" Verständnis für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Ford-Konzerns. Deshalb verkauft der Betriebsrat sogar die bis zum Werksurlaub anstehende Kurzarbeit von über 3 000 Kollegen als Erfolg.

DKP IST DOPPELT SCHÄDLICH

Die teilweise offen arbeiterfeindliche Politik des Betriebsrates verstärkt in der Belegschaft zunehmend den Unmut gegen diese Art von "Arbeitervertretern" Insbesondere der Betriebsratsvorsitzende Lück ist in der letzten Zeit scharf angegriffen worden. So wird Lücks Rückkehr ans Band gefordert und immer mehr Kollegen wollen Lück 1975 nicht als Betriebsrat wiederwählen.

An diese Strömungen hängt sich auch die DKP. In ihrer Zeitung "Prüfstand" führt sie eine "scharfe" Kritik an Lück. Er sei "Berufsopportunist" und habe sich "mit der ihm eigenen Nonchalance" über alle Fakten hinweggesetzt.

Dabei unterschlägt die DKP bewußt, daß Lück bei Ford nicht als Einzelperson Politik macht, sondern daß er Sprecher der großen, sozialdemokratisch beherrschten Mehrheit im Betriebsrat ist.

Um auch den leisesten Verdacht, die DKP kritisiere die Sozialdemokraten, von sich zu weisen, stellt sie sich uneingeschränkt auf die Seite des Betriebsrates. So hat sie in ihrer Zeitung gegen die miserable Lage der Fordarbeiter nichts anderes anzubieten als: "Betriebsrat muß Kurzarbeit verhindern!"

Und die DKP weiß auch, **wie** das zu erreichen ist: "Das Mitbestimmungsrecht in Sachen Kurzarbeit gibt der Belegschaft dennoch ein Druckmittel in die Hand." Nämlich: "Jetzt müssen sie (Ford) beweisen, daß Kurzarbeit unbedingt notwendig ist." Als ob dieser "Beweis" den Kapitalisten schon jemals schwer gefallen wäre!

Die DKP ist mit solchen Vorschlägen doppelt schädlich: 1. Gaukelt sie vor, der Kampf gegen die Kurzarbeit sei unnötig, weil man ja nur die Gesetze richtig ausschöpfen müsse. Und das kann bekanntlich der Betriebsrat am besten, so tönen unsere DKP-Vertreter. 2. Macht sie sich zum Erfüllungsgehilfen der schädlichen Politik des Betriebsrates, indem sie die Kurzarbeit **und nicht** die drohenden Massenentlassungen in den Vordergrund stellt.

Die fortschrittlichen Arbeiter und Angestellten in den Abteilungen lassen sich jedoch weder von den "Beruhigungsspritzen" des Betriebsrates, noch von dem Geschwafel der DKP einschläfern. Sie reden am Arbeitsplatz und in ihren Hallen und Bereichen mit den deutschen und ausländischen Kollegen und es werden gemeinsame Forderungen überlegt, um sich gegen die verstärkten Angriffe der Ford-Kapitalisten zu wehren. Dabei stehen ohne Zweifel zwei Sachen im Mittelpunkt:

Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!
Keine Entlassungen!

Aber auch die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit muß ins Gespräch gebracht werden. Diese Forderung gewinnt um so mehr Bedeutung, wenn die Kollegen auf die Straße gesetzt werden sollen. Anstatt zu entlassen, sollten die "überflüssigen" Arbeiter besser so eingesetzt werden, daß sich für die gesamte Belegschaft der Arbeitstag verkürzt:

7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich!

O.H., in Zusammenarbeit mit Ford-Kollegen



Belegschaftsmitglieder der Olympia-Werke demonstrieren gegen die Stillegung.

700 Arbeiter in Kaufbeuren kämpfen um ihre Existenz

Kaufbeuren, Kleinstadt im Allgäu. "Schwarze Fahnen flatterten ihnen voran. Dann folgten die Transparentträger. "Sicherheit versprochen, Not und Elend gebracht", stand auf einem der Spruchbänder. Auf einem anderen hieß es: "Das Unternehmer-Risiko trägt wieder der Arbeiter". Dahinter kamen in langem Protestzug jene Frauen und Männer, die es in erster Linie angeht: Belegschaftsmitglieder der OLYMPIA-WERKE AG (Schreibmaschinen und Büromaschinen), die zum AEG-Telefunken Konzern gehört, gingen im Kampf um ihre Arbeitsplätze auf die Straße. (Abendzeitung München)

Nach Auskunft des Betriebsrates sollen von den 1 200 Beschäftigten 700 Arbeiter entlassen werden. Der Kollege H.J. berichtet: "Hier im Prüfraum haben wir sechs Arbeitstische. An jedem saßen einmal drei Männer. Jetzt sind wir nur noch neun. Und da draußen in der Halle saßen einmal dreißig Frauen, jetzt sind nur noch drei da. Wer am nächsten Tag rausfliegt, wissen wir nie."

Für die Kollegen, die jetzt bei Olympia entlassen werden sollen, gibt es kaum eine Chance, woanders einen Arbeitsplatz zu finden, und wenn, dann für einen Lohn, der mit Sicherheit noch niedriger liegt als der bei Olympia.

U H., München

Kollegen demonstrieren gegen Stillegung

Oberbilk/Düsseldorf. Am 13.6. demonstrierte die Belegschaft der Vereinigten Drahtindustrie GmbH, zum Teil mit ihrer Familie, gegen die Stillegung des Werks.

900 Kollegen sollen auf die Straße gesetzt werden. Das Werk **Oberbilk** soll stillgelegt werden. Dafür wollen die Kapitalisten die Werke in Hamm und Kehl (Baden) ausbauen.

Auf der Belegschaftsversammlung in Oberbill wurde der schon verabschiedete Sozialplan von den Kollegen kritisiert. Sie fordern, daß auch die Beschäftigten, die unter dem Stillegungsdruck gekündigt haben, eine Abfindung erhalten.

Die Kollegen wehren sich seit Monaten öffentlich gegen die Stillegung. Noch im Januar war die Erhaltung von 530 Arbeitsplätzen zugesichert worden. Die Kapitalisten wollen die Kollegen verschaukeln. Damit die Kapitalisten ihre Pläne auf jeden Fall gegen den Widerstand der Kollegen durchsetzen können, beobachtete eine große Zahl von Polizisten in Uniform und Zivil die Demonstration, unter ihnen der Polizeipräsident Jäger. Denn der Staat, der das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln sichert, soll auf jeden Fall das Recht der Kapitalisten auf Stillegung und Rauswurf der Kollegen durchsetzen.

Auch in Lüdenscheid marschierten bei Stillegung von Gruber 80 Polizisten im Hintergrund auf. Die Kollegen wurden um den Lohn für den Monat Mai betrogen.

Streik gegen Entlassungen bei VFW Fokker (WERK SPEYER)

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf die Belegschaft der Vereinigten Flugtechnischen Werke - Fokker (Werk Speyer) die Nachricht in den örtlichen Tageszeitungen, daß 350 von insgesamt 1 650 Arbeitern und Angestellten entlassen werden sollen. Noch auf der letzten Betriebsversammlung hieß es, die Arbeitsplätze seien sicher

STEIGENDER UMSATZ BEI VFW-FOKKER

Erst vor drei Wochen haben die VFW-Kapitalisten einen 1 000 (tausend) Millionen Staatsauftrag für den Bau des ersten europäischen Raumfahrlabors ergattert. Immer höher schraubten sie die Preise für die Wartung der Heeresflugzeuge, z. B. der des Starfighters von 580 000 auf 840 000 DM, sowie die Preise der Flugzeuge selbst. Nun versuchen sie durch Rationalisierungsmaßnahmen – angeblich sei kein Anschlußauftrag für das Hubschrauberprojekt CH 53 da – ihre riesigen Profite auf Kosten der Arbeiter noch weiter zu erhöhen.

DIE BELEGSCHAFT NIMMT DEN KAMPF AUF

Als erste Maßnahme gegen die Entlassungen, die schon zum Teil im Juli stattfinden sollen, beschloß der Betriebsrat und die Vertrauensleute, daß in den nächsten zwei Monaten überhaupt keine Kündigungen unterschrieben werden. Doch die Belegschaft gab sich mit diesem Beschluß nicht zufrieden. In verschiedenen Abteilungen wurde am Dienstag, 18.6., die Arbeit niedergelegt und über die angedrohten Entlassungen diskutiert. Immer deutlicher zeigte sich, daß die Kollegen sich nicht spalten ließen und auf keinen Fall bereit waren, die Entlassungen kampflos hinzunehmen. Nach der Frühstückspause trafen sich dann die Kollegen aus allen Abteilungen vor dem Kantinengebäude und beriefen eine außerordentliche Belegschaftsversammlung in Halle 16 ein. Um dort in einem geschlossen Protestzug hinzugelangen, mußte das Betriebsgelände durch das Haupttor verlassen werden. Die dann zur Rede gestellte Geschäftsleitung geriet immer mehr ins Schwimmen. Die Stimme des Direktors Müller wurde immer leiser, die Pfiffe der Kollegen immer lauter. Das einzige, was noch einige umstehende Kollegen verstanden, war: bis Januar 1975 wird niemand entlassen.

KÄMPFERISCHE BETRIEBSVERSAMMLUNG

Zwei Tage nach der spontanen Arbeitsniederlegung fand eine Betriebsversammlung statt. Entschlossener Kampfeswille gegen die Entlassungen beherrschte die Versammlung. Zahlreich wie nie zuvor meldeten die Kollegen sich zu Wort und verurteilten die Machenschaften der Geschäftsleitung. Jedesmal gab es tosenden Beifall. Ebenso sprachen sich mehrere Bremer und Lemwerder Gesamtbetriebsräte für Solidaritätsmaßnahmen aus. (Die Kollegen aus diesen Zweigbetrieben werden sie beim Wort nehmen müssen.) Transparente mit den Aufschriften "Keine Entlassungen", "Keine leeren Versprechungen", "Sichere Arbeitsplätze", "Gewinne 74 für Arbeitsplätze 75" wurden den Herren Kapitalisten entgegengehalten. Selbst bei Betriebsschluß verließ kein Kollege die Halle. Doch trotz des kämpferischen Auftretens der Belegschaft wurde es auf der Betriebsversammlung noch versäumt, 1. von der Geschäftsleitung die eindeutige Zusicherung zu verlangen, daß weder jetzt noch 1975 ein Kollege entlassen wird und 2. den Betriebsrat durch einen verbindlichen Beschluß zu verpflichten, keiner Entlassung zuzustimmen.

Solange die Geschäftsleitung noch Rausschmisse plant, wird die Belegschaft weiter dagegen solidarisch kämpfen müssen. Zunächst einmal wurde nur erreicht, daß während der Urlaubszeit und bis Dezember keine direkte Gefahr für die Arbeitsplätze besteht. Jedoch ist den meisten Kollegen klar geworden, daß man den Kapitalisten kein Wort glauben darf, auch wenn sie noch so schön reden. Erst recht muß gerade jetzt der Kampf weitergeführt werden, um die Kündigungen im Januar zu verhindern.

OAG Speyer

VFW-Kollegen, die in den Zellen des KBW in Bremen und Lemwerder organisiert sind, schickten eine Resolution, in der sie sich mit dem Kampf der Speyerer Kollegen solidarisierten. Gleichzeitig informierten sie die Bremer Kollegen.

Massenentlassungen

WERKSCHUTZ GEGEN UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG

Hildesheim. Bei den Blaupunkt-Werken in Hildesheim (etwa 7 000 Beschäftigte) stehen Massenentlassungen bevor. Auf einer Betriebsversammlung wurde vom Betriebsrat die Forderung aufgestellt, zuerst die Verträge der ausländischen Kollegen nicht zu verlängern. Die deutschen Kollegen sind für diese Forderung, während unter den ausländischen Kollegen eine starke Unruhe ausbrach.

Durch die Forderung des Betriebsrates, der damit den Blaupunkt-Kapitalisten entgegenkam, kam es zu einer tiefen Spaltung in deutsche und ausländische Arbeiter. Um die Einheit wieder herzustellen, um dann geschlossen gegen die Entlassungen vorzugehen, wurden im Betrieb Unterschriften für folgende Forderungen gesammelt:

Keine Entlassungen, keine Werksverlegungen (Blaupunkt verlegt Teile der Produktion nach Frankreich), keine Erhöhung des Akkordes.

Diese Forderungen betreffen sowohl deutsche als auch ausländische Kollegen.

Auch ich sammelte Unterschriften. Am Freitag, 14.6., startete der Werkschutz eine geplante Aktion gegen mich. Ich wurde von einem Kollegen, den ich ein paar Tage vorher auf die Unterschriftenaktion angesprochen hatte, angerufen. Er wollte die Unterschriftenliste haben und führte mich zu einer Gruppe Kollegen. Einer von ihnen fragte, wofür die Liste sei. Ich erklärte es ihm. Plötzlich tauchte aus einer Ecke ein Werkschutzmann auf, nahm die Liste und führte mich in ein Büro, wo der Werkschutzpolizist Opitz saß. Dort wurde ich verhört. Beim Verhör wurde ich auch nach privaten Sachen gefragt. Ich stellte auch fest, daß ich im Betrieb bespitzelt wurde. Der Werkschutz wußte, mit wem ich Mittag esse und mit wem ich mich vor dem Werkstor treffe.

Nachdem mir mitgeteilt wurde, daß die Personalleitung mich "beurlaubt" habe, wollte ich sofort zum Betriebsrat. Mir wurde die Tür versperrt und erst nach heftigem Protest wurde ein Betriebsrat geholt, der der Beurlaubung auch gleich zustimmte. Dann wurden mein Spind und mein Arbeitsplatz durchgewühlt. Wenn ich durch den Betrieb ging, wurde ich immer von zwei Leuten gut abgeschirmt, damit ich auch ja nicht Kontakt zu Kollegen bekomme. Als ich einmal entweichen wollte, rempelte mich der Werkspolizist an. Zum Schluß brachte man mich mit einem Auto aus dem Werk. Als ich Dienstag wieder ins Werk wollte, fing mich der Werkschutz am Tor ab und brachte mich in einen Raum, nachdem ich laut, damit die Kollegen mich hörten, über den Fall redete. Als alle Kollegen das Werkstor passiert hatten, brachte der Werkschutz mich vor das Tor.

Für ihre geplanten Massenentlassungen können die Blaupunkt-Kapitalisten Unruhe unter der Belegschaft nur gebrauchen, wenn sie gespalten ist und sich gegenseitig bekämpft. Das Übelste, was sie sich vorstellen können, ist, daß sich deutsche und ausländische Kollegen zusammenschließen, um etwas gegen die Entlassungen zu unternehmen. Dann würden die Blaupunkt-Kapitalisten nämlich eine Niederlage erleiden.

Darum werden Kollegen, die aktiv für die Interessen der Arbeiterklasse eintreten, rausgeschmissen. In der Situation, in der Kollegen rausgeschmissen werden, sie nicht den Mund aufmachen dürfen, sie mehr arbeiten müssen, hilft uns im Betrieb nur eine starke Gewerkschaft und ein konsequenter Betriebsrat, der die Aktivitäten der Kollegen unterstützt und nicht bekämpft.

–C.F., Hildesheim–

MASSENENTLASSUNGEN BEI VW

Der soziale Schleier zerreisst

Am 20.6.1974 erscheint im Volkswagenwerk Wolfsburg ein "Wir Metaller" (IGM Nachrichtenblatt für das VW-Werk) mit der Schlagzeile: BESORGT EUCH JETZT BKK BESCHEINIGUNG – wichtige Information für Urlauber! (BKK-Bescheinigung: Betriebskrankenkassen-Bescheinigung)
10 000 Arbeiter sollen bei VW entlassen werden, hören die Kollegen fast täglich; das Werk muß sich gesundschrumpfen . . . Urlauber, besorgt euch BKK-Bescheinigung, erklärt demgegenüber die IGM.
Ein Kollege nimmt das WIR, schreibt mit dem Filzschreiber: 10 000 sollen entlassen werden! auf das Blatt und hängt es an das "Schwarze Brett".

Hellhörig sind die Arbeiter geworden, jede Nachricht über das Werk wird aufgesogen, aber Klarheit, Klarheit darüber, was nun wirklich los ist, bekommt dadurch niemand, jeder weiß das. Jedem wird auf einen Schlag die Situation, in der er steckt, deutlich. Jedem wird deutlich, daß er eigentlich an der Nase herumgeführt wird, daß niemand da ist, der einem reinen Wein einschenkt.
Wem soll man auch trauen? Vor der Wahl in Niedersachsen tat die SPD so, als sei die Krise der Autoindustrie eine Erfindung der CDU, noch einen Tag nach der Wahl dementierten Geschäftsleitung und Betriebsrat in den Wolfsburger Zeitungen die Nachricht der "Bild"-Zeitung, daß Entlassungen geplant seien. Schon zwei Tage später konnte man im Fernsehen genau das Gegenteil hören.
Die CDU erklärt auch am 21.9. wieder in der "Wolfsburger Allgemeinen", daß die Krise der Automobilindustrie nur durch die Verteufelung des Autos durch linke Systemveränderer entstanden sei. Dieser Glaube der CDU ist jetzt auch ein Werbespruch des Konzerns, daß das Auto ein Stück Freiheit sei.

"Der Markt ist gesättigt, die Wagen werden doch jetzt schon auf Halde produziert," sagt der Vertrauensmann Ulrich B. der Elektriker in der Halle 2 zu seinem Kollegen, "oder kannst du dir einen zweiten Wagen kaufen, damit die Halden kleiner werden?"

Das alles macht jeden unsicher: Bin ich etwa einer von den 10 000, oder etwa "nur" mein Kollege nebenan? Wenn dann noch der Meister den Kollegen, der gerade krank war, vertraulich in die Ecke zieht und ihn fragt, was denn los sei, ob er glaube, in solch schweren Zeiten krank machen zu können, dann haut so mancher rein und arbeitet noch schneller als vorher.

Es sind schwere Zeiten für den Konzern, sagt Leiding, sagen die bürgerlichen Zeitungen und das sagt auch so mancher Gewerkschaftsfürst. Doch es sind in erster Linie keine schweren Zeiten für Leiding, sondern schwere Zeiten für die Arbeiter. Sie wissen nicht, was geschehen wird, er weiß es. Es ist eine elende Situation, in der die Arbeiter stehen: Sie haben nichts als ihre Arbeitskraft, die sie den Kapitalisten verkaufen müssen, wenn sie leben wollen. Doch wie lange noch wird das möglich sein im Werk? Diese Frage kann kaum jemand beantworten, und diejenigen, die dies könnten, werden es nicht freiwillig tun.
Das ist das Stück Freiheit, das das Auto den VW-Arbeitern gebracht hat, die Freiheit zu arbeiten und die Freiheit nicht zu arbeiten, arbeitslos zu sein, wenn es dem Konzern "schlecht" geht.
Einige Zulieferfabriken wie zum Beispiel die Bremsenfabrik Teves in Gifhorn entlassen 400 Arbeiter, dies ist sicher ein Stück der Freiheit, die die Kapitalisten in diesem Land geniessen.

DIE 9 000 DM BEIM AUFLÖSUNGSVERTRAG SIND KEIN GESCHENK!

Wenn mancher Kollege, der in einem anderen Betrieb arbeitet, gehört oder gelesen hat, daß Kollegen, die jetzt im VW-Werk freiwillig kündigen, bis zu 9 000 DM erhalten, mag er vielleicht geglaubt haben, daß es bei uns noch sowas wie sozial eingestellte Betriebe gibt. Das ist der Zweck der Sache, denn dazu verkaufen die Kapitalisten diese Milchmädchenrechnung.
Tatsächlich unterscheiden sich die Auflösungsverträge durch nichts von normalen Kündigungen: Du bekommst den Lohn für den Monat, in dem du noch gearbeitet hast, das ist nichts Besonderes;
du bekommst deinen Jahresurlaub, das ist auch nichts Besonderes;
für diesen Urlaubsmonat (21 Arbeitstage Urlaub) bekommst du natürlich deinen Lohn und das Urlaubsgeld, sowie die Erfolgsprämie, die du anders auch bekommen hättest.
Wenn du dann 15 Jahre im Werk warst und noch dazu Lohngruppe 9 hast, dann kommen da auch 9 000 DM zusammen, nur Lohngruppe 9 hat kaum jemand, und Frauen aus der Produktion, die bisher sogenannte Auflösungsverträge machen sollten, sowieso nicht.
Diesen ganzen Schwindel verkauft man dann als besondere soziale Leistungen. Es wäre auch ein Wunder, selbst in besonders guten Zeiten haben die Kapitalisten noch nie Geld verschenkt.

Es gibt natürlich Kollegen, die Auflösungsverträge machen, aber nicht, weil sie nicht rechnen können, sondern sie denken:
Wenn ich jetzt gehe, kann ich vielleicht noch irgendwo anders unterkommen, aber im Herbst wird das schon schlechter aussehen.
Wolfsburg, das ist das VW-Werk, andere Betriebe gibt es nicht, das weiß jeder!
Darin liegt auch die ganze Freiwilligkeit dieser Auflösungsverträge.

EIN HOFFNUNGSSCHIMMER?

Der 'Golf' soll das Werk aus der Krise führen, erzählt Leiding den Arbeitern. Doch wer soll das glauben. Die Arbeiter möchten dies gern glauben, aber sie wissen, daß das nur möglich ist, wenn man die Augen vor der Wirklichkeit verschließt.
Jeder an den neuen Produktionsanlagen sieht, was Sache ist. 250 Hinterwagen werden jetzt für den Golf pro Schicht gefahren (ca. ein Hinterwagen in zwei Minuten); wenn die Anlage richtig läuft, werden es vier Stück pro Minute sein. Nur, ob einmal vier Stück pro Minute verkauft werden, nun, diese Hoffnung mag ein Narr haben.

IM SOMMER KURZARBEIT – IM WINTER ENTLASSUNGEN

"Wie es zur Zeit aussieht, gibt es im Herbst keine Massenentlassungen!" sagt der Betriebsrat den Vertrauensleuten. Doch kann man damit jemanden beruhigen?
Jedermann weiß, daß im Sommer und nicht im Winter die meisten Wagen verkauft werden; jedermann weiß, daß gegenwärtig jene Zeit ist, in der früher Sonderschichten und Überstunden, nicht aber Kurzarbeit auf der Tagesordnung stand. Wem will man da erzählen, daß es im Herbst oder Winter etwas bergauf gehen wird?

Die Arbeiter sind diesem System vollständig unterworfen, Sonderschichten, Überstunden – Kurzarbeit, Entlassungen, das ist der Lebensrhytmus. Diktiert wird er vom kapitalistischen System, das nicht der Mensch, sondern das die Menschen beherrscht. Weder schöne Worte, noch Mitbestimmung oder Vermögensbildung, und auch nicht die staatliche "Konjunktursteuerung" können diesen Rhythmus ändern. Nur die Arbeiter, sie allein, sind eine Kraft, sie schaffen nicht nur sämtliche Werte dieser Gesellschaft, sie sind es auch, die einzigen, die diesen Rhythmus durchbrechen können und die Produktion so organisieren können, daß der Mensch die Produktion und nicht die Produktion den Menschen beherrscht. –a.b.–

Schmutzzulage gesichert

KOLLEGEN SETZTEN SICH GEGEN STREICHUNG DURCH

Oldenburg. Bei Hüppe, ein Betrieb, der Jalousien und Duschabtrennungen herstellt (38 Beschäftigte), sollte der Sanitärbereich, also die "Duscha"-Produktion, ausgegliedert werden.
Dieses vollzog sich so, daß zunächst in einen Kuhstall umgezogen wurde, wo die Ratten und Mäuse über die Bänke liefen und die Kollegen bei Regen im Wasser standen. Zum Ausgleich dafür wurde von der Geschäftsleitung eine Schmutzzulage von 54 Pfennig pro Stunde gezahlt.
Mit dem Tag des Einzugs in die künftigen Werkhallen sollte nun diese Schmutzzulage ohne jede Kündigung wegfallen.

Die Kollegen hatten davon vorher schon gerüchteweise gehört und beschlossen, sich dieses nicht gefallen zu lassen. Als dann die Lohnzettel verteilt wurden und es sich als Tatsache herausgestellt hatte, daß die 54 Pfg. weggefallen waren, wurde beschlossen, gemeinsam den Betriebsrat aufzusuchen und auf Zahlung der Zulage mindestens für den letzten Monat zu bestehen. Das wurde auch so durchgeführt. Die Geschäftsleitung hat so reagiert, wie es nicht anders zu erwarten war: Sie hat versucht, die Kollegen einzuschüchtern und von unzulässiger Arbeitsniederlegung gesprochen, und man könne das doch alles auf dem Verhandlungswege lösen. Die Kollegen haben sich aber nicht einschüchtern lassen. Dadurch, daß für diesen Tag der Besuch eines wichtigen Zulieferers aus USA geplant war, der sich den Betrieb ansehen wollte, mit anschließender Feier, versteht sich, waren die Kollegen in einer taktisch günstigen Ausgangsposition. So konnte schon am Telefon erreicht werden, daß die Geschäftsleitung die Zahlung der Zulage mindestens für Mai zusichern mußte. Bei den weiteren Verhandlungen des Betriebsrates konnte dann erreicht werden, daß die Zulage noch bis Juni gezahlt wird und daß zwischenzeitlich eine neue Regelung getroffen werden muß.

An diesem Beispiel läßt sich sehen, daß die Arbeiter sich gegen die Geschäftsleitung durchsetzen können, wenn sie sich solidarisieren und gemeinsam für ihre Interessen kämpfen.
–W.T., Oldenburg–

SIE VERDIENEN SOGAR NOCH MIT DEM URLAUBSGELD

Freiburg. Vor kurzem kam ein Kollege voller Empörung in die Abteilung zurück. Wir bildeten sofort eine Diskussionsgruppe. Er erzählte, daß er zwei Wochen Urlaub genommen hat und das Urlaubsgeld haben wollte. Er bekam es nicht, weil es jetzt eine Betriebsvereinbarung gibt, der zufolge das Urlaubsgeld erst ausbezahlt wird, wenn 12 Tage vom Gesamturlaub weg sind. Wer im Winter oder Frühjahr zwei Wochen Urlaub macht, erhält für diese zwei Wochen noch kein Urlaubsgeld. Durch diese Vereinbarung behält die Firma für einige Monate Urlaubsgelder zurück und kann mit dem Geld arbeiten. Die Rechnung ist einfach: 200 Mark zum Beispiel haben im August weniger Kaufkraft als im folgenden Januar.
Durch diese Vereinbarung hat der Betriebsrat wieder praktischen Unterricht gegeben, nach wessen Interesse er handelt. Wir werden dies in der nächsten Betriebszeitung aufgreifen und außerdem auf der nächsten Betriebsversammlung den dickbäuchigen, sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden in dieser Frage stellen.
Diese Vereinbarung muß weg!
Jederzeitige volle Ausbezahlung des Urlaubsgeldes!
8 Wochen bezahlter Urlaub im Jahr!
–Hellige-Zelle des KBW Freiburg–

TEVES–ITT: ENTLASSUNGEN BEI GLEICHZEITIGEN PRODUKTIONSVERLAGERUNGEN

Gifhorn. Bei Teves–ITT sollen 550 Kollegen in Massenentlassungen aus dem Betrieb geworfen werden. Im Werk Gifhorn sollen es allein 100 Kollegen sein. Das ist ein Zehntel der Belegschaft. Im Werk Neustadt sind 150 Kollegen betroffen.

Die Geschäftsleitung von Teves reagiert sehr empfindlich auf die Krise. Um die Anmeldung von Massenentlassungen zu umgehen, werden in Gifhorn seit Mai monatlich bis 49 Kollegen entlassen. Während die Kollegen entlassen werden, bringt man ganze Produktionseinheiten ins Ausland.
Im Werk Gifhorn wurden bereits mehrere Maschinen fdemontiert und nach Wales in England geschafft, wo Teves ein Werk baut, weil dort die Arbeitskräfte wesentlich billiger sind. Ebenso wie Opel plant Teves den Bau eines Werkes in Spanien. Um die Produktionsanlagen und die erfahrenen spezialisierten Arbeitskräfte weiterhin auszunützen, soll aus dem größten Teves-Werk in Gifhorn ein Forschungsbetrieb gemacht werden. Die Belegschaft soll von zirka 4 000 auf zirka 2 300 reduziert werden.

Der Betriebsrat hat bisher nicht erreichen können, daß die Massenentlassungen zurückgenommen werden.

JUGENDVERTRETERWAHLEN BEI VW WOLFSBURG

Spaltungsversuch der Ortsverwaltung schlug fehl

Bei VW-Wolfsburg haben die Lehrlinge versucht, die Wahl ihrer zukünftigen Jugendvertretung selbst zu organisieren, nachdem die IGM Ortsverwaltung sich strikt geweigert hatte, für die IGM-Liste einen Wahlkampf zu führen.

Der Jugendvertrauenskörper beschloß, in den einzelnen Ausbildungshallen Wandzeitungen aufzuhängen, auf denen die einzelnen Kandidaten ihre Vorstellungen über die zukünftige Arbeit der Jugendvertretung bekanntmachen konnten. Das taten auch alle 21 Kandidaten, doch es waren sehr unterschiedliche Stellungnahmen.
So wiesen einige Kollegen auf die Pflicht eines jeden Jugendvertreters hin, der weisungsgebunden und rechenschaftspflichtig vor der Jugendversammlung arbeiten müsse. Sie betonten, daß die Jugendvertretung jederzeit das Recht haben muß, Jugendvertreter abzuwählen, und einige erklärten, daß sie zurücktreten würden, wenn es die Jugendversammlung von ihnen verlangen würde.

Nur diese Wandzeitungen hingen nicht lange. Nach anderthalb Tagen wurden sie durch die Meister entfernt.
So einfach aber ließen die Lehrlinge die Sache nicht geschehen und sammelten über 300 Unterschriften (allein von wahlberechtigten Lehrlingen) und stellten einen Antrag an den Betriebsrat, in dem er aufgefordert wurde, dafür zu sorgen, daß die Wandzeitungen wieder aufgehängt werden. Der Betriebsrat ignorierte dies und zeigte erneut, daß er kein Interesse an einer starken Jugendvertretung hat.
Einen Tag vor Wahlbeginn erhielten die wahlberechtigten Lehrlinge einen Brief der IGM. Unterschrieben vom 1. Bevollmächtigten Tyrakowski und dem Jugendfachsekretär Sause. In ihm wurden die Lehrlinge aufgefordert, keinen der sechs Kollegen zu wählen, gegen die ein Ausschlußverfahren läuft. Nachdem sie ihre Spaltungsabsichten im Jugendvertrauenskörper nicht durchsetzen konnten, griffen sie zu diesem Mittel. Doch das zog nicht, denn die Jugendvertreterkandidaten unterschrieben ein Protestschreiben, wo sie sich für die 21 Mann starke IGM-Liste aussprachen und die Spaltung der Liste verurteilten. Das Vorgehen der Ortsverwaltungsmitglieder wurde in allen Ausbildungsgruppen diskutiert und die Lehrlinge sammelten Unterschriften dagegen und forderten mit einem Antrag die Ortsverwaltung auf, eine Jugendmitgliederversammlung durchzuführen, wo sich beide rechtfertigen sollten.
Der Brief der beiden Ortsverwaltungsmitglieder zog nicht, und drei der sechs Kollegen wurden in die Jugendvertretung gewählt.
Die Wahlbeteiligung lag bei 82 %, dem höchsten Stand bei Jugendvertreterwahlen im VW-Werk.
Ob sich in dieser Jugendvertretung die klassenbewußte Linie durchsetzen wird, hängt von dem zu erstellenden Programm ab.
Auf jeden Fall muß dieses Programm durch eine Jugendversammlung angenommen werden. –Gr.–W.K., Ortsgruppe Wolfsburg–

Überstunden für den Scirocco

BEI KARMANN/OSNABRÜCK WIRD DAS ARBEITSTEMPO RAPIDE HOCHGESCHRAUBT

Bei Karmann Osnabrück wird zur Zeit das Arbeitstempo am Band rapide hochgeschraubt. Bei Karmann wird der VW-Scirocco gebaut, der im Moment auf dem Markt recht gefragt ist. Deshalb wurde der Akkordplan von 65 auf 110 Wagen je Schicht erhöht und es ist beabsichtigt, die Produktion noch weiter auf 150 Stück je Schicht zu treiben. "Man muß schon am Band arbeiten, um zu 'erleben', was alleine 110 Wagen bedeuten: Keine Zeit für eine Zigarette, keine Zeit, um Milch zu holen . . ." (Der Bohrer, Betriebszeitung des KBW bei Karmann). Durch die Eintönigkeit der Arbeit und die erhöhte Geschwindigkeit werden weniger beanspruchte Körperteile versteift. Es besteht selten die Möglichkeit, kurz eine Pause zu machen, um die Gelenke zu entspannen. Die Zahl der Springer ist natürlich auch nicht gestiegen, um z. B. mal zur Toillette zu gehen. Früher ging das schon, heute muß man auf einen Springer lange warten, wenn er überhaupt kommen kann.

Die Krankmeldungen bei Karmann sind gestiegen, das haben unsere Genossen im Betrieb herausgefunden. Weiter ist festzustellen, daß oft Kollegen Überstunden machen müssen: Das Realeinkommen von uns Arbeitern sinkt und am Band verdienen die Kollegen nicht gerade viel. Meister und Vorarbeiter drängen auf Überstunden und weiterhin gibt es noch Kollegen, die den Hals nicht voll kriegen können und unbeliebt sind, weil sie Arbeitsmethoden einführen, die wir Arbeiter schon längst abgeschafft haben.
Die Karmann-Kapitalisten wollen also noch den großen Rahm abschöpfen, bevor es dem kapitalistischen Wirtschaftsleben noch schlechter gehen wird. Die Profite erhöhen sie durch höheres Arbeitstempo auf unsere Kosten, weiterhin sparen sie daran, daß sie keine neuen Arbeitskräfte einstellen und damit auch keine Investitionen für neue Arbeitsplätze machen müssen.
Der Unmut unter den Kollegen ist groß, vor allem unter den ausländischen Kollegen, weil sie besonders schlecht bezahlt werden. Es hat vor ein paar Wochen bereits einen kurzen Streik von einigen Kollegen gegeben. Dieser Streik ist natürlich schnell zusammengefallen, weil er nicht darauf bedacht war, alle Kollegen in den Kampf zu führen. In diesem Streik hat die Frage des Lohnes eine Rolle gespielt. Die Unzufriedenheit der Kollegen ist auch klar, da das Realeinkommen der Werktätigen sinkt, während das Arbeitstempo steigt. Jetzt werden wieder die Postgebühren erhöht. Durch das größere Arbeitstempo wird die Arbeitskraft schneller verschlissen; zu ihrer Wiederherstellung sind zusätzliche Aufwendungen nötig, die wiederum vom Haushaltsgeld abgehen und vom alten Lohn nicht mehr gedeckt werden können. Das muß sich ändern.
Die besondere Schwierigkeit bei Streiks bei Karmann ist die Spaltung der Kollegen in Deutsche und Ausländer. Die Aufhebung dieser Spaltung wird dadurch noch erschwert, daß Deutsche und Ausländer in hauptsächlich verschiedenen Bereichen beschäftigt sind: Die ausländischen Kollegen zumeist im Fahrzeugbau und Preßwerk, die deutschen, in der Regel Facharbeiter, im Werkzeugbau. Das war die Erfahrung unserer Zelle aus den beiden Streiks im letzten Jahr.

Die Zelle hat die gegenwärtige Lage im Betrieb diskutiert und macht den Kollegen folgenden Vorschlag, um im Betrieb vorzugehen:
Ein Streik der ausländischen Kollegen im Fahrzeugbau ist zwar möglich, würde aber zu einer Niederlage führen, da die Einheit und Geschlossenheit zwischen den deutschen und ausländischen Kollegen dabei fehlt. Um vorwärts zu kommen, ist das jedoch nötig.
Die Agitationslinie muß zu einer Betriebsversammlung führen. Sofortige Betriebsversammlung muß unsere Forderung sein! Das ist ein gutes Mittel, dem Protest der Kollegen einen organisierten Ausdruck zu geben; hier ist es möglich, den Kapitalisten entgegenzutreten und den Betriebsrat zu stellen. Hier können auch Beschlüsse gefaßt werden zur Organisierung von Kampfmaßnahmen, wie das z. B. beim Bremer Vulkan schon getan wurde.
Durch unsere Agitationslinie sowie in Betriebsrat, Jugendvertretung und Vertrauensleutekörper müssen wir darauf hinwirken, daß die Gremien Stellung beziehen.
Kontrolle der Akkordarbeit durch Betriebsrat und Gewerkschaft, vor allem durch die Vertrauensleute!
1 DM mehr für alle – Mindestlohn 8 Mark!
Diese Richtlinien sind von den ausländischen Kollegen, die in der Partido Socialista Portugues organisiert sind, und unserer Betriebszelle beschlossen worden. Diese Absprachen müssen durchgeführt werden und dann wird sich zeigen, was weiter zu tun ist. Jockel Detjen

Bremer Vulkan:

VERTRAUENSLEUTE VERURTEILEN AUSSCHLÜSSE

Bremen. Am Dienstag, 11.6., fand auf dem Vulkan die letzte ordentliche Vertrauensleutesitzung statt. Auf Antrag einiger Kollegen wurden die gegen die Kollegen Scholz, Elster, Koldehofe und Bachmann laufenden Ausschlußverfahren in die Tagesordnung aufgenommen. An dem entsprechenden Punkt wurde ein Antrag eingebracht, der das klammheimliche Vorgehen, das Umgehen der Mitglieder und des Vertrauensleutekörpers des Bremer Vulkans durch die Antragsteller kritisierte und der das Ausschlußverfahren zurückwies, da kein gewerkschaftsschädigendes Verhalten der vier Kollegen bekannt sei.

Nach heftiger Auseinandersetzung wurde über den Antrag geheim abgestimmt. Ergebnis: 74 dafür, 34 dagegen, 4 Enthaltungen.

Einige Sozialdemokraten zweifelten die Abstimmung an. Eine Wiederholung brachte dann folgendes Ergebnis: 74 dafür, 30 dagegen, 8 Enthaltungen.

Daß sich über zwei Drittel der versammelten Vertrauensleute gegen die Ausschlüsse stellten, ist ein guter Erfolg. Jedoch damit sind die Ausschlußverfahren noch nicht vom Tisch. Deswegen muß dieser Erfolg unbedingt ausgebaut werden. Für die vier Genossen kommt es deswegen darauf an, daß sie entschieden ihre positive gewerkschaftliche 'Arbeit fortsetzen und sich dabei fest auf die Mitglieder stützen. Wenn sie so arbeiten, dann wird die IGM-Ortsverwaltung mit den Ausschlüssen letztlich nichts erreichen. Viele Kranführer, bei denen die Genossen Koldehofe und Scholz Vertrauensleute sind, haben schon erklärt, daß die beiden ihre Arbeit als Vertrauensleute fortsetzen sollen – auch wenn jetzt ihre Rechte und Pflichten nach dem Willen der Ortsverwaltung ruhen. Das ist der richtige Weg. Wenn es gelingt, hier weiter vorwärts zu kommen, dann wird durch die Ausschlußverfahren die Position der Ortsverwaltung nur noch weiter erschüttert werden und sie wird ihr Ziel, ihre Stellung wieder zu festigen, nicht erreichen.

–Betriebszelle Bremer Vulkan–

SPD-MITGLIED ALS VERTRAUENSMANN ABGESETZT

Der Kollege Manfred Lange, SPD-Mitglied und Vertrauensmann bei VFW/Fokker, Werk Lemwerder bei Bremen, ist auf Beschluß des Vertrauensleutekörpers als Vertrauensmann abgesetzt worden. Ein Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen ihn wurde angestrengt. Hinter diesen Maßnahmen stehen Langes Parteifreunde, die SPD-Mitglieder und Betriebsräte Brandes, Lüneburg und Krause sowie der Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers, v. Lübken. Lange hatte auf einer Betriebsversammlung eine Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat und VFW-Kapitalisten kritisiert. Zwischen Weihnachten und Neujahr sollten die Kollegen Zwangsurlaub nehmen. Auf der Versammlung war außer dem völlig isolierten Betriebsrat niemand für diese Verkürzung des Jahresurlaubs. Schon vorher war diese Regelung von den meisten Kollegen empört abgelehnt worden.

Vor Wut über diese Niederlage auf der Betriebsversammlung schlug nun der Betriebsrat zurück. Besonders übel nahm er Lange, daß er die Politik der Kommunisten unterstützt hatte. Die Zelle des KBW hatte vorher gefordert, daß die Kollegen selbst über ihren Urlaub entscheiden können müssen. Wer sich für die Interessen der Kollegen offen einsetzt und sich den bürgerlichen Machthabern in der Gewerkschaft in den Weg stellt bei ihrer Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, wird als gewerkschaftsschädigend angeklagt. Hier liegt der Grund für das Geschrei der SPD-Fürsten, wenn sie die Kommunisten und andere fortschrittliche Kollegen als gewerkschaftsschädigend anklagen.

se Verkürzung des Jahresurlaubs. Schon vorher war diese Regelung von Kollegen als gewerkschaftsschädigend anklagen.

DGB verliert Sozialwahlen

Es steht jetzt fest, daß die DAG und der DGB fast die Hälfte ihrer Sitze bei den Wahlen zur Vertreterversammlung der Bundesanstalt für Angestellte verloren haben. Die DAG wird voraussichtlich 8, der DGB 5 Sitze der 60-köpfigen Vertreterversammlung erhalten (die Hälfte der Sitze erhalten ohnehin die Kapitalisten). Den größten Gewinn erzielten die "Verbände", zum Beispiel die "Gemeinschaft der Versicherten und Rentner in der Bundesanstalt für Angestellte".

Bei den Wahlen zur DAK-Vertreterversammlung sieht es nicht viel anders aus; hier erreichte die DAK-Mitgliedergemeinschaft etwa 57 % der Stimmen. Die Wahlbeteiligung stieg von 18,4 % (1968) auf etwa 46 %.

Wie kommt das nun? Die DGB-Führung hat die Versicherten während des Wahlkampfes verschaukelt. Sie wollte ihnen weismachen, es gäbe eine Selbstverwaltung der Versicherten. Da auf der einen Seite die Kapitalisten die Hälfte der Sitze in den Vertreterversammlungen der BfA bekommen, auf der anderen Seite die Reichsversicherungsordnung alles Wesentliche vorschreibt, können die Vertreterversammlungen fast ausschließlich über die Beitragserhöhungen bestimmen. Bei den Sozialwahlen werden also bis jetzt hauptsächlich Pöstchen verteilt. Wie der DGB führten die "Verbände" während des Wahlkampfes das selbe Geschwätz von der Selbstverwaltung der Versicherten durch die Vertreterversammlungen, nur konnten sie erfolgreich suggerieren, mit ihnen seien die Praktiker am Ruder.

Solche Leute in der DGB-Führung, die für diesen Wahlverlust verantwortlich sind, machen die Gewerkschaften kaputt. Das sind die gleichen, die klassenbewußte Gewerkschafter aus den Gewerkschaften ausschließen wollen. Die Lohnabhängigen brauchen aber Gewerkschafter, die sich für ihre Interessen in der Sozialversicherung einsetzen. Das heißt aber, daß von ihnen die Forderung nach vollständiger Selbstverwaltung vertreten werden muß, also, daß die Kapitalisten raus müssen aus den Vertreterversammlungen, daß die Reichsversicherungsordnung abgeschafft und die staatlichen Versicherungsaufsichtsämter aufgelöst und die Kapitalisten außerdem die vollen Beiträge bezahlen müssen.

H.H.

daß von ihnen die Forderung nach vollständiger Selbstverwaltung vertreten werden muß, also, daß die Ka-

ÖTV-Vorstand gegen offizielle ÖTV-Liste

Heidelberg. An der Universität Heidelberg werden am 9./10.7. Personalratswahlen stattfinden. Auf der ÖTV-Mitgliederversammlung am 4.6. wurde eine Liste aufgestellt und ein Programm verabschiedet.

Obwohl die Einladungen der Kreisverwaltung erst am Samstag ankamen, erschienen 35 von 200 Mitgliedern. Von den bisherigen ÖTV-Personalräten erschienen nur zwei, einer kandidiert auf der Liste. Die übrigen eingesessenen ÖTV-Personalräte, allen voran der bisherige Vorsitzende Engelhardt, blieben weg, denn sie wußten: Die Mitglieder legen die Kandidaten auf ein Programm fest, in dem u. a. steht, daß die Kandidaten öfter als bisher Personalversammlungen einberufen werden, daß sie alle Möglichkeiten des Personalvertretungsgesetz im Interesse der Kollegen ausschöpfen, aber auch alle Regelungen bekämpfen wollen, die gegen die Interessen der Belegschaft sind, z. B. die Anwendung des Schieß-Erlaßes. Weiter sind die Kandidaten bereit, zurückzutreten, wenn sie von der Personalversammlung mehrheitlich dazu aufgefordert werden.

Worauf hat sich jetzt die Kreisverwaltung mit Engelhardt und Co., die dem Programm und der offenen Diskussion auf der Mitgliederversammlung ausgewichen sind, geeignigt? Sie läßt gar keine offizielle ÖTV-Liste zu, denn das könnte nur die Liste der Mitgliederversammlung sein. Engelhardt und die anderen könnten dann nicht kandidieren und müßten ausgeschlossen werden. Die Kreisverwaltung hat es ihnen ermöglicht, zusammen mit Nichtgewerkschaftsmitgliedern auf einer anderen Liste zu kandidieren.

Zelle Universität

men mit Nichtgewerkschaftsmitgliedern auf einer anderen Liste zu kandidieren. Zelle Universität

ERFOLGE IM KAMPF GEGEN MIETERHÖHUNGEN

53 Pfleger und Schwestern kündigten

Bremen. 53 Pfleger und Schwestern am Krankenhaus "Links der Weser" haben letzte Woche wegen der 200 %igen Mieterhöhungen in den Personalunterkünften gekündigt.

Eine Schwester erklärte: "Wir sind um die letzte Gehaltserhöhung betrogen worden. Statt 11 % mehr bekommen wir netto weniger Gehalt als noch vor einem Jahr."

Mit der vollzogenen Kündigung trat, wie der Weser-Kurier beschwörend schrieb, "eine ernste Lage an Bremer Krankenhäusern" ein. (Weser-Kurier, 19.6.) So ernst, daß mit weiteren Kündigungen zu rechnen war, weil die Arbeitsbelastung für die anderen Kollegen steigen mußte. So ernst, daß wahrscheinlich ein Teil des Krankenhauses hätte geschlossen werden müssen.

Schuld an dieser "ernsten Lage" ist ausschließlich der Senat, der laufend die Arbeitsbedingungen verschlechtert, die Reallöhne senkt und darauf setzt, daß das Personal ruhig hält, weil die Schwestern und Pfleger halt noch an die Kranken denken.

Durch die angedrohten Kündigungen ist der Senat öffentlich in die Defensive geraten, denn es wurde klar, daß die Maßnahmen des Staats sich gleichzeitig gegen die Bevölkerung richteten. Deshalb mußte der Senat sofort Zugeständnisse machen:

1. 75 % der Mieterhöhungen in diesem Jahr übernimmt der Senat.
2. Der neue Quadratmeter-Preis von 7,50 DM muß nur noch bis maximal 25 qm bezahlt werden. Die meisten Räume, zum Beispiel im Wohnheim an der Wisch, sind aber größer. Dadurch erhöht sich der Mietpreis zwar immer noch von bis zu 100 DM auf 187,50 DM. Aber was darüber geht – teilweise Mieten bis zu 270 DM – fällt flach.

–S., Bremen–

500 DM URLAUBSGELD JETZT

500 DM URLAUBSGELD JETZT

Heidelberg. Die Gewerkschaftsgruppe des Max-Planck-Instituts für Kernphysik hatte den Beschluß gefaßt, die ÖTV-Führung aufzufordern, sofort Verhandlungen über das noch immer ausstehende Urlaubsgeld aufzunehmen. Dieser Beschluß wurde in einer Betriebsversammlung am 14.6.74 von allen Anwesenden unterstützt. Die Gewerkschaftsgruppe besteht weiterhin auf 500 DM Urlaubsgeld für jeden Es wurde daraufhingewiesen, daß Kluncker bei Abschluß des Tarifvertrages für 1974 betonte, das Urlaubsgeld wird auf jeden Fall in diesem Jahr noch durchgesetzt. Die Kollegen wollen nicht warten, bis ihr Urlaub bereits vorbei ist. Außerdem forderte die Belegschaft gegen den erfolglosen Widerstand des Betriebsratsvorsitzenden, daß die Arbeitszeitverkürzung von 42 Stunden auf 40 Stunden auf den Freitag verlegt wird, eine auf die ganze Woche verteilte Kürzung bringt der Belegschaft nichts. Die Belegschaftsversammlung stimmte dafür, daß der Betriebsrat ihre Beschlüsse als bindend anzusehen hat und sie gegenüber der Direktion zu vertreten hat.

12 Mitglieder der IG Druck ausgeschlossen

In Hamburg hat der IG Druck und Papier Vorstand 12 Mitglieder ausgeschlossen. Damit soll der Widerstand breiter Teile der IG Druck Mitglieder gegen die Politik der sozialdemokratischen Führung gebrochen werden.

WIE KAM ES ZU DEM AUSSCHLUSS?

Dazu schreibt der Genosse Peter Denk, einer der 12 Ausgeschlossenen, Mitglied des KBW:

Da gerade Kürzung der Übertarife und die Kündigung sowie Gewerkschaftsausschluß eines fortschrittlichen Betriebsrates anstanden, setzten sich Gewerkschaftsmitglieder spontan zusammen, um Abwehrmaßnahmen zu diskutieren. Ziel des Kommunistischen Bundes (Arbeiterkampf) in dieser Bewegung war es, endlich einmal eine starke oppositionelle Gruppe aufzubauen. Die Gruppe Rote Fahne ("KPD") versuchte ebenfalls, auf der oppositionellen Welle mitzuschwimmen, nicht ohne Schwierigkeiten mit der eigenen Gewerkschaftslinie.

Genossen der Ortsgruppe des KBW, u.a. ich, haben an diesem Treffen teilgenommen, um zu verhindern, daß die Bewegung in die Sackgasse einer Revolutionären Gewerkschaftsopposition- oder Gewerkschaftsoppositions-Politik geführt wird. Als die Kollegen eine Dokumentation namens "Alternative" herausgaben, glaubte der Vorstand seine Stunde gekommen.

Er versuchte, sich mit einem Schlage sämtliche Wortführer der "Opposition" vom Halse zu schaffen, vor allem die Kommunisten und stellte Ausschlußanträge auf der Grundlage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Vor allem wird den Kollegen die Teilnahme an dem Treffen der "Alternative" vorgeworfen. Mir persönlich die Mairede auf der Kundgebung des KBW, anderen Kollegen die Teilnahme an der Maiveranstaltung des KB (Arbeiterkampf) und der Gruppe Rote Fahne ("KPD"). In meinem Fall sind die wirklichen Gründe klar:

- Ich habe bei der Firma Auerdruck eine Spendensammlung für das kämpfende chilenische Volk organisiert.
- Ich habe im Herbst 1973 eine Initiative zur Erhöhung der Übertarife um 50 Pfennig durch eine Unterschriftenliste unterstützt.
- Ich wurde bei Auerdruck zum stellvertretenden Delegierten für die DV der IG Drupa gewählt und eine Woche später bei Auerdruck entlassen.
- Da abzusehen war, daß bei Auerdruck Massenentlassungen anstanden, habe ich eine Unterschriftenliste gegen den mehrheitlich sozialdemokratischen Betriebsrat durchgesetzt. Auf dieser Betriebsversammlung geriet ich mit Heinz Wolf, Vorsitzender des Ortsvereins Hamburg der IG Drupa in Streit, als dieser den Kollegen weismachen wollte, man müsse "100 opfern, um 400 Arbeitsplätze zu erhalten". Inzwischen sind schon fast 200 Arbeiter entlassen, und die Schließung des ganzen Betriebs droht.
- Auf der Delegiertenversammlung kam es zur Auseinandersetzung, weil Heinz Wolf gegen jede Kampfmaßnahme der Gewerkschaft sich stemmte, "um die restlichen Arbeitsplätze zu sichern".
- In der Tarifrunde trat ich gegen die spalterischen Prozentforderungen des Vorstandes auf und zog Heinz Wolf zur Rechenschaft, weil er in der Tarifkommission nicht für die beschlossene 60 DM-Forderung der DV eingetreten ist. Ebenso wie die anderen 11 Kollegen bin ich ein politischer Gegner der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. Diese versucht mit den Ausschlußverfahren, sich der Kritiker zu entledigen, um weiterhin jeden Einsatz der Gewerkschaft für die Kollegen sabotieren zu können.

GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG SETZT POLIZEI EIN

Vorsitzender Heinz Wolf gab den Kollegen, gegen die Ausschlußantrag gestellt war, am 11.6. auf der Sitzung des Landesbezirksvorstandes "Gelegenheit, sich zu verteidigen", und zwar fernab von den Kollegen, nicht einmal im Gewerkschaftshaus, sondern im abgeschiedenen Hinterzimmer eines Hotels. In Wirklichkeit mußte er sich bei diesem Termin verteidigen. Ca. 90 Kollegen drangen in das gewerkschaftseigene Hotel "Zur alten Wache" ein und forderten Rechenschaft vom Vorstand. Als Antwort ließ der Vorstand und die Hotelleitung **außer einer Reihe Zivilpolizisten acht Polizeiwagen** vorfahren, die die Kollegen zwangen, das Hotel zu verlassen. 3 Vertreter der anderen 11 Ausgeschlossenen und ich forderten den Vorstand auf, öffentlich Stellung zu beziehen. Als er dazu nicht bereit war, verließen die 3 Kollegen das Lokal. Ich blieb, um die genauen Ausschlußgründe zu erfahren und den Standpunkt des KBW auch offen vor dem Vorstand zu vertreten. Wir Kommunisten gehen davon aus, daß man auch in einer solchen Situation offen seinen Standpunkt vertreten muß, um später in der Diskussion vor der Masse der Kollegen alle Argumente der Sozialdemokraten zu kennen und sie zu Stellungnahmen zu zwingen. Daß diese Taktik richtig ist, zeigt allein schon die Tatsache, daß es mir gelungen ist, einen der sogenannten Beweise von Heinz Wolf in die Hand zu bekommen: Es ist ein Bild von Kollegen vor dem Lokal "Z", wo sich der oppositionelle Kreis "Alternative" getroffen hat, laut Vorstand "Beweis" für gewerkschaftsschädigendes Verhalten, in Wirklichkeit aber **Beweis für die Arbeiterfeindlichkeit dieses Vorstandes.** Heinz Wolf schickte Spitzel mit Teleobjektiven hinter den Kollegen her, die aus dem Schutz der Büsche ihre schmutzige Arbeit verrichteten! Weiter soll es **Tonbandaufnahmen** von den Diskussionen im "Z" geben und genaue Teilnehmerlisten! Zur Ausschaltung politischer Gegner sind Heinz Wolf und seinen Leuten also alle Mittel recht!

Daß diese Methoden bei der Mitgliederschaft auf breite Ablehnung stoßen, zeigt die Reaktion aus den Betrieben: sofort wurden in einer Reihe von Betrieben Unterschriftensammlungen gestartet und Resolutionen eingebracht. Die Forderungen der Kollegen, die von den Kommunisten unterstützt werden, sind:

- Einberufung einer Delegiertenversammlung am 21.6., auf jeden Fall im Juni.
- Auf der DV Beschlußfassung über gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen Rationalisierungen, Stillegungen und politische Entlassungen und gegen die Streichung der Übertarife!
- Öffentliche Stellungnahme des Vorstandes zu den Ausschlüssen, Zurücknahme der Ausschlußanträge – Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!
- Absicherung einer DV im Monat in der Geschäftsordnung des Ortsvereins, Aufhebung der zeitlichen Begrenzung für Abstimmungen in der DV, Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft durch Organisierung von Nachwahlen bei Delegierten und Vertrauensleuten. Aufbau von arbeitenden Vertrauensleutekörpern

Diese Forderungen der Kollegen versucht der Vorstand vom Tisch zu bringen.

Wir haben in dieser Frage darauf hingewiesen, daß man jetzt mit aller Kraft auf eine Delegiertenversammlung hinarbeiten muß, daß der Kampf gegen die Ausschlüsse in der Gewerkschaft stattfinden muß und stets mit dem Kampf um die Tagesinteressen der Kollegen verbunden werden muß. KB Nord und Gruppe Rote Fahne legen aufgrund ihrer "oppositionellen" (und nicht kommunistischen) Taktik das Hauptgewicht auf eine **eigene** Veranstaltung des "Alternativ"-Kreises.

Wir werden uns als Kommunisten weder hinter einem "oppositionellen Gewerkschafts"-Schild verstecken, noch werden wir uns verleiten lassen, den Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie dahin drängen zu lassen, daß wir eigene gewerkschaftliche Organisationen aus dem Boden stampfen wollen – nur weil sich herausstellt, daß der Kampf in den Gewerkschaften schwer und langwierig ist.

Aufgrund der Differenzen zwischen uns und dem KB Nord und der Gruppe Rote Fahne in dieser Frage kam es zu keinem gemeinsamen Vorgehen der 12 Ausgeschlossenen. Ich legte einen Vorschlag für eine gemeinsame Stellungnahme und Widerspruch zum Hauptvorstand vor, der jedoch nicht zur Diskussion kam, weil einige "Kollegen" von KB Nord und Rote Fahne in einer öffentlichen Abgrenzung von falschen Vorstellungen zur Gewerkschaftsarbeit bereits einen Bruch der Solidarität sehen und eine Zusammenarbeit ablehnten.

Die Ortsgruppe Hamburg wird weiterhin an der Linie der Herstellung der **Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes gegen die Kapitalisten** und nicht allein und in erster Linie gegen die "gekauften Arbeiterverräter" (KB Nord im Arbeiterkampf Nr. 38) und der **Gewinnung der Kollegen für den Kommunismus** festhalten und in den Betrieben und in der Gewerkschaft Initiativen einbringen.

Zur offenen Auseinandersetzung um die Ziele der Kommunisten und um den Kampf gegen die Unternehmer und ihre Handlanger, werden wir am 29. Juni eine öffentliche Veranstaltung durchführen, auf der ich sprechen werde.

Peter Denk

TARIFABSCHLUSS BEI BANKEN

Elf Prozent mehr für 300 000 Bankangestellte, mindestens 140 DM mehr pro Monat, haben die HBV und die DAG mit den Bankkapitalisten ausgehandelt.

Auch wenn im August ein Prozent und im Oktober ein weiteres Prozent zugelegt werden, bedeutet dieser Abschluß, daß er nicht einmal den Lohn- und Gehaltsabbau durch die Preissteigerungen auffangen wird. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst konnten nicht so heruntergedrückt werden. Ihnen mußte mindestens 170 DM zugestanden werden, wobei die Bankangestellten noch um 20 % unter dem Gehalt der Angestellten im öffentlichen Dienst, den Sparkassen, vereinen.

Der Mitgliederzuwachs bei der HBV in den letzten Monaten zeigt, daß die Kollegen im Bankgewerbe deutlicher sehen, wie notwendig das gemeinsame Entreten für ihre Interessen ist. Die HBV hat auf jegliches Kampfmittel verzichtet und einen unzureichenden Abschluß ausgehandelt. Wenn jetzt die HBV-Führung die Mitglieder in den Banken zu dem Ergebnis befragen will, muß mit der klaren Ablehnung durch die Mitglieder deutlich werden: Die Kollegen lassen sich nicht abspeisen.

DGB-Sekretär entlassen

Berlin. Der Rechtsschutz-Sekretär beim DGB-Landesbezirk, Kollege Heinz Burghardt, erhielt zum 30.6.74 die Kündigung, wobei er bereits seit 3. Mai beurlaubt wurde. Der Betriebsrat hatte ohne Anhörung des Betroffenen zugestimmt. Begründung: "aktive Beteiligung an einer gewerkschaftsoppositionellen Gruppe" bei der 1. Mai-Demonstration.

Nach eigenen Angaben habe sich der Kollege Burghardt in der Mitte des Zuges befunden, womit er seine "oppositionelle Betätigung" selbst bestätigt habe, denn "nur das erste Viertel sei eine gewerkschaftliche" Demonstration gewesen, die restlichen drei Viertel "gewerkschaftsoppositioneller Block".

Interessant ist hieran nur das Eingeständnis der eigenen Isolation der bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften, die sie zum Ausschluß von drei Viertel der ca. 50 000 Demonstrationsteilnehmer führen müßte.

An der sonstigen Arbeit des Kollegen Burghardt fand man nur auszusetzen, daß er Betriebsräten auch außerhalb der Sprechzeit Rechtsauskunft gewährt habe.

–T.D.–

Brief an die IG Chemie

ORTSVORSTAND STREICHT KOLLEGEN VON DER GEWERKSCHAFTSLISTE ZUR JUGENDVERTRETERWAHL

Ich schicke Ihnen heute einen Brief, den ich an den Hauptvorstand der IG Chemie Papier Keramik sandte, deren Mitglied ich bin. Ich bitte Sie, diesen mit meinem Brief an Sie zu veröffentlichen.

Zu mir ist zu sagen, daß ich zur Jugendvertreterwahl bei der Firma Kämmerer in Osnabrück von meinen Kollegen vorgeschlagen worden bin. Eine Woche später allerdings wurde ich vom örtlichen Vorstand meiner Gewerkschaft mit der Begründung, ich wäre Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), gestrichen. Gestrichen von der Gewerkschaftsliste zur Jugendvertreterwahl.

Die Legitimation für sein Vorgehen holte sich der Vorstand mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der IG Chemie. Diese besagen, daß Mitglieder oder Personen, die irgendwie bestimmte kommunistische Gruppen in der BRD unterstützen, aus der Gewerkschaft fliegen können.

Diese Beschlüsse gibt es nicht nur in meiner Gewerkschaft. Sie werden gerade jetzt, zu einer Zeit, da die Mitglieder der Gewerkschaften beginnen, kritisch ihre Vorstände zu sehen und sich mehr und mehr von ihnen lösen, gnadenlos gegen Mitglieder der Gewerkschaft angewandt, die den anderen eine fortschrittliche Alternative bieten können.

Hier wird versucht, durch Unterdrükkung in der eigenen Organisation Kritik im Ansatz mundtot zu machen. Dagegen wende ich mich ganz entschieden. Vielen Menschen die Möglichkeit zu geben, die Diskussion darüber zu beginnen, ist eine wichtige Aufgabe. Und ich glaube, daß mein Fall dazu gut ist.

Peter Schulz

An den Hauptvorstand
der IG Chemie Papier Keramik
z.Hd. von Hermann Rappe
3 Hannover, Königsworther Platz 6

Lieber Kollege Rappe!

Mit großem Erstaunen habe ich Dein Schreiben vom 27. Mai erhalten. Du schreibst dort, daß die Tatsache, daß ich auf der zweiten Vorschlagsliste zur Jugendvertreterwahl nicht aufgeführt war, nichts mit einem Funktionsverbot zu tun habe.

Ich muß daher annehmen, daß Deine Rückfragen bei der Verwaltungsstelle (VWST) Osnabrück und beim Bezirk Niedersachsen den Sachverhalt nur teilweise wiedergegeben haben oder aber, daß der Hauptvorstand meiner Gewerkschaft ein merkwürdiges Verhalten von innergewerkschaftlicher Demokratie hat.

Daher halte ich es für richtig, Dir den Sachverhalt noch einmal ausführlich zu erklären.

Die erste Liste zur Jugendvertreterwahl, auf der ich war, konnte nicht eingereicht werden, da sie fehlerhaft ausgefüllt war. Auf der zweiten Listen bin ich dann nicht mehr vertreten, weil es mir ausdrücklich vom Kollegen Schwegmann als Mitglied des VWST-Vorstandes Osnabrück verboten worden war, auf der Liste zu kandidieren. Dies begründete er mit meiner scheinbaren KBW-Mitgliedschaft, die er damals und auch heute nicht stichhaltig beweisen kann.

Der Kollege Grimmelykhuizen gab auf der Jugendversammlung dann noch zu, daß im Fall einer Kandidatur meiner Person zu den Vertrauensleutewahlen, den Verwaltungsstellenjugendausschuß-Wahlen usw. die VWST ähnlich verfahren würde.

Noch merkwürdiger ist, daß auf der Jugendversammlung ein weiterer Kollege der KBW-Mitgliedschaft beschuldigt wurde. Diese Behauptung mußte dann jedoch mehr oder weniger fallen gelassen werden. Soweit der Sachverhalt. Dazu schreibst Du: "Ich halte, soweit es die Sache angeht, das Verfahren für ordnungsgemäß." Du hälst es also für ordnungsgemäß, wenn jemand mit nicht untermauerten Beweisen von einer Gewerkschaftsliste gestrichen wird. Und Du hälst es für ordnungsgemäß, wenn derselbe Funktionsverbot für Funktionen in der Gewerkschaft erhält.

Zwar kein offiziell ausgesprochenes, das gebe ich zu, aber die Worte des Kollegen Grimmelykhuizen in dieser Sache sprechen eine deutliche Sprache.

Ich halte es für Wortklauberei, die Frage des Funktionsverbotes von offiziellen Feststellungen abhängig zu machen. Sachlage ist Sachlage. Und die sagt nun einmal, daß ich Funktionsverbot habe. Dein Brief scheint mir in dieser Beziehung ein Rückzugsgefecht zu sein, indem Du versuchst, durch schöne Worte die Spuren zu verwischen, die die Wahrheit über meinen Fall aufdecken könnten.

Der Spruch vom Geist des KBW, die die auf der Jugendversammlung am 8.5. beschlossene Resolution atmen solle, ist da die Blüte, die Deinen Brief zu schmücken scheint. Ich muß dazu sagen, daß ich den Geist des KBW weder kenne noch kennenzulernen wünsche, wie man das Ding atmen kann, das führe mir bitte vor.

Mein Gedanke, daß der Hauptvorstand der IG Chemie ein merkwürdiges Verständnis von innergewerkschaftlicher Demokratie hat, bleibt bestehen.

Scheinbar besteht sie nur für den, der den Hauptvorstand bestaunt und machen läßt. Wer ihn kritisiert, wer es wagt, seinen Thron anzutasten, wird "kaltgestellt".

Ich fordere Dich auf, zu der Sache selber Stellung zu nehmen, diesen Brief in unserer Gewerkschaftszeitung "Gewerkschaftspost" zu veröffentlichen und auch dort Stellung zu nehmen.

Ich selber werde den Brief mit einer Erläuterung des Falles an die Presse senden.

Mit kollegialem Gruß
Peter Schulz

Antwort auf Fristers Ausschlussdrohung

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT
im Deutschen Gewerkschaftsbund



GEW 6 Frankfurt/Main 16 Postfach 160109

Herrn
Hans-Georg Mews

28 Bremen 17
Vorkampsweg 183

22. Mai 1974
Fr/Ka

Lieber Hans-Georg,

meine Zeit läßt es leider nicht zu, mich umfangreich mit dem Artikel von Willfried Maier auseinanderzusetzen. Aktuelle Aufgaben wie Ausbildung, Besoldung, Arbeitszeit nehmen mich zur Zeit in Anspruch. Außerdem habe ich noch fünf Veranstaltungen vor dem Kongreß, und die mündliche Ergänzung zum Geschäftsbericht für den Kongreß ist noch nicht in Angriff genommen. Es muß also kurz und knapp gehen.

1. Alle noch so scharfsinnigen und spitzfindigen Ausführungen über den Sinn von Gewerkschaften vermögen an der geltenden Satzung des DGB nichts zu ändern. In § 2 der Satzung heißt es: "Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften bekennen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland." Ferner heißt es dann im gleichen Paragraphen 2. "Die Satzungen der Gewerkschaften dürfen der Bundessatzung nicht widersprechen." In § 3 heißt es dann: "Die Gewerkschaften des Bundes haben dessen Satzung einzuhalten und die Beschlüsse der Organe des Bundes (Bundeskongreß, Bundesausschuß und Bundesvorstand) durchzuführen." Damit steht fest, daß die GEW wie alle anderen DGB-Gewerkschaften eine Einheitsgewerkschaft auf der Bandbreite der politischen Auffassungen des Grundgesetzes ist. Gewerkschaftstheoretische Auffassungen anderer Art sind wissenschaftlich interessant, für die Politik der GEW völlig unerheblich. Der Unvereinbarkeitsbeschluß des DGB-Bundesvorstandes bindet die GEW. Gegen den Kollegen Willfried Maier wie gegen andere KBW-Mitglieder ist daher ein Ausschlußverfahren einzuleiten.

2. Ich habe in meinem Artikel weder für noch gegen das Privateigentum Stellung genommen. Ich habe darauf hingewiesen, daß Kommunisten sich bei ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit in einer DGB-Gewerkschaft im Zwiespalt befinden. Einerseits dürfen sie keine gewerkschaftlichen Erfolge wollen, weil jeder gewerkschaftliche Erfolg beweist, daß Interessen der Arbeitnehmer auch ohne Veränderung der Produktionsverhältnisse durchgesetzt werden können. Andererseits müssen Kommunisten auch innerhalb des bestehenden Systems, wenn sie in der Gewerkschaft Erfolg haben wollen, Forderungen stellen, um überhaupt Positionen einnehmen zu können. In dieser Lage helfen sich Kommunisten in der Regel damit, daß sie wohl populäre Forderungen stellen, aber diese so überziehen, daß sowohl das Unvermögen der Gewerkschaften als auch des bestehenden Gesellschaftssystems unter Beweis gestellt wird. Die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, Grund und Boden und Bodenschätzen ist im Grundgesetz vorgesehen, allerdings nicht im Wege der Herbeiführung der Diktatur des Proletariats, mit der eine Aufhebung tragender Prinzipien des Grundgesetzes verbunden wäre.

3. Es ist ausgesprochen hinterhältig, die beabsichtigte Entlassung des Kollegen Rüdiger Offergeld in irgendeinen Zusammenhang mit kommunistischen Aktivitäten zu bringen. Das Vorgehen des Kultusministers Maier richtet sich gegen den Gewerkschafter Offergeld, der Mitglied der SPD ist und keiner kommunistischen Gruppierung angehört. Die Behauptung Maiers, daß, falls die Gerichte dem bayerischen Kultusminister Recht geben sollten, dies zur Folge haben müßte, ihn aus der GEW auszuschließen, ist reine Demagogie und offenbart mit aller Deutlichkeit, daß es Kommunisten vom Schlage Willfried Maiers nicht um eine sachliche Auseinandersetzung, sondern um die Verdummung von nichtinformierten Kolleginnen und Kollegen geht.

Vielleicht hilft Dir das ein bißchen für Deine Auseinandersetzung am 28. Mai.

Herzliche Grüße
Dein

Erich Frister

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Erich Frister, hat auf mein an ihn gerichtetes offenes Antwortschreiben zur Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse vom 18.4. bis heute nicht geantwortet. Bekannt geworden ist nur ein Schreiben von ihm an den Kollegen Hans-Georg Mews, der sich in Bremen traurige Berühmtheit durch die von ihm vollzogene Spaltung des Ortsvereins der GEW erworben hat.

Der Kollege Mews trägt sich schon länger mit dem Gedanken, ein Ausschlußverfahren gegen mich anzustrengen. Dazu hat er sich beim Vorsitzenden offenbar Rat und Argumentationshilfe besorgt. In der Freude darüber, daß ihm diese Hilfe prompt, wenn auch kärglich zuteil wurde, hat der Kollege Mews den Frister-Brief vervielfältigt und der Öffentlichkeit übergeben. Es bestehen deshalb keine Bedenken, diesen Brief breiter zugänglich zu machen und öffentlich auf ihn zu antworten.

1) Der Kollege Frister mag es als Vorsitzender einer Gewerkschaft "spitzfindig" finden, wenn deren Mitglieder sich über den Sinn von Gewerkschaften Gedanken machen und dabei auf den schlichten Gedanken stoßen, daß die Gewerkschaften ihren Sinn haben in der gemeinsamen Vertretung der Interessen der Lohnabhängigen gegenüber dem Käufer ihrer Arbeitskraft. Der Kollege Frister wird es zweifellos noch "spitzfindiger" finden, wenn sich Mitglieder gegenüber Gewerkschaftssatzungen dieselben Rechte herausnehmen, die er sich selber herausnimmt, nämlich das Recht, auf Änderung dieser Satzung hinzuwirken. Gerade in diesen Tagen wurde auf der Bundesvertreterversammlung der GEW in Mainz über einen Vorschlag des Vorstandes verhandelt, die alte Satzung in wesentlichen Punkten zu verändern und eine neue Satzung zu verabschieden. Nichts anderes als dieses Recht auf Veränderung der Satzung nehmen auch wir Kommunisten in Anspruch im Hinblick auf die unserer Auffassung nach schädliche Bindung der Gewerkschaftsmitgliedschaft an die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes. Zum Recht auf Änderung der Satzung gehört selbstverständlich auch das Recht, für eine solche Änderung öffentlich einzutreten und Mitglieder zu gewinnen, weil anders dieses Recht natürlich überhaupt nicht real wäre.

Bis eine Änderung beschlossen ist, gilt selbstverständlich die alte Satzung, und das bedeutet, daß ihr gemäß im Handeln der Gewerkschaft verfahren wird. Zum Beispiel liegt satzungswidriges Verhalten vor, wenn ein von 75 % der Mitglieder und dem Vorstand beschlossener Streik von einzelnen Mitgliedern nicht durchgeführt wird.

Ebenso kann die in der Satzung des DGB und der GEW vorgenommene Bindung an das Grundgesetz nur Bedeutung haben hinsichtlich der Handlungen der Gewerkschaft und ihrer Mitglieder. Es kann keine Bindung bestehen hinsichtlich der Gesinnungen der Mitglieder, weil die von keiner Satzung, die ja Verhalten regelt, erfaßt werden kann. Was aber das Handeln der Gewerkschaften angeht, so kann die satzungsmäßige Bindung an das Grundgesetz überhaupt nur den Sinn haben, die Bereitschaft zu erklären, zur Erhaltung des Grundgesetzes bzw. bestimmter Rechte Kampfmaßnahmen durchführen zu wollen, also etwa das Recht auf politischen Streik in solchen Fällen in Anspruch zu nehmen. Und was das Handeln des einzelnen Mitglieds angeht, so kann satzungswidriges Verhalten in dieser Frage überhaupt nur vorliegen, wenn der Verband eine bestimmte kollektive Kampfmaßnahme zur Verteidigung der bestehenden Rechte beschlossen hat und ein Mitglied sich weigert, sich an dieser beschlossenen Maßnahme zu beteiligen.

Wie Kommunisten sich dabei verhalten werden, das ist abhängig davon, ob gegen reaktionäre Angriffe bestimmte formale Rechte verteidigt werden sollen, wie es in etwa in der Kampagne gegen die Notstandsgesetze der Fall war, oder ob aufgerufen wird, die bürgerliche Herrschaft gegen den Ansturm der Arbeiterklasse zu verteidigen. Im einen Fall werden wir Kommunisten den Kampf für die Verteidigung von Rechten des Volkes mitführen, im anderen Fall für die Erweiterung dieser Rechte unter der Herrschaft der Arbeiterklasse kämpfen und uns davon durch kein Grundgesetz ablenken lassen.

Wenn man anders vorgehen und die Satzungswidrigkeit zu einer Frage von Gesinnungen und nicht von Handlungen machen will, dann eröffnet man dem Geist der Schnüffelei und der Denunziation in der Gewerkschaft Tor und Tür. – Wenn der Kollege Frister empfiehlt, ein Ausschlußverfahren gegen mich einzuleiten, dabei aber auf keine einzige satzungswidrige Handlung verweisen kann außer vielleicht der, daß ich ihm öffentlich widersprochen habe, dann handelt es sich dabei offenbar um den Versuch, die Zensur von Gesinnungen in den Gewerkschaften einzuführen. Das ist zwar neu in der Arbeiterbewegung und Gewerkschaftsbewegung, altbekannt hingegen aus der Kirchengeschichte. Dieser Rückgriff aufs Mittelalter wird aber auch dem Toleranzhüter Frister nichts nützen. Mag er immerhin einige Ausschlüsse gegen Kommunisten jetzt durchsetzen. Er wird damit weder diese Kommunisten aus dem gewerkschaftlichen Leben ausschalten noch verhindern können, daß neue revolutionäre Kräfte sich bilden. Die vielfältigen Anlässe, an denen heute revolutionäre Gedanken bei immer mehr Menschen entstehen, kann er nicht beseitigen. Auch und gerade in den Gewerkschaften werden die Anhänger der Revolution deshalb den längeren Atem haben als die Anhänger der Zensur.

Zu 2) Der Kollege Frister schrieb in seinem Artikel in "Erziehung und Wissenschaft", daß der Deutsche Gewerkschaftsbund seine politischen Ziele innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung für erreichbar halte. Er schreibt jetzt an den Kollegen Mews, daß er weder für noch gegen das Privateigentum Stellung genommen habe. Dem Kollegen Frister ist offenbar nicht deutlich, daß eine "bestehende Gesellschaftsordnung" durch eine jedesmalige Eigentumsordnung gekennzeichnet ist, die bei uns bestehende durch das Privateigentum

Der Kollege Frister aber hält mit der Führung des DGB seine politischen Ziele innerhalb dieser durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln gekennzeichneten Gesellschaftsordnung für erreichbar. Wenn das keine Verteidigung des Privateigentums ist, dann verfügt der Kollege Frister offenbar über andere Begriffe als sie gemeinhin üblich sind. –

Was der Kollege Frister hinsichtlich des Widerspruchs darlegt, in dem die Kommunisten bei ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit stecken sollen, so handelt es sich dabei – mit Verlaub gesagt – wiederum um hellen Unsinn. Gewerkschaftliche Erfolge haben noch nie bewiesen, "daß die Interessen der Arbeitnehmer auch ohne Veränderung der Produktionsverhältnisse durchgesetzt werden können". Sie haben immer nur bewiesen, daß ohne den Zusammenschluß der Lohnabhängigen und ohne ihre Bereitschaft zum Kampf nicht einmal ihre unmittelbarsten Interessen durchgesetzt werden können. Sie beweisen nur, daß die Arbeiter, die allen Reichtum schaffen, in dieser Gesellschaft große Anstrengungen machen müssen, um Brot, Kleidung und Wohnung für sich und ihre Familien zu erkämpfen. –

Was die Frage der populären, aber überzogenen Forderungen angeht, so geht der Kollege Frister die Frage, was eine überzogene Forderung ist, nicht von den Bedürfnissen der Lohnabhängigen her an und von ihrer Kraft, diese Forderung durchzusetzen, sondern von der Frage, ob das bestehende Gesellschaftssystem und das heißt, das Interesse an privater Kapitalverwertung, damit vereinbar ist. Woher diese Gedankenverwirrung bei ihm rührt, ist leicht damit erklärbar, daß er gewiß monatlich seine "populären" dreieinhalbtausend Mark an Einkünften haben dürfte. Der Kollege Frister ist trotz aller Gegenbehauptungen ein geradezu missionarischer Verteidiger des Privateigentums. Und wenn er auf das Grundgesetz verweist, das die Enteignung vorsehe, so ist ihm dabei sicher nicht entgangen, daß die Enteignung nur möglich ist gegen Entschädigung, was nur bedeutet, dem Kapital mit Staatshilfe wieder flüssige Form zu verleihen, wie es ja zur Freude ehemaliger Kohlebarone auch geschehen ist.

Zu 3) Niemals habe ich behauptet, der Kollege Offergeld sei Mitglied einer kommunistischen Organisation. Ich habe nur dargelegt, wohin den Kollegen Frister die Konsequenz seiner eigenen falschen Gedanken treibt, wenn er die Gewerkschaftsmitgliedschaft an die Staatsverfassung bindet. Jedesmal wenn dann ein Gericht ein Berufsverbot bestätigt, muß zwangsläufig dem Rausschmiß aus dem Staatsdienst der Rausschmiß aus der GEW folgen. Der Kollege Frister hält das für "ausgesprochen hinterhältig". Daraus entnehme ich aber nur, daß ihm diese Beweisführung nicht paßt, aber nicht, daß sie falsch ist. Was die Absicht zur "Verdummung von nichtinformierten Kolleginnen und Kollegen" angeht, so halte ich die Mitglieder der GEW, die die Auseinandersetzung verfolgt haben, nicht für so dumm, daß sie nicht darüber urteilen könnten.

Willfried Maier

Die Beteiligung des KBW an den Landtagswahlen in Hessen ist richtig!

Am 27.Oktober finden in Hessen die Wahlen zum Landtag statt. Das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland hat am 8. Juni beschlossen, sich mit eigenen Kandidaten an diesen Wahlen zu beteiligen.
Am 15. Juni wurden auf örtlichen Versammlungen die Direktkandidaten des KBW für die Wahlkreise gewählt, am 16. Juni die Landesliste. In den 55 Wahlkreisen, in die Hessen eingeteilt ist, können wir in 17 kandidieren: in Darmstadt (2), Frankfurt (in sechs von acht), in Friedberg, Gießen, Kassel (2), Offenbach, Wetzlar und Wiesbaden (3).
In der Zeit vom 19. bis 26.Juni wurden die Unterschriften für die Kreiskandidaten wie auch für die Landesliste gesammelt. Für die Kreiskandidaten sind 50 Unterschriften, für die Landesliste 1 000 erforderlich – diese Bestimmung ist eine der kleinlichen Auflagen der bürgerlichen Wahlgesetze, die die Beteiligung an den Wahlen zu den bürgerlichen Parlamenten erschweren sollen. Wir haben diese Unterschriftensammlung genutzt, um in den Betrieben, in den Schulen und Stadtteilen die Massen für die Unterstützung der Wahlbeteiligung der Kommunisten zu gewinnen und sie von unseren revolutionären Zielen zu überzeugen.

Der Beschluß des KBW, sich an den Landtagswahlen in Hessen zu beteiligen, hat eine Debatte ausgelöst, die sich in Briefen und Stellungnahmen von KVZ-Lesern ausgedrückt hat. Auf drei Fragen spitzen sich diese zu. Erstens: ist es richtig, daß sich Kommunisten an den Wahlen zu einem bürgerlichen Parlament beteiligen, zweitens: kann und soll sich eine so junge kommunistische Organisation wie der KBW bereits jetzt zur Wahl stellen; drittens: steht diese Beteiligung nicht im Widerspruch zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei. Darauf soll im folgenden geantwortet werden.

SOLLEN SICH DIE KOMMUNISTEN AN DEN WAHLEN ZU BÜRGERLICHEN PARLAMENTEN BETEILIGEN?

Das entscheidende Instrument der Kapitalistenklasse zur Verteidigung ihrer Ausbeuter- und Unterdrückerordnung sind nicht die Parlamente, sondern ist der Staatsapparat selber mit seinem stehenden Heer und seiner bis an die Zähne bewaffneten Polizei, seinem riesigen Beamtenapparat und seinem Justizapparat. Deshalb kann die Arbeiterklasse die Ausbeuterordnung der Kapitalisten niemals durch die Eroberung der Mehrheit im Parlament stürzen, sondern nur durch die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates. Deshalb kann die Arbeit der Kommunisten in bürgerlichen Parlamenten immer nur eine untergeordnete Seite ihrer umfassenden Tätigkeit darstellen, die ausgerichtet ist auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse, um die ökonomische und soziale Befreiung der Arbeiterklasse, die soziale Revolution des Proletariats einzuleiten.
Weil die Parlamente nicht der Kern des bürgerlichen Staates sind, sondern nur ein demokratisches Schmuckstück, können sie auch durch die Kapitalistenklasse selber abgeschafft werden, wenn sie ihnen hinderlich werden. Im Faschismus hat die Kapitalistenklasse das Parlament abgeschafft. Dennoch sind die Parlamente für die Bourgeoisie sehr wichtig, denn sie sind hervorragende Betrugsinstrumente. Die Volksmassen können alle vier Jahre mit Hilfe ihrer Stimmen entscheiden, welche Parteien die nächsten vier Jahre ihre Interessen vertreten und zertreten werden. Zwischen den Wahlen kann dann gesagt werden, die Maßnahmen der Kapitalistenklasse würden im Namen des Volkes durchgeführt werden. Im Namen des Volkes schon, aber nicht in seinem Interesse und nach seinem Willen. Die bürgerlichen Parlamente sind im wesentlichen Registriermaschinen für Gesetzesvorlagen, die von der Ministerialbürokratie ausgearbeitet werden zusammen mit den kapitalistischen Verbänden, einen kurzen Durchlauf im Parlament machen und dann wiederum von der staatlichen Bürokratie durchgesetzt werden.
In den Parlamenten sitzen deshalb auch viele "Hinterbänkler" und "Kanalarbeiter", die den Entscheidungen ihrer Fraktionsvorstände, die selber wiederum eng verflochten sind mit der Regierung und der Bürokratie, ihre Stimme geben. Ausgehalten werden sie durch hohe Diäten und Zuwendungen durch die Kapitalisten. Solche Parlamente, in denen vom Volk unkontrollierbare und ihm nicht rechenschaftspflichtige Leute sitzen, taugen nichts zur politischen Willensbildung und Durchsetzung des Willens des Volkes. Abstumpfung, Niederhaltung und Einschränkung der politischen Tätigkeiten – darauf läuft der bürgerliche Parlamentarismus hinaus.
Folgt aus der Nutzlosigkeit und Schädlichkeit des bürgerlichen Parlaments aber, daß sich die Kommunisten nicht an den Wahlen zu den bürgerlichen Parlamenten beteiligen? Das folgt daraus nicht, und Lenin hat die Notwendigkeit der Beteiligung klar begründet: *"Solange wir noch nicht die Kraft haben, dieses bürgerliche Parlament auseinanderzujagen, müssen wir von innen wie von außen dagegen arbeiten. Solange irgendeine bedeutende Anzahl Arbeitender – nicht nur Proletarier, sondern auch Halbproletarier und Kleinbauern – den bürgerlich-demokratischen Mitteln des Betrugs der Bourgeoisie an den Arbeitern vertraut, müssen wir diesen Betrug entlarven, und zwar eben von jener Tribüne herab, die die zurückgebliebenen Schichten der Arbeiter und insbesondere der nichtproletarischen werktätigen Massen als am meist maßgebend und aautoritativ betrachten. Solange wir Kommunisten noch nicht die Kraft haben, die Staatsgewalt in die Hand zu nehmen und die Arbeitenden allein die Wahl ihrer Räte gegen die Bourgeoisie nicht durchführen können, solange die Bourgeoisie über die Staatsgewalt verfügt und zu den Wahlen die verschiedensten Klassen der Bevölkerung heranzieht, sind wir verpflichtet, an den Wahlen teilzunehmen, zur Agitation unter allen Werktätigen, nicht nur unter den Proletariern allein. Solange im bürgerlichen Parlament die Arbeiter betrogen und Finanzdiebstähle wie allerhand andere Arten von Bestechung mit Phrasen über 'Demokratie' verhüllt werden – denn nirgends wird die Bestechung von Schriftstellern, Abgeordneten, Advokaten usw. durch die Bourgeoisie in so 'feiner' Art und in so großem Umfang durchgeführt wie im bürgerlichen Parlament – bis dahin sind wir Kommunisten verpflichtet, eben in dieser Institution, die angeblich den Willen des Volkes ausdrückt, tatsächlich aber den Betrug der Reichen am Volk verhüllt, diesen Betrug unbedingt zu entlarven . . ."* (Lenin, Brief an die österreichischen Kommunisten, Werke Bd. 31, S.257)

In den Wahlzeiten ist das Interesse der Massen an der Politik gesteigert. Die bürgerlichen Politiker, die zwischen den Wahlakten die Massen aus der Politik heraus und ruhig halten wollen, sind im Wahlkampf selber gezwungen, dieses Interesse zu fördern und auf ihre Mühlen zu lenken zu versuchen. In diesen Zeiten müssen sie unters Volk gehen, wo sie sich sonst ungern blicken lassen und das eröffnet die Möglichkeit, sie zu stellen. Das schafft gute Bedingungen für ihre Entlarvung, für den umfassenden Meinungskampf und für die Überzeugungsarbeit der Kommunisten. Man muß es nur verstehen, diese guten Bedingungen auszunutzen. Dabei werden wir viel lernen.

DAS EINGREIFEN DER KOMMUNISTEN TRIFFT GERADE AUGENBLICKLICH AUF GÜNSTIGE BEDINGUNGEN

Die bürgerlichen Parteien sind gezwungen, sich ans Volk zu wenden, wenn sie wiedergewählt und Mehrheiten im Parlament erobern wollen. Sie haben den Massen aber nichts zu bieten und ihre politische Lage ist ungünstig. Die Massen wollen zur CDU nicht zurück und wissen zugleich, daß es mit der SPD nicht nach vorwärts geht. Viele werden zur Wahl gehen mit dem sicheren Gefühl, daß diese an den Verhältnissen nicht sehr viel ändern wird, eigentlich gar nichts ändern kann. Daß man zwar wählt, aber auf diese Weise keinen Einfluß auf die Ereignisse hat.
In dieser Lage ist eine Kandidatur der Kommunisten eine ausgezeichnete Sache. Zur Debatte und zur Entscheidung steht das kommunistische Kampfprogramm. Das wird die Polarisierung fördern, der Herausbildung der politischen Meinung der Menschen nützen und die Gegenüberstellung von der Politik der Bourgeoisie und der revolutionären Politik der Arbeiterklasse beschleunigen. Die Fronten werden klar und all diejenigen, die sich enttäuscht von der SPD abwenden und sich mit unseren Ideen auseinandersetzen, können sich entscheiden.
Auf der anderen Seite ist durch die Kandidatur der Kommunisten zugleich die Möglichkeit geschaffen, daß die Massen uns zur Rechenschaft ziehen können. Nicht nur die bürgerlichen Politiker werden sie stellen, sie werden auch uns befragen. Sie werden fragen: was wollt ihr, wo kommt ihr her und wo wollt ihr hin? Welche Vorschläge habt ihr? Auch wir werden ihnen Rede und Antwort stehen müssen.
Deshalb ist eine Unterscheidung zwischen "Wahlen im allgemeinen, die für die Kommunisten immer eine gute Möglichkeit der Agitation und Propaganda ist, um ihre politische Linie möglichst umfassend vielen Menschen klar zu machen und einer Wahlbeteiligung" durch Kandidatur nicht richtig. Diese Unterscheidung machen Marburger Genossen und sagen, daß "die einzig sinnvolle Begründung", die eine Wahlbeteiligung rechtfertigt, "die Verankerung in den Massen ist". Natürlich wird man keine Kandidaten aufstellen können, wenn man keine hat. Kann man aber welche aufstellen, dann nutzen wir diese Kandidatur ja gerade dazu, um auf dem Kampffeld der Wahlen zu einem bürgerlichen Parlament den Parteien der Bourgeoisie entgegenzutreten und die Massen für das revolutionäre Programm zu gewinnen. Weiter ist eine Beteiligung an den Wahlen ohne eine eigene Kandidatur eine schlechte Sache, denn so kann das Interesse der Massen an den Wahlen nicht richtig genutzt werden. Die politischen Schwierigkeiten bei unserem bisherigen Eingreifen in Wahlen (wie in Hamburg und Niedersachsen) bestanden gerade darin, daß wir uns zwar einmischten, aber nicht selber kandidierten. Das läuft dann den bürgerlichen Politikern gegenüber schnell auf blosses Mosertum hinaus und bringt einen taktisch in eine schwierige Lage, denn die berechtigte und unvermeidliche Frage der Menschen: wofür seid ihr und wie soll ich mich entscheiden? , kann nicht auch konkret in bezug auf die Wahlen, sondern nur allgemein beantwortet werden. Eine Beteiligung am Wahlkampf ohne eigene Kandidatur, wo das kommunistische Programm, durch Menschen, die für es eintreten, verkörpert wird, ist buchstäblich eine fleischlose Sache. Nur durch eigene Kandidatur kann auch der einzig unmittelbare Zweck, den eine Beteiligung hat, die Kräfte zu sammeln und den Einfluß der Kommunisten zu prüfen, nicht erreicht werden. Nur durch eine eigene Kandidatur können wir die günstigen Bedingungen der Wahlzeit für unsere Überzeugungsarbeit ausnutzen, deren Zweck es ist, die Massen für die Ziele des Kommunismus zusammenzuschließen.

REICHEN DIE KRÄFTE DES KBW IN HESSEN AUS, UM SICH AN DEN WAHLEN ZU BETEILIGEN?

Wenn man keine falschen Erwartungen mit der Beteiligung an den Wahlen zu den bürgerlichen Parlamenten verknüpft, sondern sie als gute Möglichkeit begreift, eine umfassende Überzeugungsarbeit unter den Massen zu betreiben, dann sind wir überall dort in der Lage, uns an den Parlamentswahlen zu beteiligen, wo wir überhaupt organisiert arbeiten. Wenn wir uns in der richtigen Weise an den Wahlen beteiligen, den Wahlkampf nicht neben den bürgerlichen Parteien führen, sondern gegen sie, die Auseinandersetzung suchen, statt sie zu meiden, dann werden wir in diesem Wahlkampf unsere schwachen Kräfte stärken. Das wird sich vielleicht weniger in den Stimmen auf den Wahlzetteln auswirken, es wird sich aber darin auswirken, daß wir neue Kräfte in unsere organisierte Arbeit einbeziehen, daß wir neue Menschen auf unsere Auffassungen aufmerksam machen und sie dazu bringen, sich mit unseren Auffassungen auseinanderzusetzen und sie auf richtig und falsch zu überprüfen, daß wir unsere Zeitung, die Kommunistische Volkszeitung, weiter verbreiten und daß wir ein Stück weiter aus dem Halbdunkel heraustreten, in das uns die bürgerlichen Parteien und die bürgerliche Presse abdrängen wollen.
Natürlich werden wir nicht sehr viel Stimmen gewinnen. Das ist schon deshalb ausgeschlossen, weil wir nur in 17 von 55 Wahlkreisen kandidieren können und dies bedeutet, daß auch unsere Landesliste nur in diesen 17 Wahlkreisen, also einem knappen Drittel, überhaupt zur Abstimmung stehen wird, während der KBW in den anderen Wahlkreisen entsprechend dem hessischen Wahlgesetz gar nicht auftauchen wird. Unsere Kräfte reichen aus, um durch unsere Beteiligung an den Wahlen unsere Kräfte zu steigern. Das ist genug.

DIENT UNSERE BETEILIGUNG AN DEN WAHLEN DEM WIEDERAUFBAU DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI?

Ein Genosse meint, daß die Voraussetzung für eine Beteiligung an den bürgerlichen Parlamentswahlen ist, daß die Kommunistische Partei bereits existiert. Das ist nicht richtig. Die Voraussetzung ist, daß eine marxistisch-leninistische Organisation existiert, die ein marxistisch-leninistisches Programm hat und entsprechend diesem Programm und den taktischen Grundsätzen des Marxismus-Leninismus in die Wahlen eingreift. Wenn es eine solche Organisation gibt und durch die Gründung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland gibt es eine solche Organisation, dann wird ihre Beteiligung an den bürgerlichen Parlamentswahlen auch dem Wiederaufbau der Kommunistischen Partei dienen, indem sie die Verbindung der Marxisten-Leninisten mit den Massen fördert und die Klarheit unter den Kommunisten voranbringt. Wir können nicht die Hände in den Schoß legen und darauf warten, bis die Kommunistische Partei eines schönen Tages vielleicht vom Himmel fällt, sondern wir tragen zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei dadurch bei, daß wir ihre Aufgaben schon heute so gut wie möglich erfüllen. Dies ist unsere Pflicht in den täglichen Kämpfen und in der täglichen Arbeit und dies ist auch unsere Pflicht in Wahlzeiten.

DIE BETEILIGUNG AN DEN HESSISCHEN LANDTAGSWAHLEN WIRD UNSERE ERFAHRUNG VERBESSERN UND UNSERE KENNTNISSE VERBREITERN

Die Beteiligung an den hessischen Landtagswahlen ist kein Selbstzweck. Sie ist eine bestimmte und begrenzte Kampfaufgabe, die wir uns gestellt haben. Wir werden in diesen Landtagswahlen gute und schlechte Erfahrungen machen, wir werden manche Probleme, die diese Kampfaufgabe aufwirft, gut lösen, manche werden wir noch nicht gut lösen.
Wir werden in diesem Landtagswahlkampf viel lernen. Wir werden nach dem Landtagswahlkampf eine bessere Kenntnis von den Meinungen und Problemen der Massen haben, als wir sie bis jetzt haben, wir werden mehr über unsere Feinde wissen als bisher. All dies wird dazu beitragen, unsere weitere Arbeit zu verbessern, nicht nur in Hessen, sondern in ganz Westdeutschland und in Westberlin.
Deshalb gehen wir mit Mut und Zuversicht an diese Aufgabe heran.

Hans-Jörg Hager

Korrespondenzen aus Hessen

MIETAUSPRESSUNG BEI DER "GEMEINNÜTZIGEN" BAUGESELLSCHAFT DER STADT OFFENBACH

Offenbach. In der Lauterbornsiedlung gibt es fast 500 Wohnungen, die von der "Gemeinnützigen Baugesellschaft" vermietet werden. Diese Gesellschaft, an der die Stadt Offenbach beteiligt ist und in deren Aufsichtsrat der Oberbürgermeister Dietrich sitzt, vermietet an Familien in Notlagen, also kinderreichen Familien, Sozialhilfeempfänger, Rentner usw. Damals vor 3 Jahren, als die ersten Familien einzogen, zum großen Teil durch die Vermittlung des städtischen Wohnungsamtes, wurde so getan, als wäre es eine besondere Wohltat der Stadt und der Gesellschaft überhaupt einziehen zu dürfen. Die Miete betrug für eine 3-Zimmer-Wohnung 372 DM, jetzt: 456 DM. Seit Beginn des Jahres steht bereits die zweite Mieterhöhung ins Haus. Begründungen sind: "Verkalkulationen des Baupreises, Verwaltungskosten, Verzögerungen im Bau, die Steigerung der Lebenshaltungskosten, Zinserhöhungen" usw. Zuletzt bekamen die Mieter des Baublocks Eschstraße 21 ein Schreiben, in dem Nachzahlungen und Mieterhöhungen angekündigt wurden, die auf das Jahr 1974 gerechnet auf eine Mieterhöhung von 30 % hinauslaufen! Für diese Miete kann man schon beinah eine Eigentumswohnung am Kaiserleikreisel einziehen, mit "Sozialmieten" hat dies nichts mehr zu tun. Die Stadt Offenbach ist an diesen Entscheidungen mitbeteiligt. Sie ist aktiv an der Ausplünderung dieser Mieter beteiligt und scheut nicht einmal davor zurück, unter dem Deckmantel der "Gemeinnützigkeit" Mietverträge unterschreiben zu lassen, die nach oben hin überhaupt keine Grenzen haben und auf unbeschränkte Dauer abgeschlossen wurden. Die viel gerühmte moderne Wohnsiedlung Lauterborn, mit der sich die Stadt Offenbach brüstete, entpuppt sich als ein typisches Stück kapitalistischer "Städteplanung" – für die Sozialwohnungsbau Gesellschaften, wie die "Gemeinnützigen" gesicherte Profite, für die Stadt zusätzliche Ausplünderungsmöglichkeiten der Bevölkerung. Die betroffenen Mieter im Lauterborn haben begonnen, sich zusammenzuschließen und sie werden den Herren in der Gesellschaft und im Rathaus die Stirn bieten.

H.J., Offenbach

"AUFKLÄRUNG ÜBER DEN KBW" IN DER SCHULE

Rimbach. Vor einiger Zeit hat der Direktor unseres Gymnasiums den Lehrern (hauptsächlich denen der Fächer Gemeinschaftskunde, Sozialkunde, Geschichte) die Anweisung gegeben, ihre Schüler über "verfassungsfeindliche, linksradikale Gruppierungen, ihre Ziele und Kampfmethoden" aufzuklären, insbesondere über den KBW, weil die Schüler durch die KSG direkt mit dem KBW in Berührung kommen.
Die Lehrer wußten teilweise gar nicht, was der "KBW" ist, geschweige denn, was seine "Ziele und Kampfmethoden" sind. Zum Zweck der Aufklärung und der eigenen Information bekamen sie vom Direktor ein Buch des Verfassungsschutzes empfohlen, in dem alles Wissenswerte über die "Linksradikalen" drinsteht. Diese "Aufklärung" wird natürlich dazu benutzt, antikommunistische Propaganda zu betreiben und ein Loblied auf "unsere Demokratie" zu singen.
Allzuviel werden aber die Lehrer damit nicht ausrichten können, denn die Schüler bekommen schließlich auch täglich an der Schule diese Demokratie zu spüren, in der Schüler diszipliniert werden, fortschrittliche Lehrer aus dem Staatsdienst entfernt werden sollen, Wandzeitungen abgerissen werden und dergleichen mehr.

Braunschweig: Unterstützung für die Beteiligung an den Hessenwahlen

Braunschweig. Am Dienstag, den 18. Juni fand in Braunschweig eine Veranstaltung der Ortsaufbaugruppen des KBW statt, auf der Joscha Schmierer, der Sekretär des Zentralen Komitees des KBW, über das Thema "Was wollen die Kommunisten? " referierte. An der Veranstaltung nahmen über 500 Menschen teil. Am Ende der Veranstaltung wurde Geld gesammelt für die Unterstützung der Teilnahme des KBW an den Landtagswahlen in Hessen. Die Sammlung erbrachte über 730 DM.
Die Beteiligung an den bürgerlichen Parlamentswahlen in Hessen soll dazu dienen, der Werbung der bürgerlichen Parteien umfassd die Anschauungen der Kommunisten entgegenzustellen.

CDU IM ALTERSHEIM

In einem Gespräch mit einer Rentnerin kamen die Mittel der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf offen zu Tage: Sie erzählte, daß in dem Altersheim, in dem sie lebt, eine Veranstaltung zum Thema "Rheuma" angesetzt worden sei. Viele hätte das interessiert und viele waren deshalb hingegangen. Aber es war kein Vortrag über den Rheumatismus, sondern eine CDU-Wahlkampfveranstaltung! Vielleicht wollte die CDU-Werbern den Rentnern weismachen, daß alles Rheuma wegginge, wenn die CDU an die Regierung käme. R.T., Wiesbaden

In 3 Tagen 700 Unterschriften

Wiesbaden. Für die Teilnahme an den Wahlen in Hessen muß der KBW 1 0(Unterschriften vorweisen, durch die Wahlberechtigte in Hessen ihre Unterstützung für die Landesliste des KBW bekunden. Am Mittwoch, dem 19.6. haben wir damit begonnen, diese Unterschriften zu sammeln. Bereits in den ersten dreiTagen ist es der Ortsaufbaugruppe Wiesbaden gelungen, 700 Unterschriften zu sammeln. Dieses Ergebnis ermutigt alle Ortsgruppen und befreundete Organisationen in Hessen, die Unterschriftensammlung weiter als ausgezeichneten Hebel unserer Überzeugungsarbeit zu nutzen.

Der Kampf um Jugendzentren in Selbstverwaltung

In vielen Städten der Bundesrepublik besteht gegenwärtig eine breite Bewegung für Jugendzentren. Die Jugendlichen fordern Jugendhäuser, in denen sie freie politische Diskussionen führen können, in denen sie ihre Freizeit selbst gestalten können. Es ist daher selbstverständlich und richtig, daß sich die Jugendlichen nicht von der städtischen Bürokratie bevormunden lassen wollen und daß sie daher fordern, daß diese Jugendzentren von ihnen selbst verwaltet werden.

Mit dieser Forderung aber fühlen sich die bürgerlichen Statthalter in den Rathäusern an ihrem empfindlichsten Nerv getroffen. Denn nichts scheuen sie so sehr, als wenn Teile der Bevölkerung ihre Angelegenheiten in die eigene Hand nehmen, vom Staat fordern, daß er die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen habe, da die ja schließlich aus den Taschen der Lohnabhängigen kommen, und daß er sich ansonsten aus diesen Angelegenheiten heraushalten möge.

Das zeigt sich z. B. in **Ispringen**, einem Ort bei Pforzheim. Die Bewegung für ein Jugendzentrum ist dort zu stark, als daß man sie einfach übergehen könnte. Alle bürgerlichen Parteien sagen dort, sie wären für ein Jugendzentrum, aber die CDU will, daß dieses unter der Kontrolle des Jugendamtes stehen solle. Die SPD gibt sich da fortschrittlich, sie ist für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung, allerdings: erst mal drei Monate auf Probe.

Auch in **Hameln** forderten 1 000 Jugendliche mit ihrer Unterschrift ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Ja, sagt die Stadt, aber der Sozialarbeiter für das Jugendzentrum soll durch die Stadt bestimmt werden. Ähnlich ist die Lage in **Bensheim**, in der die Stadtbürokratie die Forderung nach Selbstverwaltung ablehnt.

Daß also in vielen Städten unter dem Druck der Jugendlichen ein Jugendzentrum zugestanden wird, mit allen Mitteln aber versucht wird, die Selbstverwaltung durch städtische Bevormundung zu ersetzen, zeigt: die Selbstverwaltung kann nicht im Vertrauen auf die städtische Bürokratie und auf die bürgerlichen Parteien, sondern nur gegen sie erkämpft werden.

Wo immer Jugendzentren in Selbstverwaltung erkämpft wurden, versuchten die bürgerlichen Machthaber in den Rathäusern ihnen so schnell wie möglich ihre Selbständigkeit wieder zu nehmen, ~~ode;noch besser.~~ sie gleich wieder zu schließen, wenn sie überhaupt jemals offen waren.

In **Neu-Isenburg** wurde den Jugendlichen eine leerstehende Fabrik zur Verfügung gestellt und im Dezember 1973 erklärte der Bürgermeister: "Euer Jugendzentrum ist in drei Monaten fertig". Aber weit gefehlt, noch immer zögert der Magistrat mit allen Mitteln den Umbau hinaus.

Diese Taktik der Verschleppung und Verzögerung läßt sich überall dort feststellen, wo die Auseinandersetzung um Jugendzentren geführt wird. In **Verden** hatte sich die Stadt angeblich zuerst für das "alte Polizeihaus" entschieden. Das hatte wohl den Zweck, Beruhigung unter den Jugendlichen zu verbreiten. Dann war aber nichts mehr davon zu hören. Dieser Abwieglertaktik der bürgerlichen Parteien sind die Jugendlichen inzwischen mit einer Demonstration entgegengetreten.

Wo trotz dieser Verschleppungstaktik die Jugendzentren schließlich ihre Arbeit aufnehmen, da ist Verleumdung noch das mildeste Mittel, um diese zu sabotieren. **In Kelsterbach** dauerte es zwei Jahre bis der Magistrat den Jugendlichen ein Zentrum zugestand. Aber es war nur drei Monate offen. Unter dem Vorwand, es wäre dort zu Intimitäten gekommen, Alkohol- und Haschischmißbrauch würde dort betrieben, wurde es wieder geschlossen. Dieser Lügentaktik begegneten die Jugendlichen mit einer klaren Antwort: Sie machten das Jugendzentrum selbst wieder auf, wählten ein Hauskollektiv und verwalten gegenwärtig das Haus selbst. Sie werden sich auch von der Polizei nicht so ohne weiteres vertreiben lassen.

Aber nicht nur Lüge und Verleumdung, sondern auch Spitzel und nackte Gewalt werden angewandt, wenn es gilt, diese selbständige Organisationsform der Jugendlichen zu zerschlagen. In **Wiesbaden** wurde ins Jugendzentrum 'Pub' ein **Spitzel** geschickt, der dort Rauschgift verkaufen sollte, damit ein Vorwand für die Schließung des Hauses da wäre. Unter allen möglichen Vorwänden werden hier Jugendliche von den Straßen und aus dem Jugendzentrum geholt und in den Zellen der Polizei krankenhausreif geschlagen.

Auch die Mitarbeiter und Sozialarbeiter in den Jugendzentren werden stets politisch diszipliniert, wenn sie sich nicht der bürokratischen Bevormundung unterwerfen. **In Westberlin** sind 18 Mitarbeiter vom Bezirksamt gefeuert worden, weil sie im Jugendhaus 'Fuchsbau' eine Arbeit im Sinne der Kinder, der Jugendlichen und der Eltern, die vorwiegend Arbeiter sind, machten. Dagegen hat ein großer Teil der Eltern aber den Kampf aufgenommen.

Der bürgerliche Staat scheut also kein Mittel, um die Bewegung unter der Jugend zu zerschlagen und um sie wieder unter seine Aufsicht zu bringen. Damit bewirkt er aber nur, daß immer mehr Jugendliche erkennen, daß sie ihre Interessen nur verwirklichen können, wenn sie den betrügerischen bürgerlichen Politikern eine Absage erteilen und nicht von der Forderung nach Jugendzentren in Selbstverwaltung ablassen.

Nach Korrespondentenberichten



Über 4 000 Darmstädter Bürger forderten mit ihrer Unterschrift die Erhaltung des Jugendhauses Martinsviertel, das der Magistrat abreißen will. Dem Jugendhaus Oettinger Villa sperrte der Magistrat die Gelder. Auf unserem Bild demonstrieren Kinder und Jugendliche für die Erhaltung der Jugendhäuser in Selbstverwaltung.

Erpressung und Berufsverbot

DARMSTADT: MAGISTRAT GEGEN JUGENDZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG

"Geldersperrung – Berufsverbot – Bruch des Vertrages: Das ist die Politik des Magistrats!"

Annähernd 200 Jugendliche demonstrierten am 12.6.74 in Darmstadt unter dieser Parole gegen die Übergriffe des Magistrats auf die Selbstverwaltung des Vereins Jugendzentrum. Der Magistrat hat dem Verein sämtliche Gelder gesperrt; er läßt die Jugendlichen nicht in die Oetinger-Villa hinein, die er ihnen als Jugendzentrum versprochen hat; er fordert, daß der Verein bis 30.6.74 die beiden Jugendsekretäre entläßt, die er angestellt hat; und schließlich will der Magistrat den mit dem Verein abgeschlossenen Nutzungsvertrag und die Satzung des Vereins so geändert haben, daß den Jugendlichen "Verfassungstreue" vorgeschrieben wird und die Beschäftigung der hauptamtlichen Mitarbeiter völlig unter die Kontrolle der Stadtverwaltung gerät.

Die leerstehende Oetinger-Villa wurde 1971 von Studenten, Schülern, Lehrlingen und jungen Arbeitern besetzt, die dort wohnen und ein Jugendzentrum einrichten wollten. Sie wurden von zwei Hundertschaften Polizei wieder hinausgeworfen. Auf die massiven Proteste der Jugendlichen und der Bevölkerung hin, versprach der Magistrat, in der Villa ein Jugendzentrum einzurichten und schloß einen Nutzungsvertrag mit dem Verein Jugendzentrum ab. Der Vertrag gesteht dem Verein das Recht zu, über die Verwendung des städtischen Betriebskostenzuschusses im Rahmen seiner offenen Jugendarbeit selbst zu bestimmen und die hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter einzustellen. Mit diesem "Modellprojekt" hat der Magistrat den Jugendlichen Emanzipation und Selbstverwaltung versprochen.

Die Erfahrungen, die die Jugendlichen in Darmstadt mit solchen Versprechungen derzeit machen, sehen allerdings ganz anders aus als die schönen Worte im Jugendplan.

Schon den ersten selbständigen Beschluß der Jugendlichen über die Verwendung von Geldern aus dem städtischen Zuschuß beantwortete der Magistrat mit der Sperrung sämtlicher Betriebsmittel. Die Jugendlichen hatten mit großer Mehrheit beschlossen, die Aktivitäten des Aktionskomitees zur Erhaltung des Jugendhauses Martinsviertel mit 1 000 DM zu unterstützen. Der Magistrat, dem die Selbstverwaltung in diesem Jugendhaus und die dort entwickelte Jugendarbeit nicht paßte, hatte angekündigt, er werde das Projekt auflösen und das Jugendhaus abreißen lassen. Für die Forderung nach Erhaltung dieses Jugendhauses im dichtbesiedelten Martinsviertel hatten über 4 000 Darmstädter Bürger ihre Unterschrift gegeben.

GELDERSPERRUNG, UM DIE ENTLASSUNG DURCHZUSETZEN

Der Magistrat will den Jugendlichen auch verbieten, sich ihre hauptamtlichen Mitarbeiter selbst zu wählen und über ihre Beschäftigung zu bestimmen, wie es der abgeschlosse Vertrag vorsieht. Die Jugendlichen haben nämlich mit dem Diplompsychologen Herbert Müller und der Sozialarbeiterin Cornelia Rohloff zwei Clubsekretäre angestellt, die dem SPD-Magistrat nicht ins "Modell"-Konzept passen: beide haben sich konsequent für die Interessen der Kinder und Jugendlichen im Martinsviertel eingesetzt. Als die CDU über die DKP von der Mitgliedschaft des Clubsekretärs Herbert Müller im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) erfuhr und in der bürgerlichen Presse eine wilde Hetzkampagne anzettelte, war dies für den SPD-Magistrat ein willkommener Anlaß, von dem Konflikt um Geldersperrung und Selbstverwaltung abzulenken und sich als der bessere Verfassungshüter für die bevorstehenden Landtagswahlen aufzuspielen. Da der Magistrat die Clubsekretäre nicht selbst entlassen kann, will er den Verein über die Geldersperrung und die Verweigerung des Einzugs in die Oetinger-Villa zwingen, sie beide bis zum 30.6.74 hinauszuwerfen.

Es geht ihm bei diesem Berufsverbot nicht um die "bloß formale Zugehörigkeit zum KBW", wie der Magistrat dem Verein mitgeteilt hat, sondern um die politische Einstellung und die Tätigkeit der Clubsekretäre. Daher kommt es nicht darauf an, daß Conny Rohloff nicht Mitglied des KBW ist; was zählt, ist, daß sie "die politisch einseitig ausgerichtete Arbeit des Herrn Müller unterstützt, sich damit auf seine Seite stellt und deshalb auch den KBW jedenfalls tatsächlich unterstützt. Mit einem solchen Verhalten konnte die Stadt nicht rechnen." (Magistrat-Schreiben vom 10.6.74)

Die Mehrheit der Jugendlichen im Verein Jugendzentrum hat erkannt, daß sie bei der Wahrnehmung ihrer sozialen Interessen und Bedürfnisse mit den beiden Clubsekretären rechnen kann, und denkt nicht daran, der Erpressung des Magistrats nachzugeben. Für sie zählt, daß die beiden Hauptamtlichen keine Büttel des Magistrats sind, sondern von den Interessen der Jugendlichen ausgehen, sich an demokratische Beschlüsse der Mitgliederversammlung des Vereins halten und ihre Tätigkeit zur Diskussion stellen und kontrollieren lassen. Sie fordern:

FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG UND FREIHEIT DER ORGANISATION!

WEG MIT DEN BERUFSVERBOTEN!

Der Magistrat hat mit der Geldersperrung und dem Ultimatum zur Entlassung der Clubsekretäre den Vertrag mit dem Verein gebrochen. Um seine erpresserischen Manöver abzusichern und den Vertragsbruch nachträglich zu rechtfertigen, behauptet er jetzt, der Vertrag sei noch nicht in Kraft getreten, weil er noch nicht ausgehändigt ist, und verlangt Abänderungen am Vertrag und an der Satzung des Vereins:

- Der Vertrag soll eindeutig bestimmen, daß die Entscheidung über Anstellung und Entlassung der Clubsekretäre beim Magistrat liegt.
- Die Satzung soll die Jugendlichen auf die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" verpflichten.

Beide Änderungen heben die Selbstverwaltung auf und erheben die Gesinnungsschnüffelei und die politische Disziplinierung der Jugendlichen und ihrer Mitarbeiter zu satzungs- und vertragsmäßigen Rechten des Magistrats. Die Jugendlichen werden sich diese Änderungen nicht abpressen lassen. Sie fordern die Erfüllung des abgeschlossenen Vertrags.

SPD UND DKP/SDAJ: STEIGBÜGELHALTER DES MAGISTRATS

Bei seinen Erpressungsversuchen stützt sich der Magistrat auf die Jusos und die DKP bzw. SDAJ, die im Verein Jugendzentrum alles daransetzen, die Jugendlichen vom konsequenten Kampf für ihre Interessen und vor selbständigen Schritten zur Durchsetzung ihrer Forderungen zurückzuhalten. Sie versuchen, die Jugendlichen an die SPD-Fraktion im Stadtparlament und an den SPD-Magistrat zu binden; sie bezeichnen es als "abenteuerlich", wenn die Jugendlichen in die Stadtverordnetenversammlung gehen und dort ihren Forderungen Nachdruck verleihen; sie diffamieren es als "chaotisch", wenn die Jugendlichen in eine Magistratssitzung hineingehen und den Magistrat zwingen, Rede und Antwort zu stehen.

Weil sie sich mit ihrer Abwiegelei nicht politisch unter den Jugendlichen durchsetzen können, versuchen sie neuerdings mit formalen Tricks die Mitgliederversammlung des Vereins in die Hand zu bekommen. In einem Rundschreiben des SPD-Ortsvereins Martinsviertel heißt es: "Dabei ist es recht einfach, die Mehrheitserhältnisse im Verein Jugendzentrum zu verändern. Man muß lediglich Mitglied werden. Die Mitgliedschaft läßt keine besonderen Verpflichtungen (kein Beitrag) entstehen ... Ändert die Mehrheitsverhältnisse!"

Mit der Unterstützung der Jusos und der DKP/SDAJ hofft der Magistrat, das Berufsverbot gegen die beiden Clubsekretäre ganz "legal" durchzusetzen: nach Ablauf der Probezeit soll eine derart zusammengetriebene Mehrheit die unbequemen Hauptamtlichen ganz "demokratisch" feuern. Aber das ist natürlich gar nicht schlecht, wenn immer mehr Menschen Mitglieder im Verein Jugendzentrum werden. Denn sicherlich werden dort auch vielen von ihnen die Augen geöffnet über die Politik des Magistrats und der bürgerlichen Parteien.

Durch diese Manöver der bürgerlichen Politiker und ihrer Wasserträger in den eigenen Reihen erkennen immer mehr Jugendliche: Die Selbstverwaltung muß allererst unter den Jugendlichen selbst durchgesetzt werden. Daher hat der Verein auf Vorschlag der beiden Clubsekretäre mit der **praktischen** Jugendarbeit begonnen und hat die ersten Veranstaltungen durchgeführt. Die weiteren Aktivitäten des Vereins sollen immer mehr Jugendliche einbeziehen und ihnen konkret vermitteln, wofür es sich zu kämpfen lohnt:

FÜR EIN JUGENDZENTRUM OETINGER-VILLA IN SELBSTVERWALTUNG!

Zelle Martinsviertel der OAG Darmstadt des KBW

Buchholz muß weg

ERFOLGREICHES TRIBUNAL GEGEN DIE MÖRDER VON NESET DANIS

Norderstedt. Am 11.6. führte die Ortsaufbaugruppe Norderstedt des KBW zusammen mit fortschrittlichen Persönlichkeiten und SPD-Mitgliedern ein Tribunal gegen die Mörder von Neset Danis durch, der am 5.5.74 von faschistischen Türken tödlich niedergeschlagen worden war (siehe KVZ Nr. 11 und 12). Durch unsere Initiative wurden linke SPDler und DKPler veranlaßt, den Aufruf "Politischer Mord an türkischem Arbeiter" zu unterstützen.

Der eingeladene Kripochef Buchholz und die politische Führung der Stadt waren mit der fadenscheinigen Erklärung weggeblieben, sie wollten nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen. Für die ca. 90 Teilnehmer war das mutige Auftreten der türkischen Augenzeugen ein Beweis dafür, daß das Gerede von der "Türkenschlacht" eine Lüge ist, daß die faschistischen Mörder längst namentlich bekannt sind und daß sie und ihre Helfershelfer bei der Norderstedter Polizei im Zentrum der Empörung der Presse stehen müßten.

Die Versammlung des Tribunals beschloß mit großer Mehrheit spontan, vor das Polizeigebäude zu ziehen. Mit Fackeln in der Hand und mit einem Transparent "Kampf dem reaktionären Ausländergesetz" forderten sie. "Buchholz muß weg".

Die verlogene Rolle der SPD beginnt nun auch der Bevölkerung in Norderstedt klar zu werden. Ihrem Mitglied, Robin Wulf, der sich auf die Seite der verfolgten türkischen Demokraten gestellt hat, hängte sie ein Ausschlußverfahren an den Hals. Dieses Tribunal war das erste öffentliche Auftreten der neuen Ortsaufbaugruppe Norderstedt.

C.C., Norderstedt

KEINE HILFE VON DER POLIZEI

Ich bin 13 Jahre alt und wohne im Wiesbadener Vorort Schelmengraben. Vor einigen Tagen wurde meinem Freund im Jugendzentrum ein Zahn ausgetreten. Danach gingen die Eltern des Jungen mit ihm auf die Polizeistelle. Als die Eltern die Polizei baten, meinen verletzten Freund zum Roten Kreuz zu fahren, lehnten es die Polizisten ab, sie wären zu wenig Leute.

Aber als ich und mein Freund mal auf dem Bau spielten, kamen insgesamt 3 Streifenwagen, 2 davon sind extra aus dem Nerotal, was fast 10 km weg ist, angefordert worden. Diese Erlebnisse haben mir gezeigt, daß die Polizei nicht dazu da ist, uns zu helfen, sondern das Eigentum der Kapitalisten zu schützen.

J.R., Wiesbaden

BERICHTIGUNG

In der letzten KVZ stand auf Seite 7 die Überschrift: "Jusos gegen Jugendzentrum". Das ist eine falsche Verkürzung. Die Überschrift hätte heißen müssen: "Jusos gegen Jugendzentrum **in Selbstverwaltung.**"

Schieber auf Ratsherrenstuhl

FREISPRUCH FÜR DEN SEKRETÄR DER HILDESHEIMER ORTSGRUPPE DES KBW

Hildesheim. In einem Flugblatt wurde der IGM-Bevollmächtigte und SPD-Fraktionsvorsitzende Eduard Seitz als Grundstücksschieber bezeichnet. Daraufhin erstattete Seitz Anzeige gegen mich als für das Flugblatt verantwortlichen wegen Beleidigung und "übler Nachrede". Der Prozeß ließ aber sehr schnell aus dem Kläger einen Angeklagten werden.
Was war geschehen? Im Rat der Stadt waren 1972 Grundstücke in Bocksfeld zu vergeben. Es bewarben sich mehrere hundert Bewerber, doch 30 sollten zunächst nur ein Grundstück erhalten können. Ein Verwaltungsausschuß wurde im Rat gebildet, der nach festgelegten Richtlinien die Bewerber auswählen sollte. Die Kinderzahl, die Wartedauer und die Wohnverhältnisse sollten eine Rolle spielen.
Doch auf der Ratsitzung vom 15.12. zog die SPD-Fraktion eine Liste mit 20 eigenen Bewerbern aus der Tasche und Seitz drängte auf sofortige Zustimmung durch den Rat. Als die CDU ihrerseits Einwände anmeldete, wurde der CDU vorgeschlagen, ihrerseits 10 Bewerber zu benennen. Der CDU-Ratsherr Übelhör setzte sich flugs selber auf die Liste. Und die Sache war gelaufen.

Die Anzeige, die Seitz gegen mich losließ, wird normalerweise auf dem privatrechtlichen Weg behandelt, doch in meinem Fall hatte die Staatsanwaltschaft ein besonderes Interesse an dem Fall und führte gegen mich den Prozeß im "Interesse der Öffentlichkeit". Der Amtsrichter versuchte vergeblich, diesen Prozeß einzustellen und vermochte selbst mit seiner Begründung: "Beide großen Parteien seien durch diesen Prozeß in ihrem Ansehen gefährdet", keinen Eindruck bei der Staatsanwaltschaft zu machen.
Seitz, der den Barmherzigen spielen wollte und vorgab, doch nur an "Kollegen" geschoben zu haben, mußte bald zugeben, den Werksdirektor der Firma Phoenix zu einem Grundstück gebracht zu haben. Auch der Dekan der Pädagogischen Hochschule, Professor Lütge, kann sich bei Seitz für sein Grundstück bedanken.

Im Prozeß wurde dem Herrn Seitz jedoch nicht nur dies unter die Nase gerieben. Es wurde gezeigt, welche Schandtaten dieser Mensch als IGM-Bevollmächtigter, Aufsichtsratsmitglied der Stadtwerke, Aktivist der Neuen Heimat usw. vollbracht hatte.



Der Sekretär der Ortsgruppe Hildesheim des KBW bei einer Ansprache auf dem Marktplatz

Dem Staatsanwalt blieb zum Schluß nur noch eine Möglichkeit. Er erklärte, man könne nicht nur Seitz beschuldigen und der Vorwurf der Schieberei gegen Seitz müsse mit 500 DM Geldstrafe belegt werden. Ich konnte dem Staatsanwalt nur meine Zustimmung zur ersten Aussage erteilen, denn er hat Recht, nicht Seitz allein ist ein Volksbetrüger, sondern alle Herren im Rathaus reiten auf dem Rücken des Volkes.
Deshalb habe ich auch im Prozeß die Auffassung vertreten, daß das Volk für die Rechenschaftspflicht und ständige Abwählbarkeit aller Volksvertreter eintreten muß, damit es solche Vertreter hat, die das Volk bei der Aufhebung der Ausbeutung von Menschen durch Menschen unterstützen.
Als ich die Herren im hiesigen Rathaus als Lumpen bezeichnete, sprangen Seitz und sein Anwalt von ihren Stühlen und schrieen: Ins Protokoll aufnehmen! Und Seitz verfaßte noch einen Leserbrief für die Tageszeitung, in dem er darauf hinwies, daß ich alle Ratsherren einfach als Lumpen bezeichnete, dies ginge nicht, denn "wenn es in unserem demokratischen Rechtsstaat möglich ist, in Verantwortung berufene Bürger grundlos und maßlos zu beschimpfen, dann trägt das nicht dazu bei, das Demokratieverhältnis in unserem Volke zu stärken." (HP, 15./16.6.)
Aber das Gericht mußte mich freisprechen, denn allzudeutlich war, "daß im damaligen Stadtentwicklungsausschuß bei der Vergabe von Grundstücken tatsächlich unkorrekt verfahren wurde" (aus der Urteilsbegründung des Richters).

Die Ortsgruppe wird versuchen, die einzelnen Ratsherren in ihren Wahlbezirken zu öffentlichen Veranstaltungen zu bewegen, auf denen sie zeigen können, ob sie Lumpen sind oder nicht.

–Jürgen Meier, Hildesheim–

»Hervorragender Verkauf«

Eschwege. Die Eschweger Sympathisantengruppe des KBW besteht nur aus sehr wenigen Mitgliedern. Trotzdem versuchen wir, mit den uns zur Verfügung stehenden Kräften möglichst viele KVZ zu verkaufen und den Klassenkampf in Eschwege zu organisieren.
Leider liegt die gesamte Verteilung der KVZ-Ortsbeilage Eschwege, deren Herstellung und Druck, sowie der Verkauf der KVZ und die Erhaltung unseres kleinen Buchladens in den Händen von zwei Genossen, die relativ viel Zeit haben. Trotz dieser riesigen Belastung haben wir seit den letzten 10 Nummern der KVZ durchschnittlich 100 bis 110 KVZ mit zwei Genossen verkauft. Gewiß ist es eine ganz schöne Belastung, jede zweite Woche von Mittwoch bis Samstag jeden Morgen und Nachmittag zwei bis drei Stunden zu verkaufen. Andererseits aber nehmen wir diese Belastung gern in Kauf, weil wir wissen, daß die weitere Verbreitung der KVZ sowohl den Kampf der Eschweger Bevölkerung vorantreiben sowie auch unsere eigenen Reihen verstärken wird.

Nachdem wir bisher die 100 KVZ in der Stadt meist durch Ansprechen der an uns vorüberziehenden Menschen verkauften, danach teilweise "KVZ-Sandwiches" trugen, beschlossen wir am Samstag, 15.6., erstmals, unsere Stellwände ausschließlich für den KVZ-Verkauf zu benutzen. Bisher hatten wir sie nur bei aktuellen Anlässen aufgestellt. Wir klebten wichtige und interessante Artikel der KVZ darauf und begaben uns dann in die Stadt.
Viele Leute blieben stehen, lasen einzelne Artikel, kauften sich anschließend die KVZ und diskutierten mit uns. Das Ergebnis war, daß wir innerhalb von drei Stunden knapp 50 KVZ verkauft hatten. Dazu haben wir sonst immer drei Tage lang in der Stadt gestanden.

Dieser hervorragende Verkauf hat uns gezeigt, daß man selbst mit zwei Genossen ziemlich viel anfangen kann. Wir werden jetzt in Eschwege jeden KVZ-Verkauf mit Stellwänden organisieren, sie sind ein viel besseres Mittel, um die Aufmerksamkeit zu erregen, als wir es uns hätten träumen lassen. Wir werden diese Stellwände jetzt auch Mittwoch, Donnerstag und Freitag morgens und nachmittags in der Stadt aufstellen und hoffen, dadurch den KVZ-Verkauf noch wesentlich weiter zu steigern.
Ich habe diese Korrespondenz geschrieben, um zu zeigen, daß es auch mit ganz wenigen Kräften gelingen kann, eine kommunistische Arbeit aufzubauen, wobei der KVZ-Verkauf natürlich nur ein Teil dieser Arbeit ist, und damit sich andere Genossen, die unter ähnlichen Umständen wie wir arbeiten müssen, überlegen, ob es sich nicht lohnt, größte Anstrengungen und Belastungen auf sich zu nehmen, um auch mit Hilfe der KVZ das Volk für die soziale Revolution zu gewinnen.

–R.K., Eschwege–

DER STAND BLEIBT STEHEN

Worms. Beim Verkauf der KVZ verwenden wir immer eine Stelltafel, um die Menschen über die wichtigsten Themen zu informieren. Diese Tafel stellen wir auf einen breiten und belebten Fußgängerweg. Beim letzten Verkauf forderte uns ein Mann vom Amt für öffentliche Ordnung auf, den Stand zu entfernen. "Er ist nicht genehmigt und stört die öffentliche Ordnung", war die Begründung. Als Bitten nichts nützten, drohte er mit der Polizei. Wir ließen aber den Stand stehen. Nach etwa einer Stunde kam der Beamte in Begleitung zweier Polizisten wieder, die den Stand beschlagnahmen sollten.
Wir wendeten uns sofort an die Bevölkerung und riefen laut: "Hier soll die Meinungsfreiheit unterdrückt werden. Die Straßen und Plätze werden vom Volk mit seinen Steuern bezahlt. Aber das Volk hat nicht das Recht, sich auf diesen Plätzen zu informieren."
50 bis 60 Menschen hatten sich inzwischen versammelt. Viele stimmten uns zu. "Das ist richtig, daß der Stand hier steht." "Wir wollen doch nicht wieder Zustände wie beim Adolf."
Wir führten dann eine Abstimmung durch, ob die Tafel stehen bleiben soll. Zuerst meldeten sich nur ein paar Leute und die Polizisten hatten Oberwasser. Es reckten sich aber immer mehr Arme. Rufe, gegen die Polizisten: "Die haben ja nichts zu schaffen!" Da mußten die "Ordnungshüter" belämmert abziehen. Sie murmelten noch etwas von "Verstärkung holen", bevor sie abzogen. Da sagten einige Arbeiter: "Wir bleiben da, bis die wiederkommen." Die Polizei ließ sich jedoch nicht mehr blicken.
An diesem Ereignis zeigt sich deutlich, wie stark das demokratische Bewußtsein im Volk vorhanden ist und wie das Volk für seine Rechte eintritt.

KBW-Sympathisanten Worms

Schinderei im Jugendstrafvollzug

Bremen/Blockland. Ich bin seit ungefähr sechs Monaten wegen einer Reihe von Eigentumsdelikten Untersuchungsgefangener in der Jugendstrafanstalt Bremen Blockland. Zwei Wochen vor meiner Haftzeit habe ich auch gesessen für Hausfriedensbruch, Nötigung und Beleidigung im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die politischen Schul-Rausschmisse von einigen Genossen und fortschrittlichen Schülern in Bremen im März 1973.

Was an unserem Strafvollzug fortschrittlich sein soll, habe ich bis heute noch nicht herausgefunden. Wie auch in anderen Jugendstrafvollzugsanstalten ist eine pädagogische und psychologische Betreuung der Jugendlichen nicht gegeben. Auf rund 200 Jugendliche kommt ein Psychologe, der gleichzeitig stellvertretender Anstaltsleiter ist und so keine Zeit für psychotherapeutische Arbeit hat und auch in dem Widerspruch steht, als Anstaltsleiter Strafen zu verteilen (14 Tage "Bunker", d. h.: Bett ohne Matratze, warmes Essen und Spaziergang nur alle 3 Tage, zu lesen nur die Bibel), von denen er als Psychologe weiß, daß sie den Jugendlichen nicht helfen, sondern schaden. Die Sozialarbeiter, die bei uns arbeiten, sind so mit bürokratischen Dingen überlastet, daß sie auch nur selten dazu kommen, sich mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen, wobei das Einzelgespräch natürlich noch viel seltener ist, als ein Gruppenabend, der vielleicht einmal pro Woche stattfindet, obwohl ein Einzelgespräch dem Jugendlichen viel mehr nützt, als ein Gruppenabend, an dem nur Musik gespielt wird.

Man sieht also, daß in sozialer Hinsicht für die Jugendlichen nichts getan wird, vielmehr wird es den Vollzugsbeamten überlassen, die Jugendlichen zu "erziehen". Damit sind diese, auch wenn sie sich Mühe geben, was vielen nicht abzusprechen ist, völlig überfordert, da sie überhaupt nicht für diese Aufgabe ausgebildet sind und daher resignieren, wenn sie mit uns nicht klar kommen, was wirklich nicht leicht ist, denn die meisten von uns kommen aus Erziehungsheimen oder zerrütteten Familienverhältnissen. Was dabei dann herauskommt, ist, daß der Jugendliche zu einer oberflächlichen Ordnung, zu Sauberkeit, "Höflichkeit" und Gehorsam gezwungen wird. Wer nicht lernt, sich genug zu kuschen und anzupassen, landet im Bunker, ihm wird die Untersuchungshaftzeit nicht auf die Gesamtstrafzeit angerechnet oder seine Haftzeit verlängert sich, wenn er eine Strafe auf unbestimmte Zeit z. B. 2 bis 4 Jahre bekommen hat.

Die Arbeit und Arbeitsentlohnung ist wie folgendermaßen geregelt: Jede Arbeit ist eingeteilt in Leistungsstufen, jeder Jugendliche muß dabei eine der Stufe 3 oder 4 entsprechende Leistung erbringen, sonst hat er weder Fernsehen noch Umschluß (d. h. zusammen mit anderen Jugendlichen auf einer Zelle eingeschlossen zu werden, um sich unterhalten zu können) und auch sonst keine "Vergünstigungen". Für diese Arbeitsleistung bekommt er 2,20 DM oder 2,60 DM, also im Monat 44 DM oder 52 DM im Durchschnitt. Davon kann der Jugendliche die Hälfte zum Einkauf nützen, die andere Hälfte behält der Staat bis zur Entlassung (unverzinst) und kann damit machen, was er will, um sie dann als Startkapital auszuzahlen. Die Jugendlichen, die mehr arbeiten als die Stufe 3 oder 4, bekommen die zusätzliche Arbeitsleistung als "Prämie" ausgezahlt, die sie voll zum Einkauf nutzen können. So werden die Jugendlichen, von denen viele noch keine 18 Jahre alt, sondern noch unter 16 Jahren alt sind, zur Akkordarbeit gebracht. Wenn dieser Akkord nicht gemacht wird, kommt hin und wieder der Arbeitsminister und teilt einem mit, daß man mehr arbeiten soll. Kommt man der Aufforderung nicht nach, muß man damit rechnen, daß man einen schlechten Arbeitsbericht hat, was dann u. a. den Ausschlag dafür gibt, ob Urlaub oder Ausführungen gewährt werden.

An dieser Situation erkennen wir auch deutlich, daß dieser Staat sich einen Dreck darum schert, was im Jugendarbeitsschutzgesetz steht, wenn die Jugend nicht die Möglichkeit hat, sich gegen dessen Überschreitungen zu wehren. Es geht dem Staat eben nur darum, den Kapitalisten möglichst hohe Profite zu sichern und für eine ruhige Arbeiterklasse zu sorgen, die sich nicht wehren kann. Die Almosen, die wir bekommen, sind nur ein Teil des Geldes, das die Kapitalisten, für die wir arbeiten, der Jugendstrafvollzugsanstalt für unsere Arbeit geben. Die Spanne zwischen dem Arbeitslohn und den Almosen, kassiert der Staat. (Dabei werden wir wohlweislich auch von jeglicher Information über die Höhe des Arbeitslohnes, den die Kapitalisten an die Jugendstrafvollzugsanstalt zahlen und dessen Verwendungszweck, im unklaren gelassen.)
Die Kapitalisten bezahlen dabei die Jugendstrafvollzugsanstalt nach der Stückzahl der von uns angefertigten Waren. Je mehr wir also am Tag schaffen, desto mehr scheffelt auch der Staat in seine Kassen, die die Arbeiterklasse durch ihre Steuern und ihre Arbeit füllen.

K.F.,Bremen

Mitglied bei CDU und SPD

BAUUNTERNEHMER ZAHLTE IN DIE KASSEN BEIDER PARTEIEN

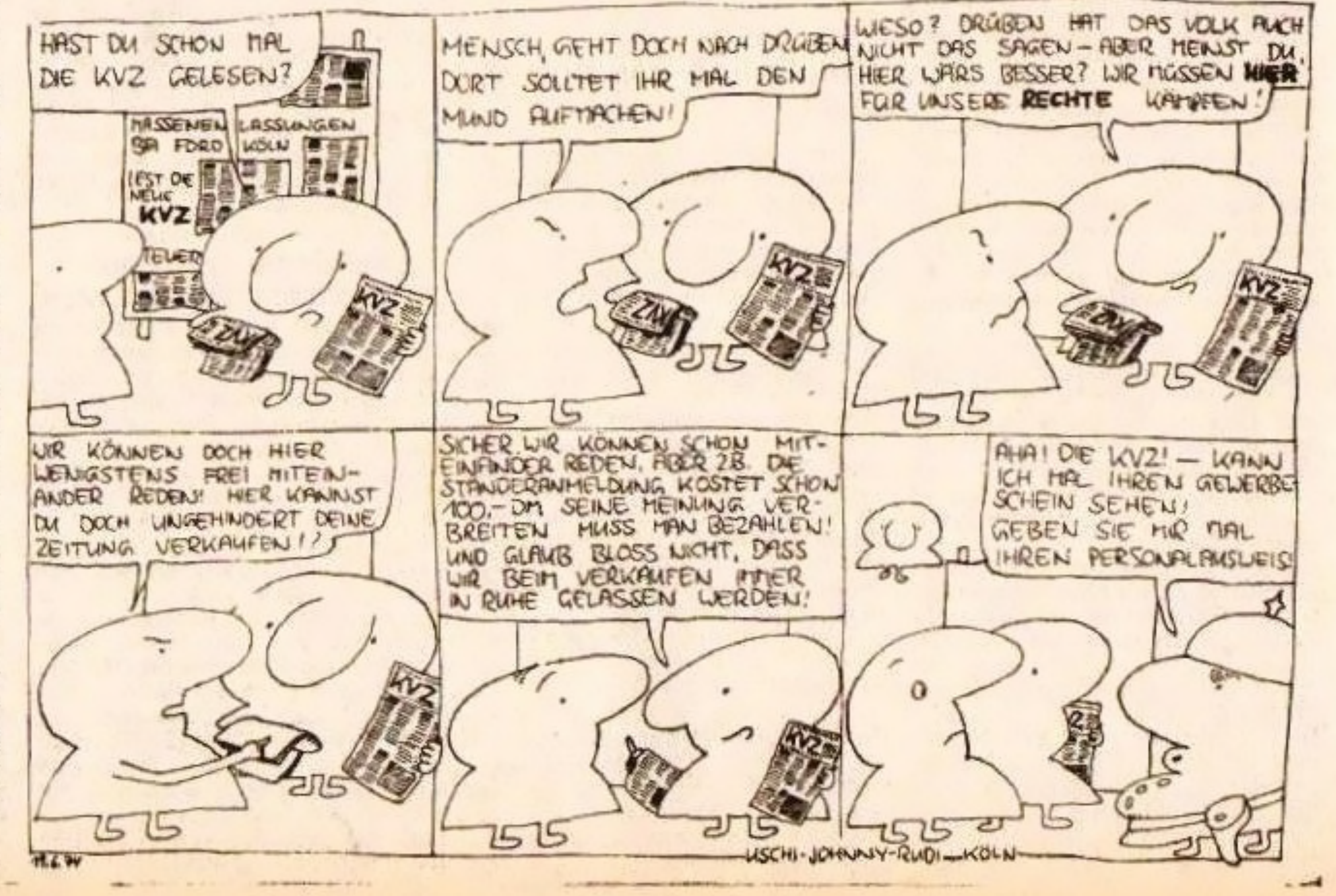
"Ich kann nur sagen, daß ich der SPD aus wirtschaftlichen Gründen beigetreten bin."
Ein beispielhafter Vorfall, der ein deutliches Licht auf die bürgerlichen Parteien wirft, ereignete sich wenige Tage vor den Landtagswahlen im niedersächsischen Landkreis Wesermünde. Dort kandidierte nämlich der Bauunternehmer Herbert Eichholz für die CDU auf Platz vier des Ortsrates Wehdel. Der Kreisvorsitzende der CDU Wesermünde, Klaus Döhner, erklärte, "daß sich Eichholz persönlich sehr um eine Kandidatur auf der Liste der CDU für den Ortsrat Wehdel bemüht hatte" (Wolfsburger Nachrichten). Doch dieser Eichholz bemühte sich nicht nur bei der CDU.

Neben seinem jahrelangen Mitgliedsbeitrag für die CDU begann er von 1969 an auch über eine Deckadresse in die Kasse der Bremerhavener SPD-Ortsgruppe Gestemünde-Süd Grünhöfe, seinen Beitrag zu entrichten. Doch ein paar Tage vor den Wahlen in Niedersachsen flog das Ganze auf. SPD und CDU reagierten sofort mit Ausschluß, bevor Eichholz selbst austreten konnte, um "ihnen keine Schwierigkeiten zu bereiten". Der größte Witz bei der ganzen Sache war dann, daß Eichholz nicht mehr von der CDU-Liste gestrichen werden konnte, also am 9.Juni für den Ortsrat Wehdel kandidierte. Für seine Doppelmitgliedschaft gab übrigens Eichholz eine für einen Bauunternehmer keinesfalls verwunderliche Antwort. *"Ich kann nur sagen, daß ich der SPD aus wirtschaftlichen Gründen beigetreten bin."*

H.B., OG Wolfsburg/Gifhorn

"LÄNGERFRISTIGE ENTLEIHUNG" DER HOLZER–BÜCHER

Dem Berufsverbot des bayrischen Kultusministeriums gegenüber Professor Horst Holzer in München folgte inzwischen offensichtlich ein Bücherverbot.
Die Bücher Holzers sind auf Anweisung des Kultusministeriums inzwischen aus der Bibliothek entfernt worden, ebenso wie die Karteikarten dieser Bücher im Bibliothekskatalog. Das Kultusministerium behauptet, es habe sich die Bücher nur "längerfristig entliehen", um sie für den Prozeß zwischen Holzer und dem Land Bayern auszuwerten. (FR, 20.6.74) Klar wird daraus auf jeden Fall, daß es sich hier um einen Gesinnungsprozeß handelt, denn wozu sollte sonst die Auswertung dieser Bücher gut sein?



Legaler Schwangerschafts-Abbruch: Ein langer und erniedrigender Weg

Das Bundesverfassungsgericht hat auf Antrag zweier CDU-Landesregierungen eine einstweilige Anordnung gegen das Inkrafttreten der Fristenlösung erlassen. Die bürgerlichen Parteien wollen also ihr Ränkespiel um die Reform des § 218 weitertreiben. Wie wenig selbst die Fristenlösung die Bevormundung und Demütigung durch Staat und Ärztestand aufheben wird, das mag man ermessen an dem folgenden Erfahrungsbericht. Denn auch die Fristenlösung liefert die Frauen kleinlichen Schikanen und willkürlichen Verzögerungen aus. Der Kampf für die völlige Abschaffung des § 218 muß weitergeführt werden, unabhängig welches Modell der staatlichen Bevormundung durch den § 218 aus dem Streit der bürgerlichen Parteien hervorgeht.

Der Schwangerschaftstest bei der Apotheke war positiv Es waren bereits zwei Wochen über die Zeit der Regel vergangen. Alles sprach dagegen, in meiner jetzigen Situation ein Kind zu bekommen. Deshalb war ich fest entschlossen, ein Kind auf keinen Fall auszutragen.

Es gab für mich drei verschiedene Möglichkeiten: einmal die, nach Holland zu fahren, dabei 300 DM und die Reise zu bezahlen und einige Urlaubstage nehmen zu müssen, die natürlich vom Jahresurlaub abgehen. Die zweite Möglichkeit war, zu einer Adresse in der BRD zu gehen, die Abtreibung illegal machen zu lassen, eine ähnliche oder noch höhere Summe zu bezahlen und außerdem weitgehend ohne ärztliche Nachkontrolle zu sein. Außerdem hätte ich dann gleich wieder arbeiten müssen.

Die dritte Möglichkeit war, eine legale Schwangerschaftsunterbrechung im Krankenhaus zu bekommen, bei der die Krankenkasse die Kosten trägt und man anschließend krankgeschrieben wird. Ich wollte die dritte Möglichkeit versuchen. Das hat aber viel Zeit, viele Tränen und große Erniedrigungen gekostet, bis es endlich so weit war.

Die erste Schwierigkeit ist, einen Arzt zu finden, der einen Antrag an die Ärztekammer stellt. Bei Dr.X hätte ich drei Wochen auf einen Termin warten müssen, obwohl ich meine Lage erläuterte. Bei Dr.Y habe ich, nach einem Vormittag im Wartezimmer, mir einen Vortrag über die Aufgaben eines Arztes anhören müssen, von "Leben retten" usw. Er könne mir nicht helfen, er wisse auch nicht, wer das macht, über diese Dinge unterhielten sich die Gynäkologen nicht miteinander.

Nach dem Tip einer Freundin hat es beim dritten Versuch geklappt. Ich hatte ein Gespräch mit diesem Arzt, wo es natürlich darauf ankommt, die Situation so schwarz wie möglich auszumalen, daß man im nächsten Moment aus dem Fenster springen würde, oder der Erzeuger entweder verheiratet oder abgehauen sei

Der Arzt schrieb dann einen Antrag auf psychische Indikation. Dieser Antrag mußte zur Ärztekammer. Um den Postweg zu sparen, habe ich den Brief mit dem Antrag selbst gleich hingebracht. Nun mußte ein Termin bei zwei Psychiatern bestellt werden. Das hat bei mir eine Woche gedauert. Sie bekommen die Unterlagen von der Ärztekammer zugeschickt. Die Psychiater bestätigten nicht die psychische Indikation, sondern erkannten auf soziale Indikation, die es aber nach dem immer noch geltenden Gesetz gar nicht gibt. Die letzte Entscheidung hat aber in jedem Fall die Ärztekammer, die dem Antrag dann stattgab.

Von der Ärztekammer gehen die Unterlagen dann wieder zum ersten Arzt, der dann eine Überweisung ins Krankenhaus ausstellen kann.

Im Krankenhaus mußte ich also einen OP-Termin haben. Was man da zu hören bekommen kann, könnte den Stärksten zum Heulen bringen. Obwohl ich Anträge auf eine legale Schwangerschaftsunterbrechung von einem Arzt und von zwei Psychiatern hatte und die Ärztekammer ihre Zustimmung gegeben hatte, hat man mir kühl klar gemacht, es sei ziemlich schwer, jemanden zu finden, der Kinder töten will. Die Ärzte sind also nicht verpflichtet, eine Schwangerschaftsunterbrechung durchzuführen. Bevor der Arzt im Krankenhaus wußte, worum es sich handelte, war er nett und freundlich. Als er aber hörte, daß es um eine Schwangerschaftsunterbrechung ging, war er völlig verändert und wurde unverschämt und ironisch. Er hat in Frage gestellt, daß ich überhaupt schwanger sei. Es hat noch eine Woche gedauert, bis ich endlich einen OP-Termin bekam, und als ich endlich ins Krankenhaus kam, war ich bereits in der 10. bis 11. Woche.

Ich habe schon sehr früh festgestellt, daß ich schwanger war. Viele Frauen stellen eine eventuelle Schwangerschaft aber erst später fest. Man kann sich also vorstellen, daß unter den Bedingungen der Fristenregelung, wo einerseits die Ärzte verpflichtet sind, von einer Abtreibung abzuraten und sich andererseits Ärzte und Schwestern weigern können, den Eingriff durchzuführen, eine Frau sehr leicht über die 12-Wochen-Grenze hinauskommen kann, ehe sie Ärzte und ein Krankenhaus gefunden hat. Ist sie über die Frist hinaus, muß sie wieder auf die illegalen Möglichkeiten zurückgreifen. Deshalb ist die einzig richtige Lösung und Forderung die völlige Abschaffung des § 218!

I.K.

Faschisten raus aus Koblenz!

CDU-STADTVERWALTUNG GREIFT DER NPD UNTER DIE ARME

Gegen das Auftreten des Faschisten Mussgnug, Vorsitzender der NPD, demonstrierten ca. 100 Menschen am 11. Juni durch Koblenz zur Rhein-Mosel-Halle, wo Mussgnug sprach. Dort fand eine Abschlußkundgebung statt. Aufgerufen hatte das "Aktionskomitee Faschisten raus aus Koblenz".

Vor der Rhein-Mosel-Halle hatte sich ein großes Polizeiaufgebot eingefunden, um die Faschisten zu schützen. Mindestens zwei Hundertschaften standen bereit und vor der Rhein-Mosel-Halle wurden die Demonstranten von der Polizei mit einer Hundestaffel empfangen. Die kläffenden Köter sollten die Antifaschisten einschüchtern. Auf dem nahegelegenen Gelände des III. Korps der Bundeswehr waren zwei Wasserwerfer aufgefahren. So hatte die Polizei sich gut darauf vorbereitet, die Faschisten zu schützen.



Dies ist nicht das einzige Beispiel, in dem die CDU-Stadtverwaltung den Faschisten schützend unter die Arme greift. So wird der NPD beispielsweise erlaubt, auf der Löhrstraße (Fußgängerzone) Informationsstände aufzubauen und Megaphone zu benutzen. Gleichzeitig versucht die Stadtverwaltung aber fortschrittlichen Organisationen das Aufstellen von Informationsständen zu untersagen und den Verkauf der "Kommunistischen Volkszeitung" zu unterdrücken.

Deshalb waren die Forderungen des Aktionskomitees:

Faschisten raus aus Koblenz!

Schluß mit der Unterstützung der Faschisten durch die Koblenzer Stadtverwaltung.

–W.S., Koblenz–

›Die Schmerzen sind Einbildung‹
KARRIERE- UND GEWINNSUCHT DER ÄRZTE
Ich will jetzt endlich einmal an die Öffentlichkeit bringen, wie ich besonders diese Auswirkung des Kapitalismus am eigenen Leib verspürt habe. Es war letzten September. Die Krankheit kündigte sich durch Erbrechen, Fieber und einem körperlichen Unwohlsein an. Dr.Schadt, aus Worms-Herrnsheim, überwies mich ins Krankenhaus: Blinddarmentzündung. Nachdem ich nach einer Woche endlich von Dr.Schivanovits, einem Chi-
ein Krankenhaus zu überweisen. Durch Drohungen wurde ein Krankenhausaufenthalt erzwungen. Diagnose: Akute Bauchspeicheldrüsenentzündung. Sterblichkeitsquote: 50 %. Nach knapp drei Wochen, es war inzwischen Januar, wurde ich entlassen. Heute ist die Entzündung chronisch und ich muß auf unabsehbare Zeit Diät einhalten. Während meiner Krankheit staute sich gegen die Ärzte ein unbändiger
Die Pravda und der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt
Das Zentralorgan der revisionistischen KPdSU berichtete über den Kampf der Frankfurter Bevölkerung gegen die Fahrpreiserhöhungen und gegen die volksfeindliche Politik des Magistrats in einer Art und Weise, wie man sie auch in den hiesigen bürgerlichen Blättern findet:
Bonn, 2.5. (Eigener Korrespondent von "Pravda"). Schon seit einigen Tagen wurde im Zentrum von Frankfurt a. Main das normale Leben paraly-



Dies ist nicht das einzige Beispiel, in dem die CDU-Stadtverwaltung den Faschisten schützend unter die Arme greift. So wird der NPD beispielsweise erlaubt, auf der Löhrstraße (Fußgängerzone) Informationsstände aufzubauen und Megaphone zu benutzen. Gleichzeitig versucht die Stadtverwaltung aber fortschrittlichen Organisationen das Aufstellen von Informationsständen zu untersagen und den Verkauf der "Kommunistischen Volkszeitung" zu unterdrücken.
Deshalb waren die Forderungen des Aktionskomitees:
Faschisten raus aus Koblenz!
Schluß mit der Unterstützung der Faschisten durch die Koblenzer Stadtverwaltung.
–W.S., Koblenz–

›Die Schmerzen sind Einbildung‹

KARRIERE- UND GEWINNSUCHT DER ÄRZTE

Ich will jetzt endlich einmal an die Öffentlichkeit bringen, wie ich besonders diese Auswirkung des Kapitalismus am eigenen Leib verspürt habe. Es war letzten September. Die Krankheit kündigte sich durch Erbrechen, Fieber und einem körperlichen Unwohlsein an. Dr.Schadt, aus Worms-Herrnsheim, überwies mich ins Krankenhaus: Blinddarmentzündung. Nachdem ich nach einer Woche endlich von Dr.Schivanovits, einem Chirurgen des Wormser Martinstifts, operiert wurde, ging es mir noch nicht besser und nach einer weiteren Woche wurde ich entlassen. Von Tag zu Tag ging es mir schlechter. Dr.Schivanovits und Dr.Schadt kamen zu dem Entschluß, daß ich anstatt einem schmerzstillenden Mittel Nerventabletten benötige, daß ich arbeiten gehen könne, denn die Schmerzen seien nur Einbildung. Ich wußte nicht mehr ein noch aus. Die Schmerzen wurden unerträglich. Die Aussichtslosigkeit machte mich bald wahnsinnig. Meine ganze Hoffnung setzte ich in zwei Heilpraktiker aus Worms, die ich natürlich aus eigener Tasche bezahlen mußte. Der eine, Carl Remaut, behauptete, ich sei nierenkrank. Der andere, Dr.Unrath meinte, die Schmerzen seien nur psychisch bedingt. (Als er sich nach meinem Privatleben erkundigte und erfuhr, daß ich von meinem Mann getrennt lebte, war das für ihn natürlich Wasser auf die Mühle.) Ich solle meine Weltanschauung ändern, dann würde ich keine Schmerzen mehr verspüren. Ein selbstgeschriebenes Buch "Neurose eine Volksseuche und ihre Heilung" solle mir dabei helfen.

Als ich fast kaum noch meine Glieder bewegen, kaum mehr sprechen konnte, weigerte sich Dr.Schadt, mich in ein Krankenhaus zu überweisen. Durch Drohungen wurde ein Krankenhausaufenthalt erzwungen. Diagnose: Akute Bauchspeicheldrüsenentzündung. Sterblichkeitsquote: 50 %. Nach knapp drei Wochen, es war inzwischen Januar, wurde ich entlassen. Heute ist die Entzündung chronisch und ich muß auf unabsehbare Zeit Diät einhalten.

Während meiner Krankheit staute sich gegen die Ärzte ein unbändiger Haß in mir. Jetzt, nachdem ich ein wenig Abstand gewonnen habe, ist mir wieder bewußt, daß die Ärzte, außer Karriere- und Gewinnsucht, keine selbständigen Interessen haben. Sie fungieren als Agenten der Bourgeoisie. Das heißt: Der Hauptstoß muß gegen ihren "geschäftsführenden Ausschuß", den bürgerlichen Staat gerichtet werden.

Im sozialistischen China arbeiten seit der Befreiung die Ärzte nach der Weisung des Vorsitzenden Mao Tse-tung. "Die Medizin muß den breiten Volksmassen dienen, zu diesem Zweck müssen traditionelle und moderne Medizin vereint werden."

Weil die Interessen der Patienten ihre eigenen sind, durchbrechen die Ärzte immer entschlossener die "objektiven Schranken" der Medizin und erringen immer neue Siege. Ihre Erfolge sind Produkt des gemeinsamen Klassenkampfes. Es ist der Sieg einer sozialistischen, befreiten Medizin im Dienst des ganzen Volkes über die bürgerliche, ideologisch gefesselte Medizin im Dienste des Kapitals. Die sozialistische Revolution wird auch bei uns die Medizin von ihren Fesseln befreien. Es wird eine neue Medizin entstehen, die alles Wissen in den Dienst der Gesundheit des Volkes stellt.

R.S., Osthofen

Die Pravda und der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt

Das Zentralorgan der revisionistischen KPdSU berichtete über den Kampf der Frankfurter Bevölkerung gegen die Fahrpreiserhöhungen und gegen die volksfeindliche Politik des Magistrats in einer Art und Weise, wie man sie auch in den hiesigen bürgerlichen Blättern findet:

Bonn, 2.5. (Eigener Korrespondent von "Pravda"). Schon seit einigen Tagen wurde im Zentrum von Frankfurt a. Main das normale Leben paralysiert.

Neulich schrieb "Frankfurter Rundschau" "im Stadtzentrum wurde erneut eine Straßenschlacht zwischen der Polizei und ungefähr 3 000 Demonstranten, die Straßenbahnschienen zu blockieren versuchten, geliefert".

Es gibt Verletzte. Etwa 100 Teilnehmer dieser Zusammenstösse wurden verhaftet.

Als formeller Anlaß zu den Ereignissen in Frankfurt diente die erhebliche Erhöhung der Tarife im Stadttransport. Sie ruft eine verständliche Unzufriedenheit der Bevölkerung hervor. Jedoch wurde diese Tariferhöhung von den verschiedenen anarchistischen Elementen, darunter trotzkistische, maoistische Grüppchen ausgenutzt. Sie versuchten, den Protest in rowdyhafte Unordnung umzuwandeln, die mit den Interessen der Bevölkerung und dem Kampf gegen die Tariferhöhung nicht im geringsten etwas zu tun hat.

Der Sprecher der Bezirksorganisation der DKP in Frankfurt a. Main, R.Maurer, äußerte sich, daß "trotz der gerechten Empörung gegen die Erhöhungen der Transporttarife die Versuche der Blockade der Transportarbeit und die Suche nach der Konfrontation mit der Polizei um jeden Preis sinnlos und abenteuerlich sind. Die Sperrungen der Straßenbahnschienen können keine Massensolidarität ersetzen. Die Transportprobleme in Frankfurt können weder mit dem Polizeiknüppel noch mit den abenteuerlichen Tätigkeiten gelöst werden."

Um sie aufzulösen, schlägt die DKP eine Reihe von sofortigen konstruktiven Maßnahmen vor, einschließlich der Senkung der Fahrtkosten.

E.Grigor'jev

Wieder lieferbar:

Politischer Bericht des Zentralen Komitees des KBW an die 1. ordentliche Delegiertenkonferenz.

Bestellung an: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29

»Glaube und Lehre«

KIRCHE GEGEN PASTORIN EDDA GROTH

In einer Konfirmationspredigt im Februar dieses Jahres hatte die Pastorin Edda Groth von Hamburg-Bramfeld mit dem Satz geendet, daß "Mao mit allem, was er für und mit dem chinesischen Volk getan hat, Gott näher als alle Päpste und Bischöfe der letzten 1 000 Jahre zusammen" stehe.

Aber die Kirche kann es nicht zulassen, daß eine Pastorin für die Interessen des Volkes eintritt und frei ihre Meinung sagt. Sofort leitete die Kirchenleitung eine Untersuchung ein, um diese Predigt auf "Glaube und Lehre" hin untersuchen zu lassen.

Die Aufforderung ihres Kirchenvorgesetzten, sich dazu zu äußern, ob sie mit kommunistischen Gruppen zusammenarbeite, beantwortete die Pastorin mit einem offenen Brief , in dem sie die Kirche auch aufforderte, "vor der Öffentlichkeit der Gemeinde in Hamburg-Bramfeld eine Auseinandersetzung zu diesen Fragen" zu führen.

Weiter wurde ihr angelastet, einen Kollegen einen "Handlanger des Kapitalismus" genannt zu haben. Dazu stellte Edda Groth, die im übrigen diesen Vorwurf keinem Kollegen gemacht hatte, fest: "Ich freue mich, daß es Kollegen gibt, die nicht Handlanger des Kapitalismus genannt zu werden wünschen. Zeigt dies doch, daß sie es – ganz richtig – nicht zu ihrer Ehre rechnen, eine solche Funktion auszuüben".

Erneute Flugblatt-Fälschung

WER SIND DIE URHEBER: VERFASSUNGSSCHUTZ ODER DKP?

Von verschiedenen Genossen sind wir auf ein Flugblatt aufmerksam gemacht worden, in dem unter dem Namen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland gegen die Volksrepublik China gehetzt wird. Dies ist bereits der zweite Fall einer Fälschung dieser Art, der uns bekanntgeworden ist. In KVZ Nr. 7/73 haben wir die erste Fälschung abgedruckt und entlarvt. Die neue Fälschung ist auf der gleichen Schreibmaschine hergestellt worden und gleich aufgemacht.

Die Einstellung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zur Volksrepublik China ist so bekannt und die Fälschung ist so plump, daß sie nicht viel Schaden anrichten kann. Die Frage ist, wer hinter diesen Fälschungen steckt. Sie ist nicht leicht zu beantworten. Zwei Möglichkeiten kommen in Frage: Entweder die Fälschung kommt vom Verfassungsschutz, bzw. einem anderen "Nachrichten"-Dienst, oder sie kommt von der DKP. Welche der beiden Möglichkeiten zutrifft, ist vorläufig nicht festzustellen.

Daß man nicht sicher sagen kann, daß der Verfassungsschutz dahintersteckt, liegt daran, daß die Methoden der DKP in ihrem Kampf gegen die Marxisten-Leninisten sich vielfach nicht von denen des Verfassungsschutzes unterscheiden. So hat zum Beispiel die DKP, laut Aussage eines Darmstädter CDU-Stadtrates und laut anerkennendem Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein KBW-Mitglied beim Stadtrat denunziert, um seine Entlassung herbeizuführen. Diese Aussagen sind von der DKP nicht dementiert worden, obwohl sie in großer Aufmachung in der FAZ vom 4. Juni veröffentlicht worden sind. Wer denunziert, fälscht auch Flugblätter.

Wer immer hinter den Fälschungen stecken mag, sie werden nichts nützen.

Immer weniger Menschen glauben den Lügen über die Volksrepublik China und erst recht glaubt niemand, daß der Kommunistische Bund Westdeutschland solche Lügen verbreitet.

Abschließend möchten wir den Genossen vom KABD und von der Ortsgruppe Frankfurt der KPD/ML (Roter Morgen) danken, die uns sofort auf diese üble Fälschung aufmerksam gemacht haben.

Joscha Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitees
des Kommunistischen Bundes
Westdeutschland

SPENDENLISTE VOM 23.5. BIS 12.6.1974

KHG-Zelle Volkswirtschaft, Freiburg	500,– DM	K.-D. Sch., Grünberg	100,– DM
E.W., Göttingen	30,– DM	Basisgruppe Zweiter Bildungsweg Neuss	50,– DM
H.V. R., Düsseldorf	15,– DM	G.R., Heidelberg	2 000,– DM
C.-M. K., Stuttgart	100,– DM	Sympathisantengruppe Konstanz	90,– DM
OAG Delmenhorst	80,– DM	Sympathisantengruppe Friedrichshafen	180,– DM
G.W., Bremen	45,– DM	E.H., Münster	1 000,– DM
KSB-Zelle Chemie, Göttingen	500,– DM	KHG-Zelle Politologie Heidelberg	600,– DM
H.W., Heidelberg	50,– DM	A.St., Herne	33,– DM
Rote Liste Sozialwesen, Münster	20,– DM	Spende der Maikäfer aus Göttingen	70,– DM
L.A., Bremen	500,– DM	M.Z., Bochum	200,– DM
Spendensammlung Büchertisch Gießen	120,– DM		
G.B., Heidelberg	500,– DM		
Tutor Entwicklungspsychologie Heidelberg	250,– DM		

Bourgeoisie will die Hochschulen in den Griff bekommen

MIT DER VERABSCHIEDUNG DES HOCHSCHULRAHMENGESETZES SOLL DIE POLITISCHE BETÄTIGUNGSFREIHEIT AN DEN HOCHSCHULEN EINGEENGT WERDEN

Das Ausbildungswesen in der Bundesrepublik ist gespalten. Mehr als 80 % der Jugendlichen müssen sich nach dem Abschluß der Haupt- und Realschule einen Lehrherren suchen. Sie können eine Berufsausbildung nur erhalten, wenn sie als Lehrlinge für die Kapitalisten in ihren Fabriken, Banken und Kaufhäusern arbeiten. Weniger als ein Fünftel der Jugendlichen sind von diesem Schicksal ausgenommen. Sie werden in der Regel bereits im Alter von 10 bis 11 Jahren von der Masse der Jugendlichen abgesondert und erwerben durch den Besuch der Oberschulen und das Abitur das Recht, an den Hochschulen zu studieren. Diese Spaltung des Ausbildungswesens entspricht den Interessen der Kapitalisten. Eine begrenzte Anzahl von in besonderen Schulen ausgebildeten Funktionären brauchen sie, um ihre Ausbeuterordnung aufrechterhalten zu können, während die ausgebeuteten Massen verdummt und unwissend existieren sollen. Die Schüler und Studenten sehen sich deshalb von Seiten des kapitalistischen Staates auf allen Stufen und in allen Zweigen dieses Ausbildungswesens einem System ständiger Auslese gegenüber, indem aus der Masse der Auszubildenden eine politisch zuverlässige und staatstreue Elite herausgesiebt wird. Sie besteht natürlich in erster Linie aus dem Nachwuchs der Kapitalisten und ihrer hochdotierten Funktionäre selber. Aber weil dessen Zahl begrenzt ist und nicht ausreicht, muß auch eine geringe Zahl der Kinder von Arbeitern und unteren Angestellten im Sieb bleiben, die auf den Ober- und Hochschulen für die Zwecke der Kapitalisten vorbereitet werden.

Schon in der letzten KVZ berichteten wir darüber, wie es in einem Teil dieses Ausbildungswesens aussieht: Tausende von Jugendlichen, die in diesem Jahr die Haupt- und Realschulen verlassen, werden keine Ausbildungsplätze mehr erhalten. Auch das Abitur ist inzwischen nicht mehr das, was es einmal war: eine sichere Platzkarte für eine Minderheit unter den Jugendlichen für eine Karriere im Leitungsstab der Kapitalisten in ihren Fabriken, Banken und Kaufhäusern und in ihrem Staatsapparat. Bereits jetzt steht fest, daß von den Zehntausenden von Abiturienten, die in diesen Wochen die Oberschulen verlassen, nur ein kleiner Teil das Studium in dem von ihm beabsichtigten Fach an der Hochschule aufnehmen kann. Die meisten müssen sich um die zahlreichen Zulassungssperren zu und an den Hochschulen herumlavieren, um schließlich dort zu landen, wo noch ein Platz frei ist. Für mehr als 13 Fächer besteht an allen westdeutschen Hochschulen ein Numerus Clausus. Über 40 000 Studenten wurden im vergangenen Jahr von der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze in diesen Fächern abgewiesen. An jeder Hochschule besteht darüberhinaus eine Zulassungsbeschränkung in einer ganzen Reihe weiterer Fächer und wer keine guten Zeugnisse hat, der braucht eine Bewerbung in all diesen Fächern erst gar nicht zu versuchen.

Der neue Bildungsminister Rhode hat die Versuche der Bundesregierung für gescheitert erklärt, auf die katastrophale Lage im Berufsausbildungswesen, das direkt in den Händen der Kapitalisten liegt, Einfluß zu nehmen. Dagegen will die Bundesregierung noch vor dem Sommerurlaub des Parlaments ein Gesetz verabschieden, das an den Hochschulen für Ruhe und Ordnung sorgen soll. Seit mehr als 4 Jahren streiten sich die bürgerlichen Parteien darüber, wie sie verhindern können, daß ihnen die Hochschule aus den Fugen gerät und wie am billigsten und wirksamsten erreicht werden kann, daß die Studenten an den Hochschulen das lernen, was sie als zukünftige Funktionäre der bürgerlichen Klasse anwenden sollen. Die wichtigste Eigenschaft, die von den Absolventen der Hochschule erwartet wird, ist die unbedingte Treue zu der herrschenden Ausbeuterordnung und dem bürgerlichen Staat. Dies hebt der Hochschulrahmengesetzentwurf hervor: die Hochschulausbildung soll "in anderer Weise als sonstige Bildungseinrichtungen" dafür sorgen, daß der Student "zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt wird". Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist sich die bürgerliche Klasse dieser Loyalität unter den Studenten nicht mehr sicher. Die im Gesetz vorgesehenen Maßregeln sind der Versuch der bürgerlichen Politiker, aus diesen Erfahrungen die Lehren zu ziehen und die aktive Parteinahme für die herrschenden Verhältnisse unter den Studenten zu sichern.

BÜROKRATISCHE SCHIKANE UND BEVORMUNDUNG WIRD VERSTÄRKT

Dies beginnt bereits mit der Zulassung zu den Hochschulen. Begründet wird sie damit, daß den Abiturnoten nur relative "Aussagefähigkeit für Studien- und Berufsleistungen" zukommen. In Zukunft sollen neben "sozialen Härtefällen" nur noch die besten Abiturienten direkt Zugang zur Hochschule finden. Darüberhinaus soll ein Studienplatz nur erhalten, wer sich bereits im beruflichen Leben bewährt hat, wer eine Sonderprüfung besteht oder wer in einem Verhör bzw. durch ein Gutachten der früheren Schule für geeignet befunden wird. Offensichtlich ist, daß nach dieser Regelung künftig nicht mehr jeder Abiturient an die Hochschule gelangen wird. Dadurch soll verhindert werden, daß die Zahl der Akademiker den Bedarf der Kapitalisten und ihres Staates übersteigt. Vor kurzem sagte der Stuttgarter Kultusminister Hahn, wenn die Entwicklung so weiter ginge, dann gäbe es 1980 doppelt soviele Akademiker wie gebraucht würden. Dies ist den Kapitalisten erstens zu teuer und zweitens fürchten sie die Unzufriedenheit unter den arbeitslosen Akademikern.

Zugleich ist das vorgesehene undurchschaubare und bürokratische Zulassungsverfahren eine weitere Station der Auslese, die die rebellischen und fortschrittlichen unter den ehemaligen Oberschülern gleich vor den Toren der Hochschule abfangen soll, während die Duckmäuser und ihrer zukünftigen Rolle ergebenen Studienbewerber die besten Aussichten haben.

Nach derartigen Plänen für den Hochschulzugang ist es nicht verwunderlich, daß die gleichen Maßstäbe und Kriterien auch in der vorgesehenen Organisation der Ausbildung und des Studiums in der Hochschule zum Ausdruck kommen. Die Entscheidung darüber, was an den Hochschulen gelernt werden soll, liegt künftig in den Händen staatlich eingesetzter Kommissionen. Aufteilung der Prüfung, die Einführung von Zwischenprüfungen und eine formalisierte regelmäßige Kontrolle während des Studiums sind vorgesehen. Ein ganzes System von schriftlichen und mündlichen Prüfungen, an denen zum Teil staatliche Vertreter teilnehmen, zielt auf ständige Überprüfung der politischen Gesinnung der Studenten und soll eine Situation schaffen, in der die Studenten keinen anderen Weg mehr sehen, als sich dem zu unterwerfen, was in diesen Verhören von ihnen verlangt wird. Hinzu kommt eine zeitliche Begrenzung der Studiendauer auf fast die Hälfte der gegenwärtig durchschnittlichen Studienzeit. Dies Bespitzelungs- und Überwachungssystem soll unter den Studenten den Widerstand gegen diese Ausbildung und ihren Zweck ersticken und ein sich dem Willen der bürgerlichen Klasse fügendes Studentenheer schaffen.

Auch dafür, daß die Herstellung solcher Verhältnisse unter den Studenten auf Widerstand trifft und Abwehr hervorruft, enthält der Gesetzesentwurf Maßregeln. Die Einführung eines Ordnungsrechts an allen Hochschulen ermöglicht ihre Säuberung von all denjenigen Studenten, die sich nicht zu einem Werkzeug der Kapitalisten gegen das Volk ausbilden lassen wollen. Durch eine Reihe von Bestimmungen wird die politische Betätigungsfreiheit an der Hochschule eingeschränkt. Der gewählten Vertretung der Studenten, den Allgemeinen Studentenausschüssen (AStA), wird das Recht bestritten, sich zu allen politischen Fragen zu äußern und dazu Beschlüsse in der Studentenschaft herbeizuführen.

ARBEITER UND KAPITALIST HABEN AUCH IN DER BILDUNGSPOLITIK GEGENSÄTZLICHE INTERESSEN

Wenn sich auch SPD und CDU über letzte Feinheiten dieses Hochschulgesetzes gegenwärtig noch nicht geeinigt haben, so lassen diese zentralen Punkte, über die sich alle bürgerlichen Politiker einig sind, am Charakter des Gesetzes keinen Zweifel. Es soll einen Rahmen schaffen, innerhalb dessen die Hochschulen ihrer Aufgabe der Ausbildung einer begrenzten Anzahl von Kadern der bürgerlichen Klasse auch bei Verschärfung des Klassenkampfes gerecht werden können. Bei Regierungsantritt hatte die SPD versprochen, ein in sich geschlossenes Bildungssystem zu schaffen, das der freien Entfaltung aller dienen sollte, in dem soziale Unterschiede unter den Jugendlichen keine Rolle mehr spielen würden und in dem jeder es zu etwas bringen könnte.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit jedoch, die bestimmt ist durch den Gegensatz der Kapitalisten und der Arbeiter und die Unversöhnlichkeit ihrer Interessen, läßt solchen Versprechen keinen Raum. Sie stellt diejenigen, die behaupten im Interesse der Ausgebeuteten und der Ausbeuter zu handeln, bloß und bringt ihren Betrug und ihre Heuchelei ans Tageslicht. Dieses ist ein gesetzmäßiger Zusammenhang und er besteht in allen politischen Fragen, auch in der Bildungspolitik. Die Ausbeuterklasse braucht ein Bildungswesen, das die Masse des Volkes verdummt und unwissend hält und zugleich eine zahlenmäßig kleine Elite dazu erzieht, der Bourgeoisie das Geschäft der Ausbeutung und Unterdrückung zu besorgen. Die Arbeiterklasse muß das Bildungswesen in den Dienst der Revolution und der Befreiung von der Ausbeutung stellen, sie muß es zu einem Werkzeug der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft machen.

Die Voraussetzung dafür ist der Sturz der Ausbeuterordnung und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Teil dieses Kampfes ist auch der Kampf für ein demokratisches Volksbildungswesen, in dem das Volk und nicht der bürgerliche Staat über die Erziehung seiner Kinder bestimmt.

Deshalb hat die Arbeiterklasse keinerlei Interesse daran, daß an den Schulen und Hochschulen das Regiment des bürgerlichen Staates unbestritten ist und daß es dort nach diesem Regiment zugeht. Wenn die Studenten sich gegen die Unterdrückung, bürokratische Schikane und Bevormundung, die ihnen das neue Gesetz bringt, zur Wehr setzen, so ist dies gut und gerecht und muß von den Arbeitern und vom ganzen Volke gegen den bürgerlichen Staat unterstützt werden. Denn Studenten, die sich diesem Regiment fügen und kuschen, solche Studenten werden sich wie die Burschenschaften im Faschismus in allen Fragen gegen das Volk und auf die Seite der Ausbeuter und Unterdrücker stellen. Studenten aber, die sich gegen die Verhältnisse an den Hochschulen auflehnen, solche Studenten kann die Arbeiterklasse auch für den Kampf für die Rechte des Volkes gewinnen und sie werden mutig an diesem Kampf teilnehmen.

H.J.

KEIN GESETZ KANN DEN KAMPF DER STUDENTEN VERHINDERN

Ein auch nur unvollständiger Überblick über die Ereignisse an einigen westdeutschen Hochschulen zeigt, wie wenig es dem bürgerlichen Staat mit dem Hochschulrahmengesetz gelingen wird, den Kampf der Studenten um ihre Rechte und gegen die Verschlechterung der Ausbildungssituation zu unterdrücken.

In Kiel stehen gegenwärtig 10 Studenten und ein Referendar vor Gericht, weil sie vor einem Jahr, bei einer Veranstaltung reaktionärer Studentengruppen mit dem Thema "Grundgesetz in Not", über die konkreten Angriffe der Reaktion auf die Studentenschaft diskutieren wollten. 1 200 der 1 500 Teilnehmer auf dieser Veranstaltung hatten einem entsprechenden Alternativvorschlag des AStA zur Tagesordnung zugestimmt. In Hildesheim müssen sich gegenwärtig 2 Studenten vor Gericht u. a. gegen den Vorwurf der schweren Körperverletzung und der Sachbeschädigung verteidigen. Dieser Schlag der Klassenjustiz wird einzig geführt, weil sie die von Studenten aufgehängten Plakate, auf denen freie politische Betätigung gefordert wurde, gegenüber dem Leiter der Technikerschule Hildesheim verteidigt haben, der diese Plakate abreißen wollte.

Noch rechtloser ist die Lage der Studenten an der Rheinischen Fachhochschule Köln und an der Rheinischen Akademie. Hier handelt es sich um Gründungen der Firmen BBC, Bayer, Ford, Klöckner Humboldt-Deutz und Siemens, mit denen sich die Kapitalisten eigene Ausbildungsstätten geschaffen haben. Da die Studenten hier meist über den zweiten Bildungsweg kommen, haben sie nur geringe Möglichkeiten auf staatliche Schulen auszuweichen und werden daher besonders unverschämt unter Druck gesetzt. Ihr Ausbildungsverhältnis kann "einen Monat vor Ende des Semesters ohne Angabe von Gründen" gekündigt werden. Die Hausordnung verbietet das Verteilen von Flugblättern. Aber die fortschrittlichen Dozenten und Schüler haben sich hier nicht vom Kampf um ihre demokratischen Rechte abbringen lassen und führten am 19.6. eine Demonstration in der Kölner Innenstadt durch.

An den Pädagogischen Hochschulen Niedersachsens wird zum Wintersemester der Numerus Clausus eingeführt, obwohl Kultusminister von Oertzen noch im niedersächsischen Wahlkampf sagte, es gebe einen Lehrermangel. Auch dagegen beginnen die Studenten unter der Forderung "Weg mit dem Numerus Clausus – Freier Zugang aller Abiturienten zur Universität" den Kampf zu führen.

In Bremen ließ man die Tutoren monatelang ohne Verträge hängen, bis diese in den Streik traten. In Köln erhalten die wissenschaftlichen Hilfskräfte zum erstenmal eine Gehaltserhöhung. Aber selbst diese soll auf Kosten der wissenschaftlichen Hilfskräfte und Studenten gehen. Damit das Kultusministerium nicht mehr Hilfskraftgelder als bisher ausgeben muß, sollen die bezahlten Stunden der Hilfskräfte gekürzt werden, Entlassungen vorgenommen werden oder keine Verträge in der Ferienzeit mehr ausgestellt werden. Dagegen sind die wissenschaftlichen Hilfskräfte im Fachbereich Mathematik in den Streik getreten.

All dies zeigt, die politische Unterdrückung und die Verschlechterung der Studienbedingungen an der Hochschule wird von den Studenten nicht widerstandslos hingenommen. Daran wird auch kein Hochschulrahmengesetz etwas ändern.

BERICHTIGUNG ZU DEM ARTIKEL "GEGEN SCHLECHTERE STUDIENBEDINGUNGEN" IN DER KVZ Nr.12

In diesem Artikel werden die Thesen des DGB-Bundesvorstands zur Hochschulreform als "reaktionär" bezeichnet. Diese Kennzeichnung ist falsch. In seinen Thesen stellt der DGB-Bundesvorstand die früheren Reformversprechen der SPD gegen das, was heute der bürgerliche Staat an den Hochschulen macht. Zentral sind die Forderung der Gesamthochschule und der paritätischen Mitbestimmung. Solange jedoch Eigentum und politische Macht in den Händen der Kapitalistenklasse liegen, kann durch keinerlei Reform der Hochschule ihr Zweck, der Ausbildung der Funktionäre der herrschenden Klasse zu dienen, verändert werden. Deshalb sind die Thesen des DGB falsch, nicht jedoch reaktionär. Sie sind reformistisch und schaden deshalb sowohl dem konsequenten Kampf der Studenten für ihre Rechte wie dem Kampf für die Rechte des Volkes gegen den bürgerlichen Staatsapparat.

Polizei gegen Eltern

DIE KLASSE 2a SOLL AUFGELÖST WERDEN

Die Eltern der Grund- und Hauptschule Lessingstraße in Bremen wunderten sich sehr, als sie am Abend des 20.6.74 zu der öffentlichen Elternbeiratssitzung in ihre Schule gingen. Sie wurden von einer Polizeimannschaft empfangen, die die Schule von vorn bis hinten abgeriegelt hatte. Sie waren empört und sagten: "Sonst heißt es ja immer, wir seien nicht aktiv – jetzt sind wir gekommen und werden gleich von der Polizei empfangen!"

Ein Teil des Elternbeirats, vor allem der Schulelternsprecher Fischer, war nämlich nicht mit der Öffentlichkeit der Sitzung einverstanden. Obwohl die Abstimmung für die Öffentlichkeit auf der vorangegangenen Elternbeiratssitzung 12 zu 6 ausgegangen war, versuchte er die Öffentlichkeit weiter für unrechtmäßig zu erklären. Sogar der Schulrat war zu Hilfe gerufen worden.

Warum diese Angst vor der Öffentlichkeit? Auf der Tagesordnung stand die Auflösung der Klasse 2a der Lessingschule. Die Klasse soll aufgelöst werden, weil zu wenig Raum in der Schule vorhanden ist. Außerdem hat SPD-Bildungssenator Thape eine Anweisung an alle Schulen gegeben, die Klassen auf 33 Schüler aufzufüllen. So will man die Klasse 2 auflösen: 12 Schüler sollen auf die anderen zweiten Klassen aufgeteilt werden, 12 sollen auf andere Schulen geschickt werden. Der Rest soll sitzenbleiben – das hatte die Schulleiterkonferenz festgelegt, obwohl noch nicht einmal Zeugniskonferenzen stattgefunden haben.

Schon auf der Elternbeiratssitzung am 21.5. war mehrheitlich eine Protestresolution gegen die Auflösung verabschiedet worden. Die Elternvertreter hatten sich "weitere Kampfmaßnahmen vorbehalten", falls der Plan der Auflösung nicht zurückgenommen würde.

Die Stadtteilzelle Ostertor-Steintor des KBW verteilte am Morgen des 20.6.74 ein Flugblatt, in dem alle Eltern aufgefordert wurden, zu der öffentlichen Elternbeiratssitzung am Abend zu gehen. Dieses Flugblatt setzte den Schulelternsprecher Fischer und den Direktor so in Panik, daß sie sofort zur Polizei gingen und Polizeischutz anforderten.

Der zweite Schulelternsprecher Dr.Schalipp war mit dem Polizeiaufgebot überhaupt nicht einverstanden und trat zurück.

In dieser Woche wird noch ein Elternabend der zweiten Klassen stattfinden. Dort müssen die Eltern Schritte beschließen, wie die Auflösung der Klasse 2a zu verhindern ist. Solche Herren, die gegen öffentliche Elternbeiratssitzungen sind, können die Interessen der Eltern nicht vertreten.

–Stadtteilzelle Ostertor-Steintor M.V.–

C.Huth wieder eingestellt

Hamburg. Entsprechend der gerichtlichen Entscheidung hat die Schulbehörde die Lehrerin C. Huth wieder eingestellt – allerdings in keiner Schule, sondern im Hausunterricht! Die "pädagogisch nicht geeignete" Lehrerin, so die Schulbehörde bei ihrer Entlassung, bekommt nun eine der schwierigsten pädagogischen Aufgaben, für die sie **nicht** ausgebildet ist: die Unterrichtung von Schülern, die die Behörde für untragbar für den normalen Unterricht ansieht.

Die Wiedereinstellung von C. Huth ist ein Erfolg des Kampfes von Eltern, Schülern und weiteren Eimsbüttler Bürgern, die den Fall Huth zum bekanntesten Berufsverbote-Fall in Hamburg gemacht haben, obwohl die Presse ihn konsequent totschwieg.

Die Bedingungen für den weiteren Kampf mit dem Ziel, daß C. Huth wieder an eine Schule kommt, sind gut. Einmal haben sich in Eimsbüttel viele Menschen für C. Huth ausgesprochen. Weiter ist der Lehrermangel an den Schulen nicht zu übersehen und die Schulbehörde plant inzwischen schon, Eltern als unbezahlte (!) Hilfslehrer einzusetzen. Wem sollte da einsichtig sein, daß C. Huth, deren Eignung von Schülern und Eltern bescheinigt wird, weiter von den Schulen ferngehalten wird?

M.H., Stadtteilzelle Eimsbüttel

100 Schüler demonstrierten

WEGEN GESPRÄCH MIT ELTERN STRAFVERSETZT

Im Hamburger Stadtteil Osdorfer Born, einem vorwiegend von Arbeitern bewohnten Wohngebiet mit Betonsilos, fand am 22.5. eine Demonstration von 100 Volksschülern statt. Mit dieser Demonstration, die die Schüler während der Schulzeit durchführten, kämpften sie gegen die Versetzung des Referendars Jürgen Paulich, der am 17.5. von seiner Schule ein Hausverbot erhalten hatte.

Als er sich ohne "Erlaubnis" seiner Ausbildungslehrerin mit den Elternvertretern seiner Klasse in Verbindung gesetzt hatte, um mit ihnen seine Auffassungen vom Unterricht zu besprechen, wurden gegen ihn disziplinarische Maßnahmen eingeleitet. Die treibenden Kräfte dabei waren seine Ausbildungslehrerin und der Schulleiter. Denn was sie fürchten, ist, daß die Eltern auf den Gedanken kommen könnten, sich in die Angelegenheiten der Schule einzumischen, um selbst darüber zu bestimmen und zu entscheiden, welchen Unterricht sie für richtig halten.

Leserbrief

ZUM ARTIKEL "AUFGABEN DES VERTRAUENSMANNS" (KVZ Nr. 12/74)

Braunschweig. Da ich in meiner Einheit selbst Vertrauensmann bin, fühlte ich mich durch den angesprochenen Artikel direkt angesprochen. Ich kann das Vorgehen des Kameraden Aulich nur aufs stärkste begrüßen, weil ich dieselben Erfahrungen als Vertrauensmann machen mußte wie er. Vollkommene Rechtlosigkeit, das ist die Situation der Vertrauensleute in der Bundeswehr und Arschkriecherei, das ist (offiziell) die Aufgabe derselben.

Wie recht der Kamerad Aulich hat, das durfte ich erst vor wenigen Tagen auf einer Besprechung zwischen den Vertrauensleuten der Mannschaften und der Unteroffiziere mit dem Bataillonskommandeur erfahren: wenn Vorschläge der Vertrauensleute kamen (Verbesserung der Unterkünfte, Nachtausgangsregelungen, UvD/GvD Dienstausgleich, Dienstausgleich für Kameraden, die mehrere hundert km vom Standort entfernt wohnen u. ä.), dann mußte man sich mit Antworten wie: "Das wird auf der nächsten Chef-Besprechung behandelt" oder "In anderen Einheiten sieht es noch schlechter aus" begnügen. Verbindliche Zusagen gab es gar nicht. Als von einem Stabsunteroffizier gefordert wurde, daß man doch über diese Dinge abstimmen sollte, konnte sich der Kommandeur gar nicht genug darüber aufregen. Er gab offen zu verstehen, daß er nicht gewillt ist, auch nur über solche Art der Demokratisierung zu sprechen. Die Bundeswehr sei eine hierarchisch aufgebaute Armee und das soll auch so bleiben. Seine Angst vor den Forderungen der Vertrauensleute (auch der der Unteroffiziere) wurde offensichtlich. Herausgekommen ist dabei natürlich, wie immer, gar nichts. Wir haben etwas vorgeschlagen und er hat, ganz gleich, was wir für richtig hielten, entschieden.

Ganz klar kann man hieraus ersehen, daß der Bundeswehr-Vertrauensmann nichts weiter ist als ein Aushängeschild für die Bevölkerung, Rechte genießt er nicht. Wenn jetzt schon gegen Vertrauensleute vorgegangen wird, wie gegen den Kameraden Aulich, so ist das ein Zeichen dafür, daß die Bewegung innerhalb der Bundeswehr gegen die Willkür der Offiziere zugenommen hat und diese sich mit allen Mitteln gegen jede demokratische Bewegung wehren – auch mit Arreststrafen. Der Kamerad Aulich sollte sich jetzt nicht klein kriegen lassen und weiter für seine richtigen Vorstellungen, so wie sie im offenen Brief stehen, eintreten – 10 Tage Arrest sind schließlich noch kein Zuchthaus.

Ich hoffe, daß diese Stellungnahme in die nächste KVZ kommt, denn sollte man mich deswegen in Arrest stekken, dann wird diese "Strafe" nach der Entlassung mehr die Bestrafer treffen als mich.

Ich werde auch einen Leserbrief diesbezüglich an die Braunschweiger Zeitung senden.

Gefreiter Ahlers, Braunschweig
3.Kp/PzGrenBtl 23

MAD beschlagnahmt politische Literatur

ÜBER BEFEHL UND GEHORSAM EIGNET SICH DER MAD FREMDES EIGENTUM AN

Oldenburg. Ihr habt in der Nr. 9/74 der Kommunistischen Volkszeitung eine Reihe von Feststellungen über den MAD (Militärischer Abschirmdienst) getroffen. Ich möchte diese Aufzählung ergänzen: Der MAD eignet sich auf dem Weg von Befehl und Gehorsam, also indem er die völlig rechtlose Stellung der Mannschaften nutzt, deren Eigentum an, wenn es seiner Schnüffel- und Terrortätigkeit dient.

Ich hatte einem Kameraden auf dessen Wunsch meine Exemplare von 'Kommunismus und Klassenkampf' und 'Neues Rotes Forum' usw. gegeben. Also Zeitschriften, die sich jeder interessierte Mensch beschaffen kann. Der Kamerad bemühte sich nicht, die Zeitungen zu verbergen (warum auch?). Bei einem Stubendurchgang nahm sie sich ein Hauptfeldwebel mit, übergab sie dem Hauptmann, der den Kameraden sofort verhörte. Dabei ergab sich, daß mir die Sachen gehörten und daß ich sie außer Dienst weitergegeben habe. Der Kamerad erhielt die Sachen dann zurück mit dem Hinweis, daß ich schon lange als Kommunist bekannt sei und daß er sich "von mir lossagen" solle.

Das war natürlich nicht alles. Wenige Tage später wurde er zum Verantwortlichen für Sicherheit der PzGrenBrig 31 zitiert, wo schon zwei Schnüffler vom MAD warteten. Es folgte ein längeres Verhör, in dem die übliche Drohung mit dem Rausschmiß aus dem Betrieb nicht fehlte. In diesem Fall geschah das einfach durch den Hinweis auf den Beamtenstatus des Kameraden. Bei einem früheren Verhör von mir mit dem Hinweis darauf, daß es "Unternehmer gibt, die Wert auf gute Führung beim Bund legen". Dann wurde der Kamerad aufgefordert, die Zeitschriften beim Kompaniechef abzugeben, damit dieser sie sich einmal ansehen könnte. Er kam diesem Befehl nach.

An diesem Tag kam ich aus einer Übung zurück und erfuhr von allem. Ich forderte den Kompaniechef auf, mir die Sachen wieder auszuhändigen oder zumindest eine Erklärung über alles abzugeben. Er fertigte mich jedoch sehr ungehalten mit der Aufforderung ab, doch eine Beschwerde zu schreiben.

Ich schrieb daraufhin folgenden Brief an die MAD-Stelle Wilhelmshafen:

Ich halte es für ein reichlich undemokratisches Verfahren, mir auf dem Wege von Befehl und Gehorsam Zeitschriften zu entwenden, die jedem zugänglich sind. Das läßt sich wohl auch mit den auf jede Situation anwendbaren Wehrgesetzen nicht rechtfertigen.

Da ich nicht annehme, daß Sie sich die Unterlagen aus politischem Interesse angeeignet haben, sondern im Zuge Ihrer Schnüffeltätigkeit und um das Lesen kommunistischer Zeitungen zu kriminalisieren, fordere ich Sie auf, sie sich aus eigenen Mitteln zu beschaffen. Ich brauche Ihnen die Adressen der Buchläden, wo Sie sie erhalten können, wohl nicht nennen. Ich rechne mit baldigem Rücksenden meines Eigentums, da ich es benötige.

Zusätzlich verfaßte ich noch eine Beschwerde. Nach einigen Tagen erhielt der Kamerad die Unterlagen kommentarlos zurück. Meine Beschwerde wurde abgelehnt mit der Begründung, das Material sei dem Hauptmann "einer Bitte des MAD entsprechend" ausgehändigt worden, "um dem MAD Gelegenheit zu einer zeitlich begrenzten Überprüfung zu geben". Das ist nichts als eine unverschämte Lüge. Eine solche Aufforderung, die mit der geschilderten Drohung ausgesprochen wird, als Bitte zu bezeichnen, ist der blanke Hohn. Der Kamerad sieht die Aufforderung auch heute noch als dienstlichen Befehl an und wehrt sich gegen die Unterstellung, daß er dem MAD "Gelegenheit zu einer zeitlich begrenzten Überprüfung" gegeben haben soll.

Vor den Kameraden habe ich von all diesen Vorgängen nichts verschwiegen, sondern alles mit ihnen besprochen. Sie haben alles unterstützt, was ich unternommen habe. Es herrscht reichlich Empörung über die Bespitzelung und die Nachteile, die mir auch im täglichen Dienst aus allem entstehen.

Mit der Ablehnung der Beschwerde gebe ich mich nicht zufrieden. Ich habe beim "Amt für Sicherheit der Bundeswehr" weitere Beschwerde eingelegt.

W.P., Oldenburg

Lampertheim. Quer durch die Stadt preschen häufig und zu allen Tages- und Nachtzeiten Panzerkolonnen der Amerikaner. Diese Panzerdurchfahrten stellen eine starke Gefährdung der Menschen in Lampertheim dar. Auf unserem nebenstehenden Bild hat ein Panzer beim Drehen in der Kurve eine Kette verloren, war dadurch nicht mehr zu steuern und kam erst auf dem Bürgersteig zum Stehen. Es war ein Glück, daß auf dem Bürgersteig gerade niemand gegangen ist. Die Menschen, die das sahen, meinten, daß die Panzerdurchfahrten durch die Stadt aufhören müßten. Man hat ja auch schon öfter in der Zeitung von tödlichen Unfällen gelesen, die durch wegfliegende Hartgummiteile der Ketten verursacht wurden.

Auch sonst stellen die Panzerdurchfahrten eine ungeheure Belästigung der Lampertheimer Bevölkerung dar. Die Panzerkolonnen machen einen Höllenlärm, der die Menschen nachts aus dem Schlaf reißt, verpesten die Luft durch riesige Abgaswolken noch mehr, beschädigen – vor allembeim Drehen in den Kurven – Straßen und Bordsteinkanten und behindern in gefährlicher Weise den Verkehr.

Bespitzelung durch den MAD

ÜBERWACHUNG VON ZIVILPERSONEN

Koblenz. In seinem Brief an die Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung (s.KVZ 9/74) behauptet Major Wilke vom MAD: *"Die Sicherheitsüberprüfung erstreckt sich ausschließlich auf Angehörige der Bundeswehr oder Bewerber für den Dienst in den Streitkräften. Von einer Überprüfung der Bevölkerung kann keine Rede sein. ... Die von Ihnen angeführten 12 000 Infrastrukturobjekte, die der Abschirmung durch den MAD unterliegen, sind ausnahmslos Objekte im Bereich des Bundesministers der Verteidigung, also militärische Anlagen, Forschungs- und Erprobungsstellen usw."*

Die Wahrheit ist vielmehr, daß MAD-Offiziere von mir selbst und von mir bekannten Personen Auskünfte verlangten und teilweise diese durch Drohungen und Bestechungen zu bekommen wünschten, die sich eindeutig auf zivile Personen und Organisationen bezogen; so z. B. auf den KBW, auf zivile Mitglieder antimilitaristisch arbeitender Gruppen in Koblenz. Diese Gruppen sind wohl weder 'Objekte im Bereich des Bundesministers der Verteidigung', noch sind es 'militärische Anlagen, Forschungs- und Erprobungsstellen', aber genau dafür interessiert sich der MAD.

Bei einer Vernehmung in der Koblenzer Falkenstein-Kaserne wußte der vernehmende Offizier, Oberstleutnant Vater, gut über Tagesablauf, sogar über die privaten Beziehungen von zivilen Mitgliedern der 'Antimilitaristischen Gruppe Koblenz' Bescheid. Diese Informationen kann er nur vom MAD haben, der auch wiederholt versucht hat, Spitzel in diese Gruppe einzuschleusen.

Auch ist bekannt, daß die Generalstabsabteilung 'G 2 Sicherheit' beim hier in Koblenz befindlichen III. Korps des Heeres seit Jahr und Tag Listen anfertigt mit Personennamen, die durch ihre demokratische und antimilitaristische Tätigkeit bekannt geworden sind. Wozu das gemacht wird, hat der MAD in seinem Brief an die Redaktion der KVZ ja bekannt gegeben: zur Vorbereitung des Tag X.

Wolfgang Schorlau, Koblenz

Ähnlich wie der Militärische Abschirmdienst (MAD) sieht auch die Schnüffeltätigkeit vom Verfassungsschutz aus. Das zeigt folgende Korrespondenz aus Wiesbaden, wo ein Agent des Verfassungsschutzes sich einen Informanten zu keilen versucht:

Am Freitag, dem 14.6.1974, kam ein Mann (zwischen 40 und 50 Jahren) zielbewußt auf mich zu, als ich die Post aus dem Briefkasten holen wollte, vergewisserte sich zuerst, ob ich auch Herr Kaufmann wäre und sagte, er wolle mit mir sprechen. Ich fragte: "Worüber? " Er sagte, er wollte über die Sicherheit mit mir sprechen. Welche Sicherheit wollte er zuerst nicht sagen; er wolle mir nur helfen! – Ich mache ja bald Staatsexamen; nebenbei sprach er auch von finanzieller Hilfe.

Als ich ihn dann direkt fragte, ob er vom MAD oder vom Verfassungsschutz sei, sagte er ganz klar, daß er vom Verfassungsschutz wäre und sich mit mir über den KBW unterhalten wolle und sich darüber "informieren" wolle.

Als ich dies ablehnte und ihn fragte, warum er gerade zu mir gekommen wäre, entgegnete er, er habe gehofft, daß ich gut praktizierender Katholik wäre!

Darauf verschwand er und schnüffelte später noch vor dem Haus herum.

–P.Kaufmann, Wiesbaden–

»Verteidigung« von Breslau-Kolberg

BUNDESWEHR UBT DEN EINSATZ AUF POLNISCHEM BODEN / LEBEN IM FELDE

Braunschweig. Wer kann sich nicht vorstellen, was es heißt, 10 Tage bei abwechslungsreichem Aprilwetter das "Leben im Felde" zu üben? Ich habe jedenfalls noch heute an der Erkältung zu knabbern, die ich mir dort weggeholt habe. Doch das Leben bei diesem Wetter im Freien war nicht das Schlimmste: Schon bevor wir in Braunschweig abfuhren, erfuhren wir, was dort gespielt werden sollte.

Wer seine Post in den Biwakraum zugestellt haben wollte, der mußte diese nicht etwa an den Biwakraum Fallingborstel (ein in der Nähe gelegener Ort) senden lassen, sondern in den Biwakraum **Breslau-Kolberg** – so stand es am Schwarzen Brett. Den meisten Kameraden war klar, was das sollte: Man will uns wissen lassen, daß man es an "oberer" Stelle noch nicht aufgegeben hat, Deutschland wieder in den Grenzen von 1937 herstellen zu wollen.

So war es denn auch nicht verwunderlich, daß bei kleineren Gefechtsübungen im Raum Bergen–Hohne des öfteren etwa folgende Gefechtslage ausgegeben wurde: "Der Feind greift aus Osten an. Wir haben den Auftrag, den Raum Breslau–Kolberg zu verteidigen." Allerdings, wie wir nach Breslau–Kolberg auf dem Verteidigungswege gekommen sind, das sagte man uns nicht. So wurden wir dazu gezwungen, den Kampf in heute polnischen Gebieten zu üben. Kaum ein einfacher Soldat war unter uns, dem dabei nicht einige Lichter über den Charakter dieser Armee aufgegangen sind.

Daß eine solche Armee nur existieren kann, wenn man die Offiziere aufs Schärfste von den Mannschaften trennt und begünstigt, war eine andere Erfahrung vieler Kameraden. Bekamen die Offiziere Zelte, die jeden Camping-Freund vor Neid hätten erblassen lassen, so mußten wir zusammengepfercht in 20-Mann oder 6-Mann-Zelten leben (pro Nase, mit Ausrüstung, etwa 1 qm).

Auch mit dem selben Essen haben sich diese Herren nicht zufrieden gegeben: Es wurde eigenst ein riesiges Offizierszelt aufgebaut, in dem sich diese auch noch bedienen ließen. Was es dort zu essen gab, erfuhr natürlich niemand.

Von den Millionen DM, die beim täglich stattfindenden Schießen verpulvert wurden, will ich nicht näher berichten. Es ist ja bekannt, wie verschwenderisch man bei der Bundeswehr mit von den Werktätigen bezahltem Gerät umzugehen versteht. Die Offiziere, die den Schießbefehl ausgeben, sind das teure Leben auf Kosten der Arbeitergroschen ja gewöhnt. Zum Dank dafür bekommen dann die jungen Arbeiter und Angestellten in der Armee den "Druck" von diesen Leuten. Nimmt es da Wunder, daß viele von uns jede freie Stunde genutzt haben, um diesen Druck in Alkohol zu ertränken? Auch wenn ich diesen Weg für falsch halte, verstehen kann ich ihn sehr gut.

So ging denn Tag für Tag dahin und es wuchs das Verlangen danach, endlich einmal wieder mit der Bevölkerung Kontakt zu bekommen. Wer es nicht mehr aushielt und des abends nach Dienstschluß zu Fuß nach Fallingbostel gehen wollte, dem wurde dies entweder verboten, oder er lief Gefahr (wenn er es heimlich tat), von den Feldjägern geschnappt zu werden, denn diese hatten den Auftrag, uns von der Bevölkerung isoliert zu halten. Wohl weil sonst der Schleier des "Top-Job" (so wird der Bundeswehr-Dienst in Werbeprospekten genannt) fallen würde.

Zuletzt noch ein Beispiel dafür, wie sich die Pfaffen in den Dienst der Unterdrückung stellen:

Am Sonntag, dem 26.5., wurde ein Pflichtgottesdienst abgehalten. Dazu kam extra ein Militär-Pfaffe angereist. Was wußte dieser zu erzählen? Um überhaupt erst einmal Zuhörer zu finden, sagte er ein paar Bundeswehr-Toilettenweisheiten auf ("Lieber 10 Tage im Wald beim Bär als einen Tag bei der Bundeswehr" oder "Die Bundeswehr ist ungeheuer, erstens Scheiße, zweitens teuer" usw.). Dann ließ er hören, warum wohl viele Soldaten solche Sprüche über den Bund losließen: weil es ihnen hier nicht gefällt, weil sie in Unfreiheit leben müssen. Er wußte aber auch Rat. Wer seine Situation erkannt hat, der findet seine Freiheit bei Gott. Im Klartext heißt das: Ist der Druck auch noch so stark, machen kannst du immer was, und zwar Beten. Aber ja nichts anderes sollt ihr machen, sonst zürnt euch Gott.

Um besser an den Mann zu kommen, setzte er dann einen Wettbewerb an: Wer am lautesten mitsingt, bekommt eine Flasche Schnaps. Wer mit solchen Mitteln kommt, der weiß ganz genau, daß er mit seinem Gedankengut nicht mehr landen kann, sondern nur noch mit seinem Schnaps. Aber auch damit klappte es nicht so recht. Außer den Berufssoldaten fühlte sich kaum einer von dem ganzen Quatsch angetan. Auch den Pfaffen wird es nicht gelingen, den Wehrwillen zu heben – auch nicht mit Schnaps.

–xy, Soldat aus dem PzGrenBtl 23/Braunschweig–



Aachen. Wir beobachten seit einigen Wochen, daß mehr unregelmäßig als regelmäßig ein solcher Panzerwagen durch die Aachener Innenstadt fährt. Wir haben keine Ahnung, was das ganze soll. Vor einigen Wochen wollten Eifeler Bauern die Autobahnübergänge von Aachen nach Holland und Belgien besetzen, ähnlich wie die italienischen Bauern am Brenner. Aber daraus ist nichts geworden. Zu diesem Anlaß waren schon mal Polizeitruppen in Aachen, deren Fahrzeuge das Schild "Fahrschule" trugen. Der Panzer kommt aus Linnich, Kreis Jülich, ca. 30 km von Aachen entfernt. Hinter dem Panzer hergefahren, konnten wir feststellen, daß er nach einigen Runden durch die Innenstadt zum Polizeipräsidium fährt.

Ein Polizist vermutet, daß der Fahrer sich in der Aachener Innenstadt orientieren soll. Um Fahrschule handelt es sich bei dem Panzer nicht, denn er kommt ja alle zwei Tage, könnte in Jülich besser üben und hat auch kein Fahrschule-Schild angebracht.

Weiter sagte der Polizist, daß die Polizisten sauer darauf sind, verstärkt auf Volkskämpfe vorbereitet zu werden. Wegen jeder Kleinigkeit – so zum Beispiel 500-Mann-Demonstrationen der Studenten wegen der Unabhängigkeit des Studentenwerks – erhielten sie Ausgangssperre und wurden zu Hunderten nach Aachen gekarrt. Der Polizist sagte, daß viele seiner Kollegen die Forderungen der Studenten und auch die des Volkes, zum Beispiel in Frankfurt, für richtig hielten. Wenn er in Aachen gegen die Bevölkerung eingesetzt würde: "Dann melde ich mich krank."

–P.T., Aachen–

ORGANISATION FÜR AFRIKANISCHE EINHEIT:

Stütze im Befreiungskampf

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), in der alle afrikanischen Staaten außer den Rassisten-Regimes von Rhodesien und Südafrika Mitglied sind, hat ihre 11. Vollversammlung vom 12. bis zum 16. Juni in Mogadiscio, der Hauptstadt von Somalia, an der Ostspitze Afrikas gelegen, abgehalten. Hauptthema der Konferenz war die Entwicklung in den portugiesischen Kolonien sowie der Kampf der afrikanischen Völker gegen die weiße Rassistenherrschaft in Rhodesien und Südafrika.

Die versammelten Staatschefs haben beschlossen, an ihrer Politik gegenüber Portugal solange festzuhalten, bis Portugal die Republik Guinea-Bissau als unabhängigen Staat und überhaupt die Befreiungsbewegungen als die einzigen legitimen Vertreter der Völker in den Kolonien anerkannt hat. Die Unabhängigkeit der Kolonien müsse so schnell wie möglich hergestellt werden, der einzige Weg dafür sei die sofortige Übergabe der Macht an die Befreiungsbewegungen. Solange Portugal dies verweigert, wird es auch keine Beziehungen zwischen den afrikanischen Staaten und Portugal geben. Der Generalsekretär der Organisation wurde beauftragt, auf dieser Grundlage ein Gespräch mit dem portugiesischen Außenminister zu führen, der darum nachgesucht hatte. Angeregt wurde, daß die verschiedenen Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien – besonders in Angola – ihre Differenzen überwinden und sich zusammenschließen sollten zu einer einheitlichen Befreiungsfront, die umso machtvoller den Portugiesen entgegentreten könne.

Im Anschluß an die Portugal-Diskussion wurde die Resolution der außerordentlichen Vollversammlung der Vereinten Nationen über die Rohstoff-Frage bestätigt. Nach Auffassung der Konferenzteilnehmer zeigt diese Resolution den Weg, um einen gerechten Ausgleich zu erzielen zwischen den Preisen für Rohstoffe, die die afrikanischen Staaten den Industrieländern liefern und den Preisen, die sie selber an die Industrieländer für Produkte zahlen müssen, die mit diesen Rohstoffen hergestellt werden. Einen breiten Raum nahmen die Reden der Vertreter jener Völker der Welt ein, die den Kampf für Unabhängigkeit und nationale Befreiung vom Joch des Kolonialismus und Imperialismus aufgenommen haben. Ihnen wurde die uneingeschränkte Unterstützung der Mitglieder der Organisation für Afrikanische Einheit zugesichert. Die Konferenz hat so sehr viel dazu beigetragen, die Einheit der afrikanischen Staaten gegen alle Angriffe des Imperialismus und des Kolonialismus zu sichern und zu stärken. Es war ein weiterer Schritt, um die Solidarität der Völker – besonders der Dritten Welt – zu stärken im Kampf für Unabhängigkeit und nationale Befreiung, gegen Kolonialismus und Imperialismus. –D.T.–

Für die Einheit von Kap Verde und Guinea-Bissau!

Am 14.6. wurden in Algier die Verhandlungen zwischen dem portugiesischen Außenminister Soares und der Delegation der PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln) erfolglos abgebrochen, ohne daß ein neuer Termin vereinbart worden wäre.

Der Hauptstreitpunkt bei diesen Gesprächen war die Frage, ob die Kapverdischen Inseln, die für Portugal und die NATO von großer strategischer Bedeutung sind, in die Verhandlungen miteinbezogen werden oder nicht. Die Republik Guinea-Bissau und die Kapverdischen Inseln stellen jedoch eine politische Einheit dar, die auf dem gemeinsamen Kampf und einer gemeinsamen Geschichte gegen die portugiesischen Unterdrücker beruht.

Die Demonstration für die PAIGC (siehe Bild) in der Hauptstadt der größten Insel dieser Inselgruppe und die abgedruckte Resolution, die auf der Kundgebung verabschiedet wurde und die das Komitee Südliches Afrika von der PAIGC erhalten hat, sind ein klarer Beweis dafür, daß die Einheit zwischen dem Volk von Guinea-Bissau und dem kapverdianischen Volk nicht zerstört werden kann, und daß die Völker dieser beiden Territorien gewillt sind, gemeinsam ihre Zukunft zu bestimmen:

"Die Versammlung der aktivsten und wichtigsten politischen Kräfte von Praira, Vertreter von Santiago, bringt folgende Resolution ein, die nach demokratischer Abstimmung dem portugiesischen Staatspräsidenten und dem Generalsekretär der PAIGC zugeschickt wird.

Die hier Anwesenden, die den wahren Willen der verschiedenen politischen Bereiche der Insel Santiago vereinen,

- beglückwünschen das portugiesische Volk und die übrigen progressiven Kräfte zum Sturz des Faschismus in Portugal und in den portugiesischen Kolonien;
- erkennen die PAIGC als einzige Vertreterin des kapverdianischen Volkes an – diese Anerkennung ist auf internationaler Ebene bereits zur Wirklichkeit geworden – aufgrund ihrer organischen Struktur und ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Errungenschaften, die ihr die aktive Teilnahme an der internationalen Politik ermöglichen (seit dem 22.November 1972 ist die PAIGC als Beobachter in der UNO zugelassen);
- gedenken Amilcar Cabrals, gestern wie heute, des großen politischen Lehrers aller Kapverdianer;
- betrachten die völlige Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln als einzig mögliche Lösung für die echten Bestrebungen des kapverdianischen Volkes;
- fordern, daß allen internationalen Hilfsmaßnahmen, sowohl durch Staaten, unabhängig ihres politischen Systems, als auch durch internationale Organisationen, wie Weltkirchenrat, Caritas usw. die Türen offenstehen, um so schnell wie möglich die durch die Trockenheit entstandenen Probleme zu lösen. Dies schließt alle Schritte der PAIGC in dieser Richtung ein;
- ehren alle, die auf afrikanischem Boden im Kampf für die Freiheit gefallen sind und grüßen mit erhobener Faust die Befreiungsbewegungen MPLA (Volksbefreiungsbewegung von Angola), FRELIMO (Befreiungsbewegung von Mozambique), MLSTP (Befreiungsbewegung von Sao Tome und Principe);
- hoffen, daß die Verhandlungen in London für das portugiesische und das kapverdianische Volk erfolgreich ausgehen. Dies kann nur geschehen, wenn sie mit der völligen Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln und Guinea-Bissau abschließen.

Die hier versammelten politischen Kräfte bestätigen noch einmal ihre Solidarität mit dem portugiesischen Volk und allen progressiven Kräften in Portugal in der Hoffnung auf Frieden und auf einen erfolgreichen Abschluß der Sanierungsprogramme, Inflationsbekämpfung, Verwaltungsreform usw. zum Wohl des portugiesischen und des kapverdianischen Volkes.

Cabo Verde, Praira 27.Mai 1974



Demonstration und Kundgebung auf den Kapverdischen Inseln für die Einheit mit Guinea-Bissau

und ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Errungenschaften, die ihr die aktive Teilnahme an der internationalen Politik ermöglichen (seit dem 22.November 1972 ist die PAIGC als Beobachter in der UNO zugelassen);
– gedenken Amilcar Cabrals, gestern wie heute, des großen politischen Lehrers aller Kapverdianer;
– betrachten die völlige Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln als einzig mögliche Lösung für die echten Bestrebungen des kapverdianischen Volkes;
Demonstration und Kundgebung auf den Kapverdischen Inseln für die Einheit mit Guinea-Bissau
ternationale Organisationen, wie Weltkirchenrat, Caritas usw. die Türen offenstehen, um so schnell wie möglich die durch die Trockenheit entstandenen Probleme zu lösen. Dies schließt alle Schritte der PAIGC in dieser Richtung ein; ehren alle, die auf afrikanischem
in Portugal in der Hoffnung auf Frieden und auf einen erfolgreichen Abschluß der Sanierungsprogramme, Inflationsbekämpfung, Verwaltungsreform usw. zum Wohl des portugiesischen und des kapverdianischen Volkes.
Cabo Verde, Praira 27.Mai 1974

CABORA–BASSA–STAUDAMM:

Zwangsarbeit von Afrikanern

Ein Kapitel der Entwicklung in den portugiesischen Kolonien ist zur Zeit besonders wichtig im Zusammenhang mit dem Cabora-Bassa-Prozeß, nämlich die Zwangsarbeit und die Methoden der Portugiesen, die afrikanische Bevölkerung für die Interessen der imperialistischen Staaten arbeiten zu lassen. In den Berichten einer Untersuchungskommission der Vereinten Nationen über die Lage in den portugiesischen Kolonien 1973 ist folgende Zeugenaussage festgehalten:

"Mr.Chissano berichtete von dem, was ihm ein Arbeiter am Cabora-Bassa-Staudamm erzählt hatte, dem es
des Cabora-Bassa-Staudammes ein großer Teil der eingeborenen Bevölkerung – Zehntausende und mehr –
CABORA–BASSA–STAUDAMM:
Zwangsarbeit von Afrikanern
Ein Kapitel der Entwicklung in den portugiesischen Kolonien ist zur Zeit besonders wichtig im Zusammenhang mit dem Cabora-Bassa-Prozeß, nämlich die Zwangsarbeit und die Methoden der Portugiesen, die afrikanische Bevölkerung für die Interessen der imperialistischen Staaten arbeiten zu lassen. In den Berichten einer Untersuchungskommission der Vereinten Nationen über die Lage in den portugiesischen Kolonien 1973 ist folgende Zeugenaussage festgehalten:

"Mr.Chissano berichtete von dem, was ihm ein Arbeiter am Cabora-Bassa-Staudamm erzählt hatte, dem es gelungen war, zu fliehen und sich den Freiheitskämpfern anzuschließen. Nach Aussage dieses Arbeiters werden die meisten Menschen, die den Cabora-Bassa-Staudamm bauen, aus Provinzen hergeschafft, die weit entfernt von der Baustelle liegen. Menschen, die jedoch in der Provinz selber leben und in Gebieten, in denen die FRELIMO gut bekannt ist, brauchen nicht am Bau des Dammes mitzuarbeiten. Um nun Leute für die Bauarbeiten zu bekommen, bediene man sich des Systems der Zwangsrekrutierung, genauso wie es bei der Arbeit auf den Zuckerrohrplantagen der Fall sei.

Mr. Chissano sagte, es gäbe viele Wege, Menschen in den unter portugiesischer Herrschaft stehenden afrikanischen Territorien zur Zwangsarbeit zu bringen. Ein Weg bestehe darin, Menschen dort, wo sie gerne arbeiten möchten, die Arbeit zu verweigern, so daß man dann später sagen könne, sie seien arbeitslos. Da es verboten sei, ohne Arbeit zu sein, würde ihnen eine bestimmte Arbeit aufgezwungen. Ein anderer Weg sei, sich an einen Stammeshäuptling zu wenden und ihn darum zu bitten, 12 "Köpfe", wie die Portugiesen die afrikanischen Arbeiter nennen, für das Cabora-Bassa-Projekt zu beschaffen. Der Arbeitsbeitrag dieser Menschen würde manchmal "Contribuicao bracal" genannt, das bedeutet Arbeit, die mit den Armen geleistet wird.

Mr. Chissano bezeugte, daß zum Bau des Cabora-Bassa-Staudammes ein großer Teil der eingeborenen Bevölkerung – Zehntausende und mehr – von ihren Feldern geholt und in Konzentrationslagern neu angesiedelt worden sei; zunächst, um sie beim Bau des Dammes zu beschäftigen, dann, um Platz für weitere portugiesische Einwanderer und andere Weiße zu schaffen, die sich in diesem Gebiet niederlassen wollen, wo ein Bewässerungssystem zum Nutzen der neu hinzukommenden weißen Bevölkerung gebaut werde. Der Zeuge behauptete, daß der Zufluß von Einwanderern dazu dienen solle, ein Ungleichgewicht, wie es in den "Lektionen der Strategie" des General Kaulza de Arriaga vorgesehen sei, zu schaffen, um das zu erreichen, was sie "ein neues Brasilien" nennen.

Mr. Martin Ennals, Generalsekretär von Amnesty International, bezeugte, daß es gewisse Schwierigkeiten gäbe, in den unter portugiesischer Herrschaft stehenden afrikanischen Territorien Informationen zu erhalten, da dort die Redefreiheit stark eingeschränkt sei. Er behauptete, wenn man versuche, wie es ein Priester in Mozambique getan habe, über Dinge zu berichten, die tatsächlich geschehen waren, etwa das Massaker an 100 Frauen und Kindern, die angeblich die FRELIMO unterstützt hätten, so liefe der Betroffene Gefahr, verhaftet zu werden; in der Tat würden gegenwärtig 3 Priester aus diesen Gründen festgehalten."

aus: Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 38, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Bonn, Mai 1973



Kämpfer der Befreiungsfront von Mosambique (FRELIMO)

Unterdrückung und Widerstand in Chile

DIE ORGANISATIONEN DER LINKEN NEHMEN IM UNTERGRUND DIE ARBEIT AUF

INFLATION UND ARBEITSLOSIGKEIT

In den ersten fünf Monaten des Jahres betrug nach offiziellen Angaben die Inflation 103 %. Tatsächlich jedoch und insbesondere für die einfachen Lebensmittel liegt sie sehr viel höher. Seit dem Putsch haben sich die Lebenshaltungskosten für die Arbeiterfamilien um ca. 1 500 % erhöht. Die Arbeitslosigkeit ist höher als jemals zuvor, wahrscheinlich bei 20 %. Die medizinische Versorgung der arbeitenden Bevölkerung wird von den Machthabern völlig vernachlässigt. Mangelkrankheiten, insbesondere die Tuberkulose, grassieren in den Arbeitervierteln.

AUSPLÜNDERUNG DER NATIONALEN REICHTÜMER

Durch keinerlei Einfuhrbeschränkungen und Zollschranken mehr geschützt, werden nun die nationalen Reichtümer von den imperialistischen Konzernen wieder ausgeplündert. Die während der UP-Regierung verstaatlichten in- und ausländischen Konzerne sind nahezu vollständig an ihre früheren Besitzer zurückgegeben worden. Der Staatshaushalt selbst wird um 56 % gekürzt; anstelle des Staates sollen private Unternehmen treten; jeder Bereich von Produktion und Dienstleistung soll Quelle von Profit für die Kapitalisten werden. Durch diese Kürzung der Staatsausgaben werden weitere 100 000 Menschen arbeitslos.

AUSBAU DES TERRORAPPARATES DURCH FRÜHERE NAZIS UND "VIETNAMERFAHRENE" EXPERTEN

Die politische Unterdrückung hat in den vergangenen Monaten nicht nachgelassen; sie wurde vielmehr verstärkt und systematisiert. Nach wie vor regiert die Junta mit Kriegsrecht, nach wie vor sind die politischen Organisationen der Arbeiterklasse verboten und ist die politische und gewerkschaftliche Betätigung mit standesrechtlicher Exekutierung bedroht.

In Konzentrationslagern werden 30 000 Menschen gefangengehalten und gefoltert; viele von ihnen wie der ehemalige Innenminister Tola, werden systematisch und langsam ermordet.

Als Gehilfen dabei treten mehr und mehr Nazis in führender Stellung auf. Einer davon ist der SS-Offizier Walter Rauff, der seit 1961 in Chile lebt. Während der Hitler-Diktatur in Deutschland war er für mobile Gaskammern in der Ukraine, Polen und Jugoslawien verantwortlich, in denen er 100 000 Menschen umbringen ließ. Heute ist er in Chile Chefberater der "Behörde für antikommunistische Untersuchungen". Dieses und andere Zentren des Terrors und der Menschenjagd haben ihre Methoden unter Anleitung vietnamerfahrener Experten bis ins Letzte verfeinert. Es bestehen Abteilungen, die auf die verschiedenen Organisationen der chilenischen Arbeiterklasse angesetzt sind und systematisch die Arbeitsweisen dieser Organisationen untersuchen, um Rückschlüsse auf das Vorgehen gegen sie zu erhalten.

DER WIEDERAUFBAU DER POLITISCHEN ORGANISATIONEN DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES IM UNTERGRUND

Trotz dieses unvorstellbaren Terrors ist der Kampf der chilenischen Arbeiterklasse gegen ihre Unterdrücker vorwärtsgekommen. Nahezu sämtliche fortschrittlichen Organisationen konnten sich im Untergrund organisieren und haben die Massenarbeit wieder aufgenommen. Es erscheinen Betriebszeitungen, deren Format meist nicht größer ist als das einer Schachtel Zigaretten. Die Koordinierung von Aktionen und die ideologische Auseinandersetzung wird auf geheimen Sitzungen durchgeführt. Zahlreiche Aufrufe und Flugblätter zirkulieren in den Fabriken und Arbeiterwohnvierteln. Streiks zeugen vom ungebrochenen Kampfgeist der Arbeiterklasse. Insbesondere Regionen, in denen die Arbeiterbewegung über große Erfahrung und lange Tradition verfügt, entwickeln sich zu Zentren des Widerstandes. So die Kohlestadt Lora und die Salpeterminen im Norden, wo in den letzten Monaten mehrmals kurz gestreikt wurde und es zu Anti-Junta-Kundgebungen kam. Alle diese Aktionen, jede erschienene Betriebszeitung, jede Kundgebung bedeuten einen wichtigen Sieg der chilenischen Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die Junta, für Freiheit und Sozialismus.

P.F., Heidelberg

DIE JUNTA GIBT WEITERE UNTERNEHMEN ZURÜCK

Manchmal wird über der Empörung über die Brutalität der Militärjunta vergessen, in wessen Auftrag sie handelt. In wessen Auftrag sie handelt, zeigt sich klar an ihren Taten; sie handelt im Auftrag der Kapitalisten. Während der Amtszeit von Allende waren mehr als 350 privatkapitalistische Unternehmen verstaatlicht worden.

Gegenwärtig werden die restlichen 150 Unternehmen an ihre früheren Besitzer zurückgegeben. Daraus erkennt man zweierlei: 1. daß es sich bei dem in Chile herrschenden Terrorregime nicht einfach um das Regime einiger wildgewordener Militärs handelt, sondern um die blutige Konterrevolution der Kapitalistenklasse und 2. daß keinerlei soziale Errungenschaften des Proletariats von langer Dauer sind, wenn sie nicht durch das bewaffnete Proletariat verteidigt werden, das den bürgerlichen Staatsapparat, d. h. die bürgerliche Armee, die bürgerliche Bürokratie und die bürgerliche Justiz zerschlägt und seine eiserne Diktatur über die früheren Ausbeuter errichtet. Die Volksfrontregierung hat zwar viele Kapitalisten enteignet, den bürgerlichen Staatsapparat aber unangetastet gelassen. Das war nichts anderes als eine Einladung an die Konterrevolution der Kapitalisten. Aus dieser bitteren Erfahrung wird das chilenische Proletariat und das chilenische Volk zwei Lehren ziehen:

1. Das Proletariat muß den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen und in der Form der bewaffneten Volksmacht seine Diktatur über die früheren Ausbeuter errichten, wenn es seine soziale Revolution durchführen will.
2. Alle Leute, die etwas von friedlichem Übergang und antimonopolistischer Demokratie faseln, stehen dem Proletariat dabei im Wege und spielen der blutigen Konterrevolution in die Hände.

GEFANGENENREVOLTE

Im Zuchthaus von Valparaiso in Chile hat eine Rebellion stattgefunden.

Da ein großer Teil der besten Kräfte des chilenischen Volkes gegenwärtig in den Zuchthäusern ist, kann man jedoch sicher sein, daß diese Zuchthausrevolte Teil des allgemeinen Widerstandes des chilenischen Volkes gegen die Konterrevolution ist.

Vorwärts in der Solidarität mit dem kambodschanischen Volk

FÜR DEN SIEG DER REVOLUTIONÄREN VOLKSMACHT

Am 14.Juni bekam das 'Indochina-Komitee Heidelberg' von OK SAKUN, dem Leiter der Mission der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas folgenden Brief:

"Liebe Freunde, wir bitten Euch, Eure Aufmerksamkeit auf die gegenwärtigen Ereignisse in Phnom Penh zu richten. Sie sind von großer Bedeutung im Kampf des kambodschanischen Volkes gegen die amerikanische Aggression und die Verräterclique in Phnom Penh.

Tatsächlich entwickeln sich die Erhebungen der Bevölkerung in Phnom Penh und in den noch von den Verrätern kontrollierten Zentren jeden Tag weiter und erreichen im Augenblick eine noch nie erreichte Breite und Tiefe, wie die Euch hier beigefügten Dokumente zeigen.

Angesichts dieser neuen Situation bitten wir Euch, intensiviert Eure Unterstützung in vielfältiger Form für den Kampf des kambodschanischen Volkes, für den der Bevölkerung von Phnom Penh und den Zentren, die noch von den Verrätern provisorisch kontrolliert werden, und ganz besonders für den Kampf der Schüler, Studenten und Lehrer.

OK SAKUN
Leiter der Mission der GRUNK"

Die Lage ist ausgezeichnet

Chau Seng, Politbüromitglied des ZKs der FUNK (Nationale Befreiungsfront Kambodschas) erklärte am 20.4.1974 in einer Pressekonferenz auf die Frage, wieweit die Schlacht von Phnom Penh sei:

"Wenn Sie die gegen Phnom Penh durchgeführten Operationen genau verfolgen, erkennen Sie schon auf der Ebene der Strategie und Taktik, was wir wollen. Wenn wir Phnom Penh mit Gewalt nehmen wollten, haben wir noch Reserven: nur die regionalen Truppen sind in der jetzigen Schlacht engagiert. Es bleibt die eigentliche reguläre Armee in Reserve, ohne die Panzereinheiten zu erwähnen, US-Panzer, die wir erbeutet haben. Wir hätten also Phnom Penh schon lange mit Gewalt nehmen können. Aber das hätte enorme Leiden für die Zivilbevölkerung mit sich gebracht, die Stadt wäre zerstört worden, enorme Zerstörungen durch Bombardierungen usw. Wir wollen verhindern, daß es viele unschuldige Opfer gibt. Wir wollen, daß es reift, und seit meiner ersten Erklärung 1970 habe ich das Wort "Ersticken" von Phnom Penh gebraucht, Schritt für Schritt, Sie werden sehen, und seit vier Jahren ist es immer die gleiche Strategie des Volkskrieges: möglichst die unschuldigen Opfer vermeiden und versuchen, die Bevölkerung von Phnom Penh dazu zu bewegen, an ihrer Befreiung teilzunehmen. Wir wollen nicht ihr Glück machen ohne ihre Beteiligung. Jegliche zwangsmässige Befreiung ist nicht auf unserer Linie: wir wollen, daß die Betroffenen an der Bestimmung ihrer Zukunft teilnehmen."



Phnom Penh: Große Solidarität der Massen zum Sturz der US-Marionetten

Der Kampf der Bevölkerung in Phnom Penh hat seither eine stürmische Entwicklung genommen. Ein besonderes Problem war dabei, daß die Hauptstadt die Bastion der US-Imperialisten und ihrer Henkersknechte ist, in der sie sich eingeigelt haben und die sie zu einer Festung ausbauten. Die Kommandozentrale, die US-Botschaft ist z. B. eine Betonfestung, durch Mauern und Stacheldrahtverhaue gesichert.

Die Strategie der Volksbefreiungsarmee ist es deshalb, durch Entlastungsangriffe wie die auf die Städte Kompot, Long Vec, Oudong und Kompong Som Söldnereinheiten aus der Stadt zu locken und zu vernichten.,

Allein von Mitte März bis Mitte April wurden so 18 000 Mann außer Gefecht gesetzt. Insgesamt wurden im Januar und Februar ca. 50 % und bis Mai fast 80 % der Marionettenarmee ausgeschaltet, die kaum noch Soldaten für den Kampf gegen das kambodschanische Volk findet.

Für die Bevölkerung von Phnom Penh ergaben sich dadurch bessere Kampfbedingungen. Dem Komitee der Nationalen Befreiungsfront FUNK in Phnom Penh gelingt es außerdem immer mehr, die einzelnen Massenkämpfe zusammenzufassen und ihnen eine besondere Stoßkraft zu geben.

Der Monat Mai brachte dabei die größten Fortschritte. Er war gekennzeichnet durch die große Solidarität der Massen im Kampf zum Sturz der US-Marionetten um Lon Nol und Sirik Matak. Zwischen dem 5. und 21. Mai war die Stadt so gut wie in der Hand der Bevölkerung, der Arbeiter, Jugendlichen, Schüler, Studenten und Lehrer. Der Kampf entfaltete sich dabei in allen möglichen Formen, vom Flugblattverteilen und der politischen Agitation bis hin zum bewaffneten Widerstand. Zum Beispiel wurden über 30 Schulen von den Schülern besetzt und verteidigt, als Reaktion auf die Schließung durch die Marionettenverwaltung. Allein im Kampf um die Schule des 18. März, in der der Erziehungsminister und sein Stellvertreter erschossen wurden, kamen 50 Marionettensoldaten um oder wurden verwundet.

Gleichzeitig nimmt die Volksbefreiungsarmee die Schlupfwinkel der Blutsauger unter Beschuß. Zum Beispiel berichtete die französische Zeitung 'Le Monde' vom 20.6., daß wieder 3 Raketen in den Regierungspalast eingeschlagen seien.

In dieser verzweifelten Situation intensivieren die Marionetten ständig ihr faschistisches Wüten. Aber gerade dadurch entlarven sie ihren volksfeindlichen und verbrecherischen Charakter immer mehr und fordern den Widerstand der Bevölkerung noch mehr heraus.

Vor den Militärstationen, den Truppenaufmärschen, der Polizei, den Ministerien, den Gefängnissen finden ununterbrochen Massendemonstrationen statt, obwohl in der Stadt das Kriegsrecht herrscht und Ansammlungen über 5 Personen verboten sind. Die Eltern und Schüler, die Lehrer und Arbeiter fordern die Freilassung der Gefangenen, sie fordern das Ende des Terrors, Sofortmaßnahmen gegen die elenden Lebensbedingungen. Sie fordern die Volksbefreiungsfront FUNK und die Königliche Regierung GRUNK auf, die Macht in Phnom Penh zu übernehmen und das ganze Land zu vereinen. Lon Nol und Long Boret, die Marionettenhäuptlinge, haben sich in den zu einem Bunker ausgebauten Keller des Regierungspalastes geflüchtet und jede Hoffnung auf einen militärischen Sieg längst aufgegeben. So erklärte der 'Ministerpräsident' Long Boret erst kürzlich, an einen militärischen Sieg über die FUNK sei nicht mehr zu denken.

Aber getreu seiner Natur denkt der US-Imperialismus auch jetzt nicht daran, aufzugeben. Im Gegenteil, er plant die nächste militärische Eskalation. Für ihn ist "Indochina nach wie vor der Angelpunkt der amerikanischen Weltpolitik" (K.Rush, Unterstaatssekretär der US-Regierung). Das zeigen deutlich die im US-Haushalt 74 ausgewiesenen Ausgaben. Sie betragen für Indochina mehr als für die ganze restliche Welt (3,7 Mrd. Dollar im Vergleich zu 3,5 Mrd. Dollar), dabei sind diese offiziellen Zahlen um ein Mehrfaches niedriger als die tatsächlichen Ausgaben. Laut US-Haushalt sind 88 % davon Kriegsausgaben. Die Gelder für Kambodscha wurden bis jetzt bereits um 50 % erhöht. Vor der Küste Kambodschas liegen Invasionstruppen auf der 7. Flotte bereit, auch die Aufnahme der ungeheuren Bombardierungen ist wieder vorgesehen. Nur die USA verhindern noch, daß in Kambodscha der Krieg beendet wird.

Es ist die Aufgabe der internationalen Solidarität, sie zur sofortigen Beendigung ihrer Einmischung zu zwingen und insbesondere eine erneute Invasion oder Flächenbombardements zu verhindern.

Zu diesem Zweck müssen wir verstärkt die öffentliche Meinung für den Kampf des kambodschanischen Volkes gewinnen und uns auch auf größere Solidaritätsaktionen und Demonstrationen vorbereiten, um dem US-Imperialismus in den Arm zu fallen.

Bringen wir überall Resolutionen ein, organisieren wir Veranstaltungen und Kundgebungen und fordern wir:

Schluß mit der amerikanischen Einmischung in Kambodscha!

Schluß mit der militärischen und wirtschaftlichen Stützung der US-Marionetten!

Amis raus aus Indochina!

Schluß mit der Zwangsrekrutierung in Phnom Penh – weg mit dem Marionettenregime!

Für den Sieg der revolutionären Volksmacht in Kambodscha!

Die Bundesregierung stärkt noch immer den Rücken der US-Regierung in diesem imperialistischen Krieg und erkennt das verbrecherische Lon Nol Regime als Regierung des kambodschanischen Volkes an! Wir fordern von ihr:

Sofortige Anerkennung der GRUNK als einzig legitime Regierung des kambodschanischen Volkes!

Unterstützung der Aufnahme der GRUNK in die UNO!

SPENDENKONTO KAMBODSCHA
437 50 92 Bezirkssparkasse Heidelberg

MATERIAL ZUR AUFKLÄRUNG ÜBER DEN KAMPF DES KAMBODSCHANISCHEN VOLKES

Indochina-Info 3 (Kambodscha) –,20
Wandzeitungsplakat –,50
Dokumentation zur Nationalen Befreiungsfront Kambodschas –,50
Dia-Satz, ca. 45 Dias
je Veranstaltung bzw. 3 Tage 5,–
Film: Kambodscha und der zweite Indochina-Krieg
ca. 40 Minuten
je Veranstaltung bzw. 3 Tage 30,–
Tonband mit Liedern der kämpfenden Völker Indochinas
Leihgebühr für 3 Tage 3,–
(Dia-Satz und Film zuzüglich Porto)

ÜBER VIETNAM

Dia-Satz, ca. 60 Dias
über die Fortsetzung der US-Einmischung in Südvietnam und den Terror Thieus
je Veranstaltung bzw. 3 Tage 10,–
Alles zu beziehen über:
Indochina-Komitee Heidelberg, c/o Rupp-Grunow, 69 Heidelberg, Friedrich Ebert Anlage 48.

Putsch im Nordjemen

DIE DRAHTZIEHER SITZEN IN SAUDI-ARABIEN UND IN WASHINGTON

Am Abend des 13. Juni übernahm ein sogenannter Kommandorat unter Führung eines Oberst Hamadi die Macht. Der Generalstab des Heeres und das Parlament wurden aufgelöst, die Verfassung außer Kraft gesetzt; eine sofortige Solderhöhung für alle Militärangehörige wurde verfügt, die einzige politische Partei des Landes verboten.

Vorausgegangen sind diesem Putsch massenhafte politische Morde unter den Anhängern des abgesetzten Staatschefs Iriani und unter Vertretern der fortschrittlichen Bewegung. Iriani betrieb eine Politik der Loslösung und Selbständigkeit gegenüber Saudi-Arabien, das bereits so einflußreich im Nordjemen ist, daß es praktisch die gesamte Kommandozentrale der Armee kontrolliert. Die fortschrittliche Bewegung, die für die Aufhebung der durch die ehemaligen Kolonialherren vorgenommenen Spaltung des Landes und damit für die Vereinigung deVolksdemokratischen Republik Jemen (Südjemen) kämpft, ist in der letzten Zeit stärker geworden. Die Organisation "Revolutionäre Jemenitische Widerstandskämpfer" hat seit einigen Jahren den bewaffneten Kampf aufgenommen gegen das reaktionäre Regime im Nordjemen.

Daß dieser Putsch eindeutig gerichtet ist gegen die revolutionäre Bewegung in Südarabien, geht auch daraus hervor, daß die seit März andauernden Bombardierungen von Grenzgebieten der Volksdemokratischen Republik Jemen (Südjemen) verstärkt wurden. Mindestens 200 Menschen aus dem Südjemen sind allein in den Monaten März und April Opfer dieser Bombardierungen geworden.

Die Gründung der Volksdemokratischen Republik Südjemen im Jahre 1967 war Ergebnis des bewaffneten Kampfes der jemenitischen Massen gegen die britischen Kolonialherren und ihre lokalen Verbündeten. Heute ist sie ein fester Stützpunkt für die revolutionären Bewegungen im Süden der Arabischen Halbinsel. Sie unterstützt die Volksfront für die Befreiung Omans und des Arabischen Golfes (PFLOAG), die im angrenzenden Oman bereits 90 % der Provinz Dhofar befreit hat. Diese Bewegungen und die erfolgreichen Kämpfe der Volksmassen bedrohen die Herrschaft der lokalen Reaktionäre wie vor allem Feysal von Saudi-Arabien, der ein fester Verbündeter des US-Imperialismus ist.

Offensichtlich soll die Revolution in Südarabien in einen Zangengriff genommen werden. Im Dezember 1973 drangen Truppen des Schah von Persien – des festen Verbündeten und Wachhundes über die Interessen des US-Imperialismus auf der anderen Seite des arabischen Golfes – in die befreiten Gebiete von Oman ein mit dem Auftrag, die Befreiungsbewegung zu liquidieren. Die am 13. Juni im Nordjemen zur Macht gelangte Militärjunta, die als erstes ihre freundschaftliche Verbundenheit mit dem Regime König Feysals betonte, hat jetzt die "Vereinigung" mit dem Südjemen auf ihre Fahnen geschrieben, allerdings unter der Bedingung der "Abschaffung des kommunistischen Systems" im Südjemen. U.T.

Tschad bricht diplomatische Beziehungen zur BRD ab

Der Tschad hat die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik abgebrochen und alle Vertreter der BRD einschließlich der 35 Entwicklungshelfer ausgewiesen. Er hat damit das Verhalten der Bundesregierung beantwortet bei den Verhandlungen um die Freilassung des Arztes Staewen, der am 23. April zusammen mit seiner Frau, zwei Franzosen und zwei Offizieren der Armee des Tschad von der Befreiungsfront des Tschad im Norden des Landes gefangengenommen worden war. Die beiden Offiziere sind während der Aktion umgekommen, Frau Staewen ist während der Gefangenschaft verstorben.

Nachdem die Regierung des Tschad nicht auf die Forderung der Befreiungsfront, politische Gefangene freizulassen, einging, hat die Bundesregierung, die einen Krisenstab gebildet hatte, direkt mit Vertretern der Befreiungsfront im Tschad verhandelt. Um Staewen freizubekommen, mußte sie schließlich einwilligen, der Befreiungsfront ein Lösegeld von 4 Millionen DM zu zahlen sowie eine Erklärung der Befreiungsfront über die "Deutsche Welle" verlesen zu lassen. Die "Deutsche Welle" ist der Propagandasender der westdeutschen Imperialisten, der in den meisten Ländern der Dritten Welt in den Landessprachen abgehört werden kann. Zweifellos hat die westdeutsche Regierung damit die Befreiungsfront des Tschad gestärkt. Das hat die Regierung des Tschad, die seit Jahren erfolglos den Kampf gegen die Befreiungsfront mit Hilfe der Söldner der französischen Fremdenlegion führt, natürlich nicht hinnehmen können. Sie hat die Vertreter der westdeutschen imperialistischen Interessen – zumindest vorübergehend – aus dem Land verweisen müssen. Ihre Niederlage gegen die Befreiungsfront wollte sie mit der Aktion gegen den westdeutschen Imperialismus überspielen und ihr wegen ihrer direkten Zusammenarbeit mit den französischen Imperialisten heruntergekommenes Ansehen bei den Volksmassen verbessern. Die Bundesregierung hat so eine wohlüberlegte Schwächung der westdeutschen imperialistischen Interessen im Tschad hinnehmen müssen. Sie ist dieses Risiko eingegangen, weil Staewen zum Heinemann-Clan gehört, denn seine Frau war eine Nichte des Bundespräsidenten.

–D.T.–

Rechte Studenten gegen Spenden für Oman

Der Erlös des AStA-Sommerfestes sollte zur Unterstützung der Befreiungsbewegung in Oman und Dhofar gespendet werden. So hatte es der AStA der Uni Hohenheim (Landwirtschaftliche Hochschule, bei Stuttgart) beschlossen. Vor und während des Festes wurde darüber informiert.

Einigen reaktionären Studenten war es natürlich nicht recht, daß um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfende Völker unterstützt werden. So begannen sie nach dem Fest eine Unterschriftensammlung, worin sie dafür warben, der Erlös solle dem Roten Kreuz oder dem studentischen Kindergarten gespendet werden, jedoch nicht einer 'kommunistischen Befreiungsbewegung, von der man wisse, daß sie Waffen dafür kaufe'.

Dagegen erläuterten die Kommunistische Hochschulgruppe (KHG) und die Juso-Hochschulgruppe, die zusammen den AStA stellen, die Notwendigkeit der Solidarität mit dem Volk von Oman. Auch wurde deutlich gemacht, daß es falsch wäre, mit diesen Geldern finanzielle Schwierigkeiten des Kindergartens beheben zu wollen, vielmehr müsse der Staat dafür aufkommen.

Zwei Tage später fand eine Studenten-Vollversammlung statt. Die reaktionären Studenten hatten besonders ihre Verbindungen zu den "Burschenschaften" genutzt, um stark auf der Vollversammlung präsent zu sein. Als nach Behandlung anderer Tagesordnungspunkte (Studienangelegenheiten, begrenzter Mietstreik im Wohnheim) die Vollversammlung in die dritte Stunde ging, war sie noch immer gut besucht, denn die Entscheidung zum Fest-Erlös stand noch aus. KHG und AStA stellten zur Abstimmung: "Die Vollversammlung begrüßt es, daß der Erlös des AStA-Sommerfestes an die Befreiungsbewegung in Oman und Dhofar überwiesen wird. Gleichzeitig fordert sie Organisationen wie das Deutsche Rote Kreuz auf, die westdeutsche Bevölkerung über die Lage in Oman und Dhofar aufzuklären und sofort Hilfsmaßnahmen für die hungernde Bevölkerung einzuleiten."

Nach halbstündiger Diskussion wurde abgestimmt. 106 waren dafür, 89 dagegen, 7 enthielten sich. Während der Diskussion wanderte ein Karton durch die Reihen der Studenten, womit 97 DM zusätzlich zu den über 500 DM Festerlös gespendet wurden. So ging der Schuß der Reaktionäre genau nach hinten los: Es entwickelte sich eine unerwartet breite Diskussion über die Notwendigkeit der Unterstützung von Befreiungsbewegungen.

SPENDENKONTO
2050 1200
Heidelberger Volksbank
Kennwort: Dhofar

Antonionis China Film: Die Verleumder der VR China sind hinterhältig und verkommen

Zur Sendung von Antonionis China-Film im westdeutschen Fernsehen erreichten uns zahlreiche Zuschriften und Stellungnahmen, die die Empörung über diesen hinterhältig subtilen Film gegen die VR China ausdrückten und den gerechten Protest des chinesischen Volkes über diesen Mißbrauch der Gastfreundschaft unterstützen. Aus 3 Beiträgen im folgenden Auszüge:

Während man sonst Informationen über China aus den bürgerlichen Massenmedien fast nie erhält, zeigte das Fernsehen Antonionis Zwei-Stunden-Film als Hauptsendung des Abendprogramms. Was für ein Interesse haben die Herren des Fernsehens daran? Was ist das für ein Film?

Nach eigener Aussage hat Antonioni einen dokumentarischen Reisebericht gedreht. In Wirklichkeit jedoch dokumentiert der Film nicht die Realität im neuen sozialistischen China, sondern zeigt nur Rückständiges und Altes. Tatsache ist, daß das chinesische Volk mit großer Energie den Sozialismus aufbaut, indem es aus dem Vertrauen auf die eigene Kraft schöpft. Antonioni stellt diese Tatsache nicht dar. Er sucht in den Krümeln, um das Bild umzudrehen. Er zeigt nicht die Erfolge und den Fortschritt, sondern tut so, als habe sich in China nichts geändert, als lebe das Volk in Armut und von der Vergangenheit. . .

Es seien nur einige Beispiele aus der Vielzahl herausgegriffen, die verdeutlichen, mit welchen Methoden Antonioni gearbeitet hat. Als Antonioni im Kreis Linshiän drehte, sagte er im Kommentar: "Die Armut in Linshiän wird nicht verdeckt". Er zeigte die schroffen und kargen Felsen dieser Gegend und einige Bauern, die mit Eselskarren fuhren. Nur kurz streifte er den künstlichen Fluß "Rote Fahne". Es sieht so aus, als seien die Menschen in diesem Gebiet mit sich selbst unzufrieden und als habe sich in den letzten tausend Jahren nichts geändert. Vor einigen Wochen habe ich auf einer Veranstaltung der Ortsaufbaugruppe Wiesbaden den Film "Bau des Rote-Fahne-Kanals" gesehen, der gezeigt hat, daß das genaue Gegenteil der Fall ist. Der Rote-Fahne-Kanal, eines der größten Bauwerke der Weltgeschichte, hat das Leben in Linshiän vollkommen gewandelt. Jahrzehntelang hatten die Menschen hier in Armut gelebt, da das Gebiet sehr felsig und wasserarm ist. Immer wieder hatten Trockenkatastrohpen stattgefunden. Erst im sozialistischen China war es möglich gewesen, die Lage der Bevölkerung von Linshiän grundlegend zu verändern. In harter zehnjähriger Arbeit wurde ein Fluß vollkommen umgeleitet und durch eine Gebirgsgegend geführt, deren Felsen so hart wie Granit sind. Dies alles geschah ohne die einfachsten Maschinen, einzig auf der Grundlage der Entfaltung der Masseninitiative und im erbarmungslosen Kampf gegen die Klassenfeinde, die sich nur auf die ausländischen Techniker stützen wollten, welche den Bau des Kanals für unmöglich erklärten.

Doch über all das schweigt sich Antonioni wohlweislich aus. Er will ja auch ein anderes China filmen, wo die Menschen eingeschüchtert und kraftlos sind.

In der Volkskommune "Chinesisch-albanische Freundschaft" hatte Antonioni, wie die chinesischen Genossen in der Peking-Rundschau berichteten, eine Gruppe von Bauern aufgefordert, sich zu prügeln, damit er das filmen könne. Dies wurde natürlich von den Bauern entschieden abgelehnt. Dennoch fuhr Antonioni fort, China und das chinesische Volk in den Dreck zu ziehen.

Als die Begleitmusik des Films die Arie einer Peking-Oper spielte, in der die Worte: "Auf, erhobenen Hauptes" vorkommen, zeigte Antonioni ein Schwein, das den Kopf schüttelt. Vom Yang Tse Kiang Fluß zeigt der Film Antonionis kein einziges Mal die berühmte "Brücke am Yang Tse Kiang", die vom chinesischen Volk, ähnlich wie der Rote-Fahne-Kanal fast ohne Hilfsmittel in Rekordzeit errichtet wurde, entgegen der Prophezeiungen der ausländischen Spezialisten.

In dem Film erscheint der Unterschied zwischen Stadt und Land in China riesengroß. Deshalb werden auch die Volkskommunen einfach in "Landwirtschaftskommunen" umbenannt. Daß aber zu den Volkskommunen auch Fabriken, Krankenhäuser und Kaufhäuser gehören, wird nicht erwähnt.

Von Shanghai zeigt Antonioni nur alte Fabrikanlagen und behauptet, das sei so mit das Modernste, was es in Shanghai gäbe. Am Huangpu Fluß in Shanghai werden in den dortigen Werften 10 000-Tonnen-Schiffe gebaut. Dies ignoriert Antonioni. Im Film sind alle großen Frachter ausländisch und alle Holzdschunken chinesisch.

Alte Menschen zeigt Antonioni gern, am liebsten ihre Gesichter. Er will damit sagen, in China sind die Menschen resigniert und kaputt. Am Ende des Films dreht er in einem Teehaus, das Rentnern vorbehalten ist. Die ganze Atmosphäre wird traurig und schummrig eingefangen, so daß man am liebsten heulen möchte. Angeblich, so sagt der Kommentar, "träumen die Chinesen von der Vergangenheit und glauben an die Gegenwart".

Wer hier von der Vergangenheit träumt, ist klar, kein anderer als Antonioni selbst und mit ihm die Reaktionäre und Revisionisten in aller Welt.

Doch die Zeit steht schlecht für diese Leute, denn die Völker, die die Revolution wollen, lassen sich nicht so leicht ein X für ein U vormachen. Auch hier in Westdeutschland, wo sich die Klassenfronten immer mehr klären, haben die Menschen viele Fragen über den Aufbau des Sozialismus. Dies merkt man jedesmal, wenn man in der Stadt die KVZ verkauft. Die Ortsaufbaugruppe Wiesbaden hat deshalb beschlossen, eine Veranstaltungsreihe über den Aufbau des Sozialismus in China und Albanien durchzuführen.

–M.B., Wiesbaden–

ANTONIONIS CHINA

Gestern abend sah ich um 21.15 Uhr im 1. Programm den Film 'Antonionis China'. Ich muß sagen, daß ich so ziemlich den ganzen Film über überlegte, warum die chinesische Presse eigentlich so ein Theater um diesen Film gemacht hat. Erst gegen Ende des Films wurde mir so ziemlich klar, warum. Dazu verhalf mir aber zum großen Teil erst die Reaktion einer älteren Bekannten, in deren Gegenwart ich diesen Film sah. Sie war nämlich folgendermaßen: Ach, diese armen, armen Menschen, und was müssen sie auch noch schuften.

Ihr Verhalten brachte mich dann am meisten zum Nachdenken. Mir wurde vieles von dem, was ich da sah, verständlicher. Ich meine, daß dieser Film gefährlich ist für Menschen, die kaum jemals etwas über China gehört oder gelesen haben, und wenn, dann nur aus bürgerlichen Medien. . .

Nachdem ich einen solchen Film gesehen habe, kann ich allerdings nur wieder feststellen, daß es die deutsche Bourgeoisie sehr nötig haben muß, ein Land, in dem die Menschen ein menschenwürdiges, das heißt frei über sich selbst bestimmend, Leben führen können, in schlechtes Licht zu rücken. Nach diesem Film muß ich auch sagen, daß die Chinesen mit ihrem Protest Recht hatten.

–G.M., Ortsaufbaugruppe Paderborn–

DIE CHINESISCHE BOTSCHAFT PROTESTIERTE MIT RECHT

Am Dienstag, dem 11.6., sendete das 1. Fernsehprogramm einen langen Film über China. Antonioni, ein bekannter italienischer Regisseur, hatte 1972 die Möglichkeit, durch China zu reisen und viele Stunden Filmmaterial zu belichten. Doch was dabei herauskam, war gemein und hinterhältig. Die chinesische Botschaft protestierte mit Recht gegen die Ausstrahlung.

Doch man braucht nicht in China gewesen zu sein, um hinter die Gemeinheiten dieses Films zu kommen. Hört und sieht man genau hin, dann fällt einem schon genug auf. Da wird anfangs zum Beispiel im Kommentar gesagt, daß Antonioni keine politische Dokumentation herstellen wollte, sondern das "große Arsenal von Gesichtern" ausschöpfen wollte. Doch gleich danach nennt Antonioni den Namen des Platzes, auf dem er gerade mit der Kamera umherirrt. Es ist der Tiänanmen-Platz in Peking, der ehemalige Sammelplatz der revolutionären "Roten Garde", das Zentrum der Kulturrevolution. Von daher besitzt der Platz eine große Bedeutung für das Volk. Antonioni streift diese Tatsache zwar kurz mit ein paar Worten, mit der Kamera aber erfaßt er tatsächlich Gesichter, doch auch Rücken, Füße und Hinterköpfe. Das schneidet er dann auch noch wild ineinander, sodaß man den Eindruck bekommt von einem ziellosen Durcheinanderlaufen, schlimmer als auf einem Marktplatz. . .

Antonioni will so den bürgerlichen Vorurteilen von den "abgestumpften blauen Ameisen" entgegenkommen. Bald danach kommt das erstemal eine Szene, deren Aufnahme nicht erwünscht war. Im Film hört man dann den arroganten Satz: " . . . Und wie Sie sehen, haben wir doch gefilmt." Damit will er wohl zum Ausdruck bringen, wie er sich gegen die "Kommunistische Infiltration" wehrt, um für alle von der bürgerlichen Ideologie Infiltrierten glaubhafter zu werden.

E., Braunschweig

Kritik am Artikel über die Pop-Musik

DIE DISKUSSION MUSS FORTGESETZT WERDEN

Zu dem Artikel "Die Pop-Kultur schadet der Arbeiterklasse" in KVZ Nr. 11 haben wir zahlreiche kritische Zuschriften erhalten, von denen wir drei in Auszügen wiedergeben. Diese Diskussion, wie die Arbeiterklasse sich die Kultur im Klassenkampf aneignen und nutzbar machen muß, soll weitergeführt werden. Es ist geplant, ihre Ergebnisse in einer Broschüre zu veröffentlichen.

"Kritik – der Musik – muß von der Frage des Klassenkampfes ausgehen. Sie wird nicht um ihrer selbst willen geführt, sondern um eine falsche Strömung innerhalb der Arbeiterklasse und des Volkes zu bekämpfen." So heißt es in der KVZ Nr.11/74 unter der Überschrift "Die Pop-Kultur schadet der Arbeiterklasse". Ich meine, daß dies in diesem Artikel nicht umfassend geschehen ist. Die schädlichen Folgen der Popkultur: Entpolitisierung, Abschalten, nicht mehr Denken, werden zwar genannt, aber damit ist der Kern des Ganzen nicht richtig erfaßt.

"Es gab und gibt bei uns einen Typ Jugendgenossen, den wir alle kennen, zu dem wir zum größten Teil selber zählen. Dieser junge Freund ist nicht schlecht beschlagen in den Grundfragen des Marxismus-Leninismus, er hat viel gelesen, er ist bereit, für unsere Sache zu sterben. Aber er ist nicht mehr der Jugendliche vom Holz der übrigen Jugend.

Die Jungens und Mädels gehen tanzen. Er verachtet sie deswegen. Er hält das für kleinbürgerlich und sagt, das lenkt vom Klassenkampf ab. Aber es handelt sich doch darum, sie der Bewegung zuzuführen, Schritt um Schritt. Dazu muß man gewiß unter der Jugend stehen. Und wir wollen doch nicht vergessen, daß sich die lebensdürstende Jugend freuen will, auch unter dem Kapitalismus und unter der faschistischen Diktatur. Willst du ihnen das Recht dazu nehmen, so wirst du sie von Anfang an von dir abstoßen. Nicht du, sondern der Gegner wird sie beeinflussen." (A.Ackermann, Brüsseler Parteikonferenz der KPD 1935, aus 'Folgt ihrer Fahne', Verlag Junge Welt Berlin)

Genosse Ackermann sieht die Frage richtig: Du mußt einer von ihnen sein, um sie zu beeinflussen. Sicher heißt das für uns, wie Genosse W.F. schreibt: Organisierung der Jugend im politischen Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, **es heißt aber auch** die kulturellen und sonstigen Bedürfnisse der Jugend auf die nötige Weise zu berücksichtigen. Deshalb müssen wir in der KVZ weiterdiskutieren: Wie können wir den Kampf der Arbeiter- und Schuljugend um Jugendzentren in Selbstverwaltung, den Kampf um den Jugendarbeitsschutz usw. voranbringen, und wir müssen diskutieren, wie wir zum Beispiel mit Theater- und Gesangsgruppen den kulturellen Bedürfnissen der Jugend Rechnung tragen können.

–a.b.–

. . . Aber W.F. geht über das Problem der Unterhaltung und Entspannung einfach hinweg, das sich bei der Frage Pop-Musik stellt. Das hat viele Kollegen aufgebracht, die unsere Zeitung lesen. W.F. erweckt nämlich den Eindruck, als würden Kommunisten es sich und anderen verbieten, Unterhaltungsmusik zu hören, sich zu entspannen und zu erholen oder Feste zu feiern. Damit erweckt er einen ganz falschen Eindruck von Kommunisten: daß sie Muffel sind, die nur mit todernsten Gesichtern durch die Gegend laufen und keinem ein Vergnügen gönnen. Und das ist schlecht für das Ansehen der Kommunisten. . .

Wenn wir Unterhaltungsmusik hören und uns entspannen, dann nicht so, wie die Bourgeoisie es gerne sieht: Die Menschen in der Diskothek vereinzeln, jeden sich in sein Zimmer verkriechen zu lassen, damit er mit dem Kopfhörer über den Ohren die Welt vergißt usw. Wir werden dagegen nicht sagen: hört keine Musik mehr. Wir werden klar machen, daß die Hauptsache ist, wenn man sich entspannen will, Solidarität, Gemeinsamkeit und Unterhaltungen zu fördern. Ob man nun ein Fest hat oder nur so beisammensitzt. . .

Dabei kann man ernsthaft nicht empfehlen, die Arbeiterjugend soll keine Pop-Musik mehr hören. Denn wir können heute keine Alternative, keine sozialistische Unterhaltungsmusik, anbieten (wobei es noch die Frage ist, ob sozialistische Unterhaltungsmusik nicht durchaus Elemente der Pop-Musik übernehmen kann).

Wenn man aber nur kritisiert, ohne auf Alternativen zu sprechen zu kommen, dann nörgelt man rum. Das bringt die Menschen zu Recht auf.

–Aufbaukomitee Northeim–

NEHMEN WIR DEN KAMPF AN DER KULTURFRONT AUF
FÜR EINE KUNST IM DIENSTE DES VOLKS

. . . Nur indem wir darstellen, wie wir kritisieren, und zwar anhand konkreter Beispiele, werden wir das Feuer an der "Kulturfront" eröffnen und den Kampf siegreich bestehen können.

Nur sieht es damit noch nicht gut aus. So sind in der KVZ bisher nur sehr wenige konkrete Artikel veröffentlicht worden, und sie bleiben zumeist auf dem Niveau "Das ist gut, das ist schlecht" stehen. Meistens kommt dann noch ein Zitat aus der Peking-Rundschau dazu, und damit hat sich's. Ein Beispiel dafür ist der Artikel in der KVZ 11/74 "Die Pop-Kultur schadet der Arbeiterklasse" . . .

. . . Wir können es uns nicht so leicht machen, indem wir feststellen, daß die "Pop-Kultur schon bald unter den totalen Einfluß des Managements geraten" ist (KVZ), dies ein Zeichen dafür sei, daß diese Pop-Kultur schädlich ist. Damit wird überhaupt nicht die Frage beantwortet, **warum** die Pop-Musik so großen Einfluß gewonnen hat. Weiter kann überhaupt nicht die Frage angegangen werden, was wir von der Pop-Musik gebrauchen können . . .

. . . Die Antwort kann deshalb nicht **nur** heißen: "Organisierung der Jugend im politischen Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes" (KVZ), sondern muß heißen: Nehmen wir den Kampf an der Kulturfront auf! Für eine Kunst im Dienste des Volkes!

Was ist jetzt also zu tun?

1. Genossen, schreibt Kritiken über Bücher, Filme, Fernsehstücke, sogenannte Kulturveranstaltungen, kurz: über den ganzen bürgerlichen Kulturrummel.
2. Entfaltet die Diskussion über die Frage: Warum ist eine marxistische Kunstkritik notwendig und wie muß sie geführt werden?
3. Schreibt Berichte über Aufführungen von Agit-Prop-Gruppen oder Aktionen, die Ihr in diesem Bereich unternommen habt.
4. Versucht, bestimmte Kampferlebnisse in Form von Sketchen, Kurzgeschichten usw. festzuhalten und schickt sie zur Veröffentlichung ein.

(aus einer Korrespondenz an die KVZ)